



14. Heft / 13. Juli 1911

## KARL LEUTHNER · DER NIEDERGANG EINER PARTEIDESPOTIE



Es tunlich und rätlich ist gerade aus dem Kampf weg und als ein unmittelbar Beteiligter über die Wiener Wahlen Urteile auszusprechen, die mehr als die Wiedergabe eines Augenblickeindrucks sein sollen? Das mag man billig bezweifeln und nur in engen Grenzen die Berechtigung und Gegründetheit einer solchen Kritik zugeben.

Was dem auswärtigen Betrachter der österreichischen Wahlen überhaupt auffallen muß, ist ihre Unlogik. Im Parlament operieren mit einander und gegen einander mehr oder weniger geschlossene nationale Gruppen. Die Wahlkämpfe dagegen vollziehen sich fast durchweg unter den Zugehörigen einer Nation. Im Parlament erscheint man vor allem als Deutscher, Tscheche, Pole, Ruthene, im Wahlkampf ist klerikal, konservativ, liberal, demokratisch die bestimmende Unterscheidung. Hat aber der Kampf zwischen diesen Richtungen noch so heftig getobt, mit der Vernichtung einer oder der andern Gruppe geendet, so schließt sich doch wieder, sind einmal die Wahlen vorbei, der nationale Klub zusammen. Bei den Deutschen bleibt wohl der Gegensatz von freiheitlich und klerikal aufrecht, doch überbrückt die Gemeinbürgerschaft auch ihn. Parlamentarische und Wahlpolitik stehen sonach nur in einem sehr ungefähren Verhältnis zu einander. Es gibt keine gemeinsame öffentliche Meinung, kein gemeinsames Forum, geistig-politisch kein Österreich. Die Schranke der Sprachen wirkt absolut, seitdem das politische Schwergewicht in den breiten, in den einsprachigen Schichten der Nationen ruht, und die nationalen Wählergruppen nur noch so viel von einander wissen als die Zeitungen ihnen mitzuteilen belieben.

Zu den nationalen kommen — innerhalb des deutschen Volks — die schärfsten geschichtlichen Scheidungen. In Wien und in den Alpenländern ist der Klerikalismus in allen seinen Abschattungen die stärkste Volksmacht, die Sudeten-deutschen kennen ihn nur als eine Art von Abnormität. Das ist die grundlegende Tatsache, will man den so verschiedenen Wahlausgang in Wien und in den Sudetenländern begreifen. Der Wiener Wahlsieg der Sozialdemokratie hat vor dem Ausland den Wahlen überhaupt die Signatur aufgeprägt, und der Ein-

druck hat sich dadurch verstärkt, daß den Wiener Stichwahlen der Sturz des Ministeriums Bienerth auf dem Fuß folgte. Aber unser Wahlsieg — noch mehr freilich, ja ausschließlich der der Wiener Liberalen und Nationalen — ist Folgeerscheinung, das Primäre vielmehr der erstaunliche Niedergang der Christlichsozialen. Hier wäre nun der Ort die Redensarten abrasseln zu lassen, mit denen man *wissenschaftlich* den Zusammenbruch der Mittelstandsbewegungen begründet und deutet. Allein mir fehlt der Mut zu allwissenden Verallgemeinerungen; ich will mich bescheiden an die partikulären Ursachen des Vorgangs halten. Lueger war sicherlich nicht Urheber und Ursprung der christlichsozialen Parteibildung, aber seit 10 Jahren nicht bloß ihr Führer sondern auch ihr zusammenfassender Ausdruck. Was dem buntgemischten Gefolge von Arbeitern, Kleinbürgern, Beamten und Bürgern, die zugleich das bestorganisierte bürgerliche Wahlheer bildeten, an Illusionen und Wünschen vorschwebte, fand sein konkretes Gegenbild in den Ideen und Worten des Volksmanns, Redners und Bürgermeisters Lueger. Er verkörperte noch zuletzt die Nachwirkung von Ideen, die ihre erste Wirkung längst verloren hatten, er verkörperte die Erinnerungen an unerhörte Kämpfe und Siege. Die Partei hatte ein rein despotisches Gepräge erhalten und krankte nun auch an allen Übeln der Despotie. Der autokratische Volksmann hält seinen Unterführer im Bann des Gehorsams durch den nie versagenden Appell an die breiten Massen, die nur ihm anhangen; die Funktionen der Partei jedoch vollziehen sich durch die Unterführer. Die persönliche Zuspitzung des Parteibildes macht die ganze Hierarchie der Führer hinab Selbstsucht und Eitelkeit frei, die beide von dem regierenden Führer in den Dienst genommen werden. Jedem Herrscher wird zuletzt das Herrschen zum Selbstzweck, seine Macht stützt sich immer mehr auf materielle Mittel, je mehr ihm die Menschen nur noch Werkzeuge werden. Die Versorgung auch des kleinsten Agitators, die pekuniäre Entlohnung auch des kleinsten Verdienstes aus öffentlichen Mitteln war das System des stets neue Unternehmungen und Versorgungsgelegenheiten ersinnenden *Kommunalsozialisten* Lueger und war der äußere Rahmen einer unerhört starken Organisation; zuletzt aber die Ursache, daß ein Erdbeben der gierigen Leidenschaften den Bau zerriß. Als der Führer starb. . . .

Als der Führer starb, sofort, am Totenbett brach der Streit der Diadochen aus. Grauenhafte Ordinärheit entschleierte sich, ein schmutziges, niedriges Parvenutum enthüllte in Worten der Gosse die Geheimnisse seines Emporkommens. Allein eine wohlgefügte Partei verträgt viel, und ihre Demolierung, soll sie rasch geschehen, muß ebenso organisiert sein wie ihr Aufbau. Der Organisator des Niederbruchs war ein zurückgesetzter grollender Führer von einst, ein Gefährte der Anfänge Luegers, der nach des Diktators Tod die Hände frei bekam. Herr des verbreitetsten Blattes der Partei, sammelte er alle Äußerungen des Aufruhrs, alle Schreie des Hasses, wiederholte, kommentierte sie, hielt sie täglich Zehntausenden vor Augen, lieferte den Gegnern das fertig zugerichtete Material. Zugleich setzten allgemeine Strömungen ein. Der Mandatshunger der Genossenschaftsvorstände hatte schon in Luegers Tagen versucht die Unzufriedenheit der noch immer nicht *geretteten* Gewerbetreibenden gegen die Parteileitung und ihre treuesten Diener, die christlichen Arbeiterführer, zu organisieren. Jetzt vermochte niemand das *Quos ego!* zu rufen, jetzt bot überdies die Erbitterung weiter Schichten der Mittelklassen über die Teuerung die Möglichkeit dem Kampf gegen den Haupterben Luegers, gegen

den Chef der Parteimaschine Geßmann — den Vertreter der Reichsparteiidee, der die Bauern der Alpenländer an die christlichsoziale Partei geleimt hatte — den Schein einer grundsätzlichen städtischen Konsumentenpolitik zu geben. Jetzt kehrte sich auch der Radikalismus und die Demagogie, die vorher die christlichsoziale Partei emporgebracht hatten, gegen ihr Gefüge. Die Kritik des Neides, diese eingeborene Geistesform des kleinbürgerlichen Sozialismus, konnte auch schwerlich dankbarere Objekte finden als den protzenhaften Emporkömmling, der lukrative Sinekuren verwaltete; wobei bald die Mißgunst auch Entlohnungen aus öffentlichen Mitteln ergriff, die wie die Diäten Voraussetzungen der Demokratie sind. Überdies hatte, entleert vom Idealismus, die christlichsoziale Partei schon lange die Macht über die heranwachsende Jugend verloren. Unter Studenten und Handlungsgehilfen, in Turnvereinen usw. siegte die nationale Idee ob, und die neutralen Beamtenvereine, gewerkschaftsähnliche Organisationen, umfassen unter ihren Teilnehmern neben Sozialdemokraten vorwiegend Deutschnationale und Liberale.

Als nun in der Wahlperiode alle diese Kräfte der Zerstörung mit rasender Energie lebendig wurden, als sich das einzige Bild darbot, daß eine Partei den Wahlkampf ausschließlich als innern Krieg, als Selbstzerfleischung führte, da war es kein Wunder mehr, daß diese Partei niederbrach: nein, daß so große Ruinen von ihr noch übrigblieben, daß sie wohl 40 000 Anhänger verlor, aber 130 000 behielt. Fast vollständig büßte sie freilich ihre Vertretung in Wien ein. Das hatte aber den Grund, daß sie unter die Guillotine der Stichwahlen geriet, die in Wien die Christlichsozialen köpfte wie in Böhmen uns. Das stramme Füreinanderstimmen der Bürgerlichfreiheitlichen und der Sozialdemokraten ist in Deutschland arg mißverstanden worden. Man meinte etwas wie einen Block zu erblicken, als ob Wien Österreich wäre, und die 33 Wiener Mandate das Parlament regierten. Was einer Blockpolitik in Österreich entgegensteht, will ich demnächst hier ausführlicher darlegen. Den Tatbestand trifft Otto Bauer, wenn er im *Kampf* sagt: »An einen parlamentarischen Block von Adler bis Friedmann denkt in unserer ganzen Partei — von unserer äußersten Linken bis zu unserer äußersten Rechten, von Straßer bis Leuthner — kein Mensch.« Sehr richtig. Nur läßt sich Bauer, um die Kampfgemeinschaft des Stichwahltags zu erklären, in die künstlichsten Konstruktionen ein, die fast ebenso weit von der Wahrheit abführen wie jener Wahn von einem Block. Er sagt: »Der christliche Sozialismus hat die Klassengegensätze verdecken, er hat alle arbeitenden Stände mit den Mitteln der sozialen Demagogie in einer Partei vereinigen wollen. Darum mußte er fallen, und darum mußten wir ihn stoßen, damit er falle.« An sich nicht durchaus falsch. Aber die Motive, die zum gemeinsamen Stichwahlkampf führten, sind weder in professoralen noch in Nietzscheischen Gedankenformen den Kämpfenden ins Bewußtsein getreten. Theoretische Zurechtlegungen sind keine Kampfantriebe.

Die Dinge liegen doch wahrlich einfacher. Seit 1907, seit der schrecklichen Schlappe vom 9. März, liegen die beiden großen Volksparteien Wiens, die Sozialdemokratie und die Christlichsozialen, als zwei feindliche Heerlager einander gegenüber. Sie haben einander wieder und wieder in schwankendem und furchtbarem Ringen nahezu gleich starker Mächte in unzähligen Schlachten getroffen, sie haben einander beständig ins Weiße des Auges geblickt; alle Parteierinnerungen sind Erinnerungen dieses beständigen Schlagens, Treffens,



## ROBERT SCHMIDT · DER GEWERKSCHAFTS- KONGRESS IN DRESDEN



ECHT erfreulich war der Verlauf, den die Tagung der deutschen Gewerkschaften in Dresden genommen hat. Besonders angenehm muß die sachliche Erledigung der Tagesordnung berühren und auch die Geschlossenheit der Auffassung in der Beurteilung der zur Erörterung stehenden Fragen. Schon die früheren Gewerkschaftskongresse haben sich in gleicher Richtung bewegt und sich damit sehr zu ihrem Vorteil von manchem der sozialdemokratischen Parteitage abgehoben; der Dresdener Kongreß der Gewerkschaften endete im Gegensatz zu dem berühmten Dresdener Parteitag ohne jeden Mißton. Zwar, es muß gesagt werden, an Bemühungen einiger Parteiorgane einen kleinen Streit anzufachen hatte es nicht gemangelt. Aber der Funke zündete nicht; der Krakeelsucht scheint in der Gewerkschaft der rechte Boden zu fehlen. Gewiß, manchem mag es als eine öde Tagung erscheinen, wenn nicht mindestens eine Streitfrage durch Majoritätsbeschluß *gelöst* wird, die vorher wochenlang in der Presse herumwirbelte und nachher mit einem Streit darüber, ob nun Klarheit eingetreten sei oder nicht, beendet wird. Die Meinungen müssen aufeinanderplatzen, sagen die richtigen Streitseelen. Sie vergessen dabei nur, daß diese Kampfspiele nur zur Belustigung der Gegner aufgeführt werden, nicht aber zur Stärkung der Partei dienen. Dem Gegner wird vielmehr die Geschlossenheit Achtung einflößen, und diese wird der Werbekraft der Sache einen größeren Anreiz geben als die durch Disziplin erzwungenen Entscheidungen, die nur Bitterkeit und Verstimmung auslösen. Sollten hier nicht einmal die Gewerkschaftskongresse den Parteitag zum Muster dienen?

Neben seiner selbständigen, aber freundschaftlichen Stellung zur sozialdemokratischen Partei bekundete der Gewerkschaftskongreß eine innige Beziehung zur *Genossenschaftsbewegung*. Die Erstarkung der Konsumgenossenschaft, das Übergehen zur Eigenproduktion nötigen beide Institutionen eine gute Verbindung mit einander aufrechtzuerhalten. Durch Tarifverträge sind die Arbeitsbedingungen geregelt; wo noch Lücken sind, werden sie hoffentlich in Bälde ausgefüllt sein. Die Bekämpfung der Heimarbeit ist durch die Vereinbarungen mit der *Generalkommission* planmäßig vorbereitet, und die Erzeugnisse der Gefängnisarbeit werden, soweit sie überhaupt noch in den Konsumvereinen feilgeboten werden, künftig in deren Lagern verschwinden.

Einen weitem Schritt von erheblicher Bedeutung haben beide Korporationen durch den Beschluß unternommen eine *Volksversicherung* ins Leben zu rufen, die den privaten Versicherungsgesellschaften künftighin die Ausbeutung der Unerfahrenheit der Arbeiter unmöglich machen dürfte. Der Versicherungsverein wird nur Mitglieder der Gewerkschaften oder Genossenschaften aufnehmen, er wird den Versicherten gegen Zahlung von Wochenbeiträgen, die verschiedenen Abstufungen unterworfen werden sollen, eine Versicherung für den Todesfall, den Bezug einer Altersrente und eine Kinderversicherung bieten. Ob später noch einige Versicherungszweige angegliedert werden, muß der Entwicklung vorbehalten bleiben. Der Vorteil, den eine solche Versicherung bringen wird, ist leicht zu erkennen. Die hohen Dividenden der Aktionäre der privaten Versicherungsgesellschaften werden in dieser neuen Versicherung fortfal-



## PHILIP SNOWDEN · DAS BRITISCHE REICHSVERSICHERUNGSGESETZ



IE allgemein bekannt, liegt jetzt dem britischen Parlament der Entwurf eines Versicherungsgesetzes vor, der eine Maßnahme von großer nationaler Bedeutung und von besonderem Interesse für Sozialisten bedeutet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Erörterung dieser Gesetzesvorlage die Ursache sehr ernst zu nehmender Spaltung in den Reihen der Arbeiterpartei abgeben wird. Mehrere sozialistische Mitglieder der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei haben bereits öffentlich ihre starke Mißbilligung der beinahe uneingeschränkten Zustimmung ausgesprochen, wie sie die unter MacDonalds Führung stehende Hauptsektion der Partei eingenommen hat. Bevor ich dazu übergehe den von der Gewerkschaftsbewegung eingenommenen Standpunkt und den der Sozialisten zu erklären, werde ich zweckmäßigerweise eine Übersicht über die Vorschläge des Entwurfs geben. Das kann nur mit starker Verkürzung geschehen, meine Beschreibung also auch nur die Hauptzüge hervortreten lassen.

Der Entwurf zerfällt in 2 Teile, von denen der eine die Kranken- und die Invaliditätsversicherung, der andere die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit umfaßt.

Allé Lohnarbeiter unter 65 Jahren mit einigen wenigen später erwähnten Ausnahmen werden obligatorisch gegen Krankheit versichert. Beträgt der Lohn weniger als 160 Pfund Sterling im Jahr, so fällt der Lohnempfänger unter die obligatorische Krankenversicherung, gleichviel, ob er nach Stunden, Tagen, Wochen bezahlt wird oder im Monatslohn oder Jahresgehalt steht. Häusliche Dienstboten sind eingeschlossen. Ebenso Handarbeiter, die mehr als 160 Pfund Sterling verdienen. Außerhalb des Rahmens der Versicherung bleiben die folgenden Personenklassen: 1. kommissionsweise bezahlte Agenten, die für mehr als einen Unternehmer tätig sind, 2. Waschfrauen, Scheuerfrauen und dergleichen Personen, die kleine Aufträge für eigene Rechnung ausführen, 3. Ehefrauen, die bei ihren Ehemännern in Beschäftigung stehen, 4. Gelegenheitsarbeiter wie Kofferträger, Türaufmacher bei Droschken usw., 5. Leute, die gelegentlich Dienstbotenarbeit verrichten, 6. Personen, die kleinere Arbeiten übernehmen, zum Beispiel Gärtner, die für eigene Rechnung arbeiten, 7. Personen, die mehr als 160 Pfund Sterling im Jahr verdienen und dabei nicht zu den Handarbeitern gerechnet werden können, 8. Lehrern und andere Personen, die bereits jetzt in pensionsfähigen Stellen des lokalen oder staatlichen Dienstes stehen, 9. Personen, die nicht mehr als 39 Wochen im Jahr arbeiten, solche, die im Genuß von Pensionen oder festen Einkommen von 26 Pfund Sterling im Jahr stehen. Alle diejenigen, die nicht von einer dieser Ausnahmen getroffen werden und weniger als 65 Jahre alt sind, fallen unter die Versicherung. Ihre Beiträge werden aus dem Lohn bezahlt. Für Personen zwischen 65 und 70 Jahren wird keinerlei Vorsorge getroffen. Das ist einer der dunklen Punkte bei diesem Gesetzentwurf. Man behauptet, die Einbeziehung der über 65 Jahre alten Leute würde die Ausgaben zur unerträglichen Höhe steigern. Aber irgendetwas muß doch für diese notleidenden Menschen geschehen. Der Gedanke ist unerträglich, daß sie 5 Jahre warten sollen, bevor sie für eine Altersrente in Frage kommen können. Während der Kommissionsverhandlungen über die Versicherungsvorlage muß irgendetwas für diese Kategorie durchgesetzt werden.

Die Beitragsleistungen sind wie folgt geregelt worden: Männer zahlen von ihrem Lohn 4 Pence wöchentlich, Frauen von ihrem Lohn 3 Pence wöchentlich, und der Unternehmer hat sowohl für Männer wie für Frauen 3 Pence wöchentlich zu zahlen. Der Staat wird bei den Männern zwei Neuntel der Bezüge, bei den Frauen ein Viertel tragen, mit anderen Worten: 2 Pence pro Mitglied beisteuern. Eine besondere Bestimmung zwingt den Unternehmer mehr zu zahlen und entlastet den Arbeiter in Fällen, wo der Arbeitslohn sehr niedrig ist. Beträgt beispielsweise der Lohn nicht mehr als 1 Shilling 6 Pence pro Tag, so hat der Unternehmer 6 Pence für Männer und 4 Pence für Frauen zu entrichten, die Arbeiter zahlen dann nur 1 Penny. Übersteigt der Lohn nicht 2 Shilling pro Tag, dann hat der Unternehmer 5 Pence für Männer und 4 Pence für Frauen zu bezahlen, während die Arbeiter nur 2 Pence beisteuern. Übersteigt der Lohn nicht 2 Shilling 6 Pence den Tag, so zahlt der Unternehmer 4 Pence für Männer, 2 Pence für Frauen, die Arbeiter 3 Pence. Die Zahlungen werden durch Klebmarken entrichtet, die jede Woche auf Karten geheftet werden.

Die Mindestleistungen dieser staatlichen Versicherung sind: 1. Der Versicherte erhält ärztliche Behandlung, und zwar zeitlich unbeschränkt, 2. Nötigenfalls erhält er Behandlung in Lungenheilstätten. Jährlich soll 1 Million Pfund Sterling für diese Zwecke aufgewandt werden, und ein Fonds von 1½ Millionen Sterling ist für den Bau von Lungenheilstätten bestimmt. 3. Das wöchentliche Krankengeld beträgt 10 Shilling für Männer und 7½ für Frauen durch 13 Wochen, vom 4. Tag nach dem Beginn der Krankheit in allen Fällen, und 5 Shilling für die nächsten 13 Wochen. Versicherte im Alter zwischen 50 und 60 Jahren erhalten in einzelnen Fällen etwas geringere Bezüge. Haben sie noch nicht 500 Beiträge geleistet, dann erhalten sie nur 7 Shilling für die ersten 13 Wochen (Frauen 6 Shilling), nur 5 Shilling, wenn es sich um Personen über 60 Jahre handelt. 4. Wird eine Krankheit chronisch, dann bekommt der Versicherte nach Ablauf von 26 Wochen eine dauernde Invalidenunterstützung von 5 Shilling pro Woche. 5. Ferner gibt es eine Wöchnerinnenunterstützung von 30 Shilling, die von der Versicherung des Ehegatten bezahlt wird, vorausgesetzt, daß die Frau nicht selbst versichert ist, in welchem Fall die Wöchnerinnenunterstützung aus ihrer Versicherung erfließt. Wöchnerinnen- und Krankenunterstützungen werden nicht zu gleicher Zeit gewährt. Die Wöchnerinnenunterstützung ist an die Bedingung geknüpft, daß die Wöchnerin 4 Wochen nach der Geburt des Kindes nicht zur Arbeit geht. 6. Personen, die 70 Jahre alt werden, haben kein Recht mehr auf Krankenunterstützung oder auf dauernde Invalidenunterstützung, wenn sie in deren Genuß standen, da vorausgesetzt wird, daß sie auf die Liste der Alterspensionäre kommen. 7. Junge, unverheiratete Personen unter 21 Jahren erhalten geringere Bezüge, nämlich 5 Shilling Krankengeld für Jünglinge, 4 Shilling für junge Mädchen. Knaben und Mädchen unter 16 Jahren haben Anspruch auf ärztliche Behandlung, erhalten aber keine Barunterstützung.

Die Leistungen der Versicherung sind an die Erfüllung einer Karenzzeit von 6 Monaten nach dem Beginn der Beitragszahlung geknüpft. Die Regeln über das Verhalten der Versicherten lehnen sich eng an die bei den bisher bestehenden Unterstützungsvereinigungen gebräuchlichen Vorschriften an. Es werden besondere Vorschriften über das Verhalten der Versicherten erlassen werden, namentlich um eine Befolgung der ärztlichen Vorschriften zu erzwingen. Die



Krankenkassen müssen weibliche Krankenbesucher für die Kontrolle der weiblichen Mitglieder anstellen. Ist eine Krankheit durch Verschulden des Versicherten entstanden, dann kann ihm das Krankengeld verweigert werden, doch wird auch in solchen Fällen ärztliche Behandlung gewährt. Die Karenzzeit für die Krankenversicherung beträgt, wie gesagt, 6 Monate, die für die Invaliditätsversicherung 2 Jahre. Liegt zwischen 2 Krankheitsperioden ein kürzerer Zwischenraum als 12 Monate, so werden sie als ein Krankheitsfall gezählt, um danach den Eintritt der reduzierten Unterstützung berechnen zu können. Die Wöchnerinnenunterstützung wird nicht in bar ausgezahlt, weder der Wöchnerin noch ihrem Ehemann, sondern zur Deckung notwendiger Ausgaben verwandt. Personen, die bereits vor dem Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes dauernd krank waren, haben keinen Anspruch auf Aufnahme in die Kranken- und Invaliditätsversicherung.

Lohnarbeitende Frauen fallen ebenso unter die obligatorische Versicherung wie die Männer, nur daß sie, wie schon oben bemerkt, niedrigere Beiträge zahlen. Aber verheiratete Frauen, die nicht auf Arbeit gehen, werden weder obligatorisch versichert noch zu der später näher zu behandelnden freiwilligen Versicherung zugelassen. Das ist wieder ein dunkler Punkt in diesem Entwurf. Zweifellos hätte man ihnen die Erlaubnis geben sollen freiwillig der Versicherung beizutreten. Es ist zu hoffen, daß die finanziellen Verhältnisse der Versicherung schon bald eine Ausdehnung der ärztlichen Fürsorge auf die Frauen und Kinder der versicherten Männer gestatten mögen. Eine versicherte Arbeiterin wird im Fall der Heirat von der Beitragspflicht befreit, wenn sie die Lohnarbeit aufgibt. Verheiratete Frauen, die regelmäßig beschäftigt sind, werden wie alleinstehende Frauen versichert; werden sie hingegen nur zeitweise beschäftigt, dann können sie die Befreiung beantragen. Verheiratete Frauen, die Witwen werden, haben das Recht zum Eintritt in die Versicherung, wenn sie auf Arbeit gehen. Eine Frau, die während ihrer Witwenzeit der Versicherung wieder beitrifft, braucht die während ihrer Ehe aufgelaufenen rückständigen Beiträge nicht nachzuzahlen.

Niemand ist zum Bezug der Krankenunterstützung neben einer Unfallentschädigung auf Grund des Unfallhaftpflichtgesetzes berechtigt, ausgenommen, wenn Unfallentschädigung nicht den Betrag erreicht, zu dessen Bezug er auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes berechtigt ist. Die Gesamtbezüge werden dann auf die Höhe des dem Verunglückten zustehenden Krankengelds gebracht. Wenn ein Unfallverletzter es ablehnt auf Grund des Haftpflichtgesetzes gegen den Unternehmer vorzugehen, dann kann die Krankenversicherungsorganisation selbst das nötige Verfahren einleiten.

So viel über die obligatorische Versicherung. Daneben besteht aber auch eine Vorschrift, durch die es gewissen nicht versicherungspflichtigen Personen möglich ist als freiwillige Mitglieder der Versicherung beizutreten. So können einzelne Kategorien von Arbeitern, die weniger als 160 Pfund verdienen, zugelassen werden. Es gibt ferner Personen, die nicht Unternehmer im gewöhnlichen Sinn des Wortes sind sondern für sich selbst arbeiten und keine Hilfskräfte beschäftigen. Sie können sich ebenfalls freiwillig der Versicherung anschließen. Sie dürfen nicht über 45 Jahre alt sein und müssen den Anschluß an die Versicherung innerhalb 6 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes bewirken. Sie haben einen höhern Beitrag als die Arbeiter zu bezahlen, und zwar den sowohl für die Arbeiter wie den für die Unternehmer geltenden Bei-

trag, während der Staat seinen Zuschuß in diesen Fällen wie in allen anderen leistet.

Die Ausführung der Versicherung liegt in den Händen von zwei Organisationen. Da sind zunächst die anerkannten Unterstützungsvereinigungen und alsdann das Postamtssystem; dieses gilt nur für solche, die den Anschluß an eine Unterstützungsvereinigung versäumen oder nicht erlangen können.

Jede Vereinigung, die gewissen Vorbedingungen entspricht, kann eine *anerkannte Unterstützungsvereinigung* werden. Die Bedingungen sind: 1. vollständige Selbstverwaltung, 2. Ausschluß der Profiterzielung, 3. direkte Wahl aller Vorstände usw. durch die Mitglieder, 4. nicht weniger als 10 000 Mitglieder, 5. Gliederung in lokale und zentrale Körperschaften, 6. Nachweis der geforderten Sicherheit gegen Unterschlagung, 7. gesonderte Buchführung und Rechnungslegung für die staatliche Versicherung, 8. Unterwerfung unter die Vorschriften des Versicherungsgesetzes. Eine andere Vorbedingung der Anerkennung einer Vereinigung ist noch die, daß sie nicht aufgefordert werden kann irgendwelche ihrer vorhandenen Mittel für die Zwecke der neuen Versicherung aufzuwenden. Alle großen Unterstützungsvereinigungen und Gewerkschaften können diese Vorbedingungen erfüllen und damit anerkannte Unterstützungsvereinigungen werden. Im Interesse der Versicherten und der guten Verwaltung der Unterstützungsvereinigung ist ein gewisses Maß von staatlicher Inspektion und Überwachung vorgesehen. Vereinigungen, die nicht 10 000 Mitglieder besitzen, können sich mit anderen zusammenschließen und eine Vereinigung von Unterstützungsvereinen bilden. Altersversorgungskassen, die von Unternehmern gebildet sind, können anerkannt werden, selbst wenn sie nicht die Mitgliederzahl von 10 000 erreichen.

Für alle diejenigen, die nicht in eine Unterstützungsvereinigung aufgenommen werden oder den Anschluß versäumt haben, wird das Postamtssystem eingerichtet. Ihre Beiträge und die von den Unternehmern für sie zu entrichtenden werden einem Spezialfonds, dem Postamtsfonds, zugeführt. Es ergibt sich, daß die Bezüge der unter dem Postamtssystem versicherten Personen erheblich niedriger sind als die der bei Unterstützungsvereinigungen Versicherten. Zunächst einmal kann jemand, der bei der Postanstalt versichert ist, Krankenunterstützung nur bis zu dem Betrag seiner von ihm oder für ihn eingezahlten Beiträge verlangen; ist dieser Kredit erschöpft, dann hört die Krankenunterstützung auf, die ärztliche Versorgung und die Sanatorienbehandlung läuft allerdings bis zum Schluß des laufenden Jahres weiter. Für die bei der Postanstalt versicherten Mitglieder der Versicherung gilt eine Karenzzeit von mindestens 52 Wochen gegen 26 Wochen in anderen Fällen; 52 Wochenbeiträge müssen sie gezahlt haben oder müssen für sie gezahlt worden sein, gegen 26 in den anderen Fällen. Das Postversicherungssystem scheint daher absichtlich so aufgebaut zu sein, um alle Versicherungspflichtigen in irgendeine anerkannte Unterstützungsvereinigung hineinzuzwingen. Das möchte angehen, wenn diese Vereinigungen jeden aufnehmen müßten, der sich meldet; wenn aber jemand nicht Mitglied einer Unterstützungsvereinigung werden kann, ohne daß ihn ein Verschulden dafür trifft, dann ist es doch sehr hart, daß er überdies noch die Strafe verminderter Bezüge erleiden soll.

Der 2. Teil der Vorlage beschäftigt sich mit der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenversicherung erstreckt sich nur auf die

in den folgenden Gewerben beschäftigten Arbeiter: 1. Baugewerbe, das heißt Bau, Umbau, Wiederherstellung, Ausschmückung und Abbruch jeder Art von Bauwerken oder Teile von solchen, 2. Konstruktionswerke, das heißt Bau, Wiederherstellung oder Änderung von Eisenbahnen, Docks, Häfen, Kanälen, Uferstraßen, Brücken oder ähnlichen Bauanlagen, 3. Schiffsbau, das heißt Bau, Veränderung, Reparatur oder Ausschmückung von Schiffen, Booten oder anderen Fahrzeugen oder Teilen von solchen und ihrer Takelage, vorausgesetzt, daß die beschäftigten Personen nicht zur Schiffsmannschaft gehören, 4. Maschinenbau einschließlich der Fabrikation von Geschützen und Feuerwaffen, 5. Wagenbau, das heißt Herstellung und Verzierung von Fahrzeugen oder irgendwelcher Teile von solchen.

Wie bei der Krankenversicherung, so hat auch die Arbeitslosenversicherung Beiträge der Arbeiter, der Unternehmer und des Staates vorgesehen. Die Höhe der Beiträge soll wie folgt geregelt werden: Jeder Arbeiter in einem versicherungspflichtigen Gewerbe hat für jede Woche seiner Beschäftigungszeit  $2\frac{1}{2}$  Pence zu zahlen. Jeder Unternehmer hat für jeden beschäftigten Arbeiter für jede Woche der Beschäftigungszeit ebenfalls  $2\frac{1}{2}$  Pence zu entrichten. Jede weniger als eine Woche währende Beschäftigungszeit wird für eine volle Woche gerechnet. Der Unternehmer ist berechtigt den von dem Arbeiter zu leistenden Wochenbeitrag von  $2\frac{1}{2}$  Pence vom Lohn abzuziehen, aber nicht berechtigt, auch nicht im Weg des besondern Vertrags, den von ihm selbst zu leistenden Beitrag von dem Lohn in Abzug zu bringen oder auf irgend eine andere Weise von dem Arbeiter decken zu lassen. Der Beitrag des Staates soll ein Drittel der von Arbeitern und Unternehmern gemeinsam aufgebrauchten Leistungen während des Jahres betragen. Unternehmer sind berechtigt die von ihnen selbst und von den bei ihnen beschäftigten Arbeitern zu entrichtenden Beiträge in einer einmaligen Zahlung von 15 Shilling zu leisten und können danach von den Löhnen des Arbeiters wöchentlich  $2\frac{1}{2}$  Pence abziehen, wie wenn sie nicht die Beitragszahlung in einer Summe erledigt hätten.

Bevor ein Arbeiter in den Genuß der Arbeitslosenversicherung treten kann, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein: 1. Er muß seit dem Inkrafttreten des Gesetzes in einem der versicherten Gewerbe für eine Zeit von nicht weniger als 26 Wochen beschäftigt gewesen sein. 2. Er muß die Arbeitslosenunterstützung in der vorgeschriebenen Weise beantragen und vom Tag dieses Antrags ab ununterbrochen außer Arbeit gewesen sein. 3. Er muß arbeitsfähig, aber außerstande sein geeignete Arbeit zu finden. 4. Er darf seinen Anspruch an die Arbeitslosenversicherung noch nicht erschöpft haben. Ein Arbeiter verliert indessen den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht dadurch, daß er Arbeit während eines Streiks oder einer Aussperrung verweigert, oder daß er Arbeit zu einem geringern als seinem gewöhnlichen Lohn oder zu einem geringern als in der Gegend üblichen Lohn zurückweist. Der Arbeiter hat kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung, wenn er im Verfolg eines Streiks oder einer Aussperrung arbeitslos ist, an denen er selbst beteiligt ist. Ein Arbeiter, der seine Arbeit infolge eigenen Verschuldens verloren hat, oder der sie freiwillig ohne rechtfertigenden Grund verläßt, hat für 6 Wochen vom Tag des Verlassens der Arbeitsstätte an keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Ein Arbeiter, der mit Gefängnis bestraft wird, ohne daß eine Eventualstrafe in Geld ausgesprochen wurde, soll für 6 Wochen nach Beendigung seiner Strafe keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Ein Arbeiter kann

keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben, solange er Insasse eines Arbeitshauses oder einer andern ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln erhaltenen Anstalt ist, oder solange er außerhalb des Vereinigten Königreichs seinen Wohnsitz nimmt.

Das Gesetz sieht die Anstellung von Beamten vor, die zu entscheiden haben, ob jemand zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung berechtigt ist. Verweigert ein solcher Beamter die Anerkennung des Anspruchs, dann hat der Arbeiter das Recht auf gerichtliche Entscheidung. Das Gericht kann bei dem Beamten Vorstellung erheben, wenn dieser aber bei der Verweigerung der Anerkennung verharret, dann kann die Angelegenheit einem von dem Handelsamt ernannten Unparteiischen vorgelegt werden. Ein solcher Instanzenzug ist notwendig, um einen Arbeiter vor der Rache eines Unternehmers zu schützen, der einen Groll auf ihn hat. Das mit der Entscheidung über Unterstützungsansprüche betraute Gericht soll aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer in gleicher Zahl und einem vom Handelsamt ernannten Vorsitzenden bestehen. Das Handelsamt kann den Mitgliedern dieses Gerichts die Ausgaben ersetzen und ihnen eine Entschädigung für Zeitverlust gewähren; ebenso kann ein vor diesem Gericht erscheinender Arbeiter die Bezahlung seiner Auslagen verlangen.

Mit den Leistungen und den Zeiträumen der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit verhält es sich wie folgt: Für jede auf die 1. Woche der Arbeitslosigkeit folgende Woche erhalten Bauhandwerker und Arbeiter in Konstruktionswerken 6 Shilling, die Arbeiter in Maschinenbau, Schiffsbau oder Wagenbau 7 Shilling oder irgendeinen andern entweder allgemein oder für ein bestimmtes Gewerbe oder für einen Teil eines Gewerbes vorgeschriebenen Betrag. Kein Arbeiter soll Arbeitslosenunterstützung für mehr als 15 Wochen in einem Zeitraum von 12 Monaten erhalten; doch können allgemein oder für bestimmte Gewerbe oder für Gewerbezweige diese Bestimmungen abgeändert werden. Kein Arbeiter soll mehr Arbeitslosenunterstützung erhalten als im Verhältnis einer Wochenunterstützung auf je 5 von ihm nach den Vorschriften des Gesetzes geleisteten Beiträge; doch können auch diese Vorschriften in der selben Weise wie die vorstehende abgeändert werden. Ein Arbeiter, der nicht weniger als 500 Wochen Beiträge geleistet hat, soll nach dem 60. Lebensjahr berechtigt sein den Betrag dieser Beiträge, sofern er etwa ihm gezahlte Unterstützungen übersteigt, nebst Zinsen von  $2\frac{1}{2}$  % zurückgezahlt zu erhalten. Diese Rückzahlung kann in einer Summe oder in Jahresraten erfolgen. Das Handelsamt ist berechtigt die Altersgrenze von 60 auf 55 Jahren herabzusetzen, falls jemand den Nachweis liefert, daß er endgültig die Beschäftigung in einem Gewerbe aufgegeben hat. Wenn der Versicherungsbeamte zu der Überzeugung kommt, daß der wiederholt gescheiterte Versuch eines versicherten Arbeiters Arbeit zu erlangen oder zu behalten ganz oder teilweise in mangelnder Geschicklichkeit oder Kenntnis seine Ursache hat, dann ist er berechtigt dem Arbeiter die Teilnahme an einem geeigneten technischen Kursus anzubieten und aus dem Versicherungsfonds alle mit einer solchen Fortbildung verbundenen Kosten zu bezahlen. Wenn der Arbeiter das Anerbieten vernachlässigt oder ablehnt, oder wenn er ablehnt eine genügende Probe seiner Leistungsfähigkeit zu geben, oder wenn der Lehrer eines von dem Arbeiter besuchten Fortbildungskursus berichtet, es bestehe keine Aussicht, daß die mangelnde Tüchtigkeit des Arbeiters ausgeglichen werden könne, dann müssen alle diese Umstände bei der Entscheidung,

was für diesen Arbeiter eine geeignete Beschäftigung ist, in Berücksichtigung gezogen werden.

In gewissem Umfang sieht die Vorlage eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Ausführung des Gesetzes vor. Eine Arbeiterorganisation in den versicherten Gewerben, die Arbeitslosenunterstützung zahlt, kann mit dem Handelsamt ein Abkommen treffen, daß ihre Mitglieder die staatliche Arbeitslosenunterstützung nicht von dem Versicherungsfonds direkt durch das Arbeitsnachweisbureau sondern durch die Organisation beziehen. Die Organisation, also die Gewerkschaft, kann nachträglich von der staatlichen Arbeitslosenversicherung Ersatz für die Summen fordern, auf die ihre Mitglieder Anspruch gehabt hätten. In vieler Hinsicht wird das von Vorteil sein. Ein Gewerkschaftsmitglied kann seine Unterstützung nach den Regeln seiner eigenen Organisation erhalten und braucht nicht zum Arbeitsnachweis zu gehen, um dort sein Geld zu holen und das Buch zu unterschreiben. Die Gewerkschaft kann indessen von der staatlichen Versicherung nicht mehr als zwei Drittel der von ihr gewährten Unterstützung ersetzt verlangen. Obschon anfangs nur wenige Gewerbe unter die Arbeitslosenversicherung fallen, ermächtigt die Vorlage das Handelsamt alle Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützungen zahlen, zu subventionieren. Jede Vereinigung, die solche Unterstützungen gibt, kann vom Staat einen Beitrag von einem Sechstel ihrer eigenen Unterstützung bis zu einem Maximum von 12 Shilling in der Woche erhalten, so daß der Staat im äußersten Fall 2 Shilling in der Woche zuschießt.

Alle Arbeiter in den versicherungspflichtigen Gewerben müssen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen. Der Begriff *Arbeiter* wird so definiert, daß Buchhalter, Schreiber, Vorarbeiter und ebenso alle Personen unter 18 Jahren ausgeschlossen sind. Staatsarbeiter, die in einem der aufgeführten Gewerbe tätig sind, sind in die Versicherung eingeschlossen, vorausgesetzt, daß sie nicht pensionsberechtigt sind. Während der Zeit der Arbeitslosigkeit hat der Arbeiter keine Beiträge zu leisten; bekommt er aber wieder Arbeit, so muß er wieder alle gestundeten Beiträge, eingeschlossen die Beiträge des Unternehmers, nachzahlen.

Man hat ausgerechnet, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ungefähr 2 421 000 Arbeiter der obligatorischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit unterstellt werden. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in den versicherungspflichtigen Betrieben betrug Ende 1909 462 288, von denen ungefähr 350 000 solchen Organisationen angehören, die Arbeitslosenunterstützungen zahlen.

Was die Kosten dieser beiden Arten von Versicherungen anlangt, so beziehen wir uns am besten auf die Zahlen, die der Finanzminister bei der Einbringung der Vorlage im Unterhaus gab. Er sagte:

»Im ersten Jahr wird die von allen Klassen der Beitragspflichtigen gezahlte Summe sich auf ungefähr 20 Millionen Pfund Sterling belaufen, von denen die Unternehmer ungefähr 9 Millionen, die Arbeiter ungefähr 11 Millionen besteuern. Die Ausgabe an Unterstützungen und Verwaltungskosten wird in Anbetracht der Karenzzeit im Jahr 1912-1913 nur 7 Millionen Pfund betragen, aber auf 20 Millionen im Jahr 1915-1916 ansteigen, wenn die staatlichen Subventionen beginnen werden. 1912-1913 werden auch die staatlichen Beiträge gestiegen sein. Im ersten Jahr handelt es sich um keine Belastung, keine Einziehung von Beiträgen, weil das Gesetz erst am nächsten 1. Mai in Kraft treten wird. Wir brauchen diese Zeit, um die Vorbereitungen zu treffen. Erhoben wird lediglich eine Umlage für die notwendigen vorbereitenden Ausgaben. Aber im Jahr 1912-1913 wird auf

den Staat eine Last von 1 742 000 Pfund fallen, im Jahr 1913-1914 werden es 3 359 000 sein und im Jahr 1915-1916, wenn die Vollbelastung eintritt, 4 563 000.« Über die Kosten der Arbeitslosenversicherung äußerte er sich wie folgt:

»Die Beiträge der Arbeiter werden sich auf 1 100 000 Pfund belaufen, die Beiträge der Unternehmer auf etwa 900 000 Pfund Sterling, wobei die Ermäßigung bei Pauschalzahlungen bereits eingesetzt ist. Auf den Staat werden ungefähr 750 000 Pfund Sterling im Jahr entfallen. Die Ausgabe wird zweifellos je nach dem Stand der Beschäftigung in den Gewerben schwanken. Daher muß ein Fonds geschaffen werden, um den Bedarf in Zeiten wirklich großer Not zu decken. Das ist über diese beiden Versicherungsarten vom finanziellen Standpunkt aus zu sagen. Die im 1. Jahr aufgetriebene Gesamtsumme beläuft sich auf 24 $\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Sterling, wovon der Staat 2 $\frac{1}{2}$  Millionen beiträgt. Im 4. Jahr wird sich der Staatsbeitrag auf ungefähr 5 $\frac{1}{2}$  Millionen Pfund gehoben haben. So viel über die finanzielle Seite des Planes.«

Das Handelsamt hat einen Bericht über die Arbeitslosenversicherung aus der Feder des Herrn Thomas Ackland, des wohlbekannten Archivars, ausgegeben. Herr Ackland legt alle die erschöpfenden Einzelheiten dar, die ihm das Handelsamt über die nunmehr in die obligatorische Versicherung einzubeziehenden Gewerbebezweige mitgeteilt hat. Nach einer Erörterung dieser Einzelheiten faßt er das Resultat zusammen. Er schätzt, daß der für Unterstützungen verfügbare reine Beitrag ungefähr wie folgt aufgebracht werden wird:

Durchschnittsbeitrag des Arbeiters	9 Shilling 2 Pence
„ „ Unternehmers	7 „ 6 „
„ „ Staates	5 „ 6 $\frac{1}{2}$ „
<b>insgesamt also</b>	<b>22 Shilling 2<math>\frac{1}{2}</math> Pence</b>
<b>Ausgaben für Verwaltung</b>	<b>2 Shilling 2<math>\frac{1}{2}</math> Pence</b>
<b>durchschnittlich verfügbarer reiner Beitrag für Unterstützungen</b>	<b>20 Shilling</b>

Da man die Kosten der Unterstützung unter Berücksichtigung der im Gesetz vorgesehenen Sonderunterstützungen auf 18 Shilling 3 Pence pro Mitglied und Jahr und die für Unterstützungen verfügbare Beitragssumme auf 20 Shilling pro Mitglied und Jahr berechnet hat, so ergibt sich ein rechnerischer Überschuß von 1 Shilling 9 Pence pro Mitglied und Jahr, der mit der durchschnittlichen Zahl der Versicherten, nämlich 2 421 000, zu multiplizieren ist.

Das sind so die Grundzüge des Entwurfs. Die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei haben gerade jetzt eine nationale Konferenz zur Diskussion des Gesetzesentwurfs abgehalten. Diese Konferenz war eilig zusammenberufen, und es bestand für die Zweigvereine keine Möglichkeit die Vorlage gründlich durchzusprechen und ihre Vertreter zu instruieren. Infolgedessen weigerte sich ungefähr die Hälfte der Stimmberechtigten auf der Konferenz über die Resolution abzustimmen. Die Beschlüsse der Konferenz waren eigentlich nichts anderes als eine Bestätigung der Ausführungen, die durch die Leitung des Gewerkschaftskongresses, die Arbeiterpartei und den gewerkschaftlichen Verband gemacht worden waren. Auf dieser Konferenz widersprachen die Sozialisten der Empfehlung für einen Gesetzesvorschlag zu stimmen, der die Abzugsfähigkeit der Beiträge von den Löhnen der Arbeiter vorsieht; aber sie vereinigten auf ihren Vorschlag nur 44 gegen 233 Stimmen. Indessen repräsentieren diese Zahlen keineswegs die Mitglieder auch nur der Gewerkschaften, geschweige denn der sozialistischen Organisation. Die Sozialisten haben auf ihren Kongressen sich immer für ein Versicherungssystem ohne Beitragspflicht erklärt.

Die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz vom 20. Juni können wir wie folgt zusammenfassen: Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Versicherung auch auf Beiträgen der Arbeiter begründet werden muß, weil ohne diese Beitragspflicht und die Möglichkeit die Beiträge vom Lohn abzuziehen große Schwierigkeit bestehen würde den Arbeitern eine Teilnahme an der Verwaltung der Versicherung zu garantieren. Wollte man die Gesamtkosten dem Staat aufbürden, dann wäre das ein Anreiz die Löhne zu verringern; die Zahlung von Beiträgen würde übrigens zu einer an sich durchaus erwünschten Kenntnis der Lohnhöhe führen. Auf der andern Seite meinte man, daß es verwerflich wäre alle Organisationen unter die Kontrolle des Staates zu stellen; die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaften sprächen ausnahmslos für direkte Beitragsleistung der Arbeiter; die Beitragspflicht der Arbeiter sollte von 4 Pence die Woche auf 3 verringert werden. Die Sozialisten widersprachen jedem einzelnen dieser Argumente. Welche Erfahrungen man in Deutschland gemacht haben möge, in England liegen jedenfalls keine Erfahrungen vor, daß ein staatliches Versicherungssystem ohne Beitragspflicht irgendeine der verhängnisvollen Resultate zeitigt hätte, auf die oben angespielt wurde. Die Altersversicherung, die Unfallversicherung, die öffentliche Erziehung, das System der öffentlichen Gesundheitspflege und alle sonstigen Formen nationaler Unterstützungen sind in England nicht beitragspflichtig. Die oben wiedergegebene Ansicht der Gewerkschaften gründe sich auf die engherzige gewerkschaftliche Auffassung der Dinge und sehe das Versicherungsgesetz nicht vom nationalen und sozialen Gesichtspunkt aus. Am selben Tag, an dem die Konferenz abgehalten wurde, hatten die englischen Sozialdemokraten eine lange Unterredung mit dem Finanzminister und empfahlen ein System ohne Beitragspflicht.

Der Kampf während der Kommissionsberatungen der Vorlage wird sehr interessant sein: Zum erstenmal, seitdem die Arbeiterpartei in das Haus eintrat, wird es offenen Zwiespalt zwischen ihren Mitgliedern geben. Die Arbeiterpartei unter der Führung von MacDonald ist entschlossen die Vorlage im allgemeinen zu unterstützen und sucht sie nur in einigen Einzelheiten im Interesse namentlich der Gewerkschaften zu verbessern. Einige Sozialisten werden auf eigene Faust einen Kampf für ein System ohne Beitragspflicht eröffnen, ein System, das die gesamten Kosten dem Staat auferlegt. Sie werden kaum lebhaftere Unterstützung finden, aber man kann nicht in Abrede stellen, daß sie tatsächlich die Ansicht der Mehrheit der Sozialisten im Land hinter sich haben.

XX

## MAX SCHIPPEL · FREIHANDEL, ZOLL UND PROTEKTIONISMUS



IE nochmalige Umschreibung und Begründung des *prinzipiellen* Freihandelsstandpunkts durch Bernstein<sup>1)</sup> ist beachtenswert genug, um eine wiederholte Gegenäußerung zu rechtfertigen. Diese mag zugleich manches in meinem ersten Artikel vorläufig Zurückgestellte nachholen und so zur Ergänzung früherer Darlegungen dienen.

Durchaus begreiflich finde ich zunächst, um mit dem Ende zu beginnen, die Bernsteinschen Bemerkungen über den kraß freihandelsfeindlichen Genossen

<sup>1)</sup> Siehe Bernstein *Zollfreier internationaler Verkehr* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 824 ff.

Hilferding, und im großen und ganzen halte auch ich es nicht für übertrieben, wenn Bernstein urteilt:

»Noch nie ist meines Wissens aus sozialdemokratischer Feder die derzeitige handelspolitische Stellung der deutschen Sozialdemokratie rücksichtsloser abgewiesen worden als es in jenen Worten geschieht.«

Aber so merkwürdig einem bei solchen Anschauungen eines so maßgebenden Theoretikers jener Seite die handelspolitischen Leitartikel des Parteizentralorgans erscheinen mögen, die gewöhnlich ihrer ganzen Tendenz und Tonart nach weiter nichts sind als eine Übertreibung und Überspannung der bürgerlichen nach Hilferding heute verächtlich-»reaktionären« Freihandelspolitik, so wenig läßt sich andererseits verschweigen, daß der freihandelsgegnersche Marxepigone sich mit bestem Recht auf durchaus ähnlich gerichtete Äußerungen unserer vorbildlichen Lehrmeister Marx und Engels berufen könnte, und daß bibelfeste Kommentatoren und Herausgeber unserer heiligen Schriften, wie Mehring und andere dies jederzeit unumwunden eingeräumt haben. Bernstein hat glücklicherweise nur wenig Anlage und Neigung zum Ketzerriecher und -richter; aber auch andere sollten hier wohlweislich ihre Nasen und Hände davon lassen.

Bekannt ist, wie Marx als Historiker den Merkantilismus — dieses in einzelnen Zügen geradezu doppelgängerisch ähnliche Gegenstück einer frühern Wirtschaftsperiode zum Schutzsystem der Gegenwart, das man deshalb so oft als Neomerkantilismus bezeichnet — trotz aller Bedrückungen der ökonomisch nichtprivilegierten Klassen als große geschichtliche Notwendigkeit, im geschichtsmaterialistischen Sinn also als unentbehrlichen gewaltigen gesellschaftlichen Fortschritt feierte:

»Es ist [im Merkantilsystem] . . . zugleich das, die interessierten Kaufleute und Fabrikanten von damals richtig Charakterisierende und das der Periode der kapitalistischen Entwicklung, die sie darstellen, Adäquate darin, daß es bei der Verwandlung der feudalen Ackerbaugesellschaften in industrielle und bei dem entsprechenden industriellen Kampf der Nationen auf dem Weltmarkt auf eine beschleunigte Entwicklung des Kapitals ankommt, die nicht auf dem sogenannten *naturgemäßen Weg* sondern durch Zwangsmittel zu erreichen ist. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob das nationale Kapital allmählich und langsam sich in industrielles verwandelt, oder ob diese Verwandlung zeitlich beschleunigt wird durch die Steuer, die sie vermittelt der Schutzzölle hauptsächlich auf Grundeigentümer, Mittel- und Kleinbauern und Handwerk legen, durch die beschleunigte Expropriation der selbständigen unmittlbarbaren Produzenten, durch gewaltsam beschleunigte Akkumulation und Konzentration der Kapitale, kurz durch beschleunigte Herstellung der Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. Es macht zugleich enormen Unterschied in der kapitalistischen und industriellen Exploitation der natürlichen nationalen Produktivkraft. Der nationale Charakter des Merkantilsystems ist daher nicht bloße Phrase im Mund seiner Wortführer. Unter dem Vorwand sich nur mit dem Reichtum der Nation und den Hilfsquellen des Staates zu beschäftigen erklären sie in der Tat die Interessen der Kapitalistenklasse und die Bereicherung überhaupt für den letzten Staatszweck, und proklamieren sie die bürgerliche Gesellschaft gegen den alten überirdischen Staat. Aber zugleich ist das Bewußtsein vorhanden, daß die Entwicklung der Interessen des Kapitals und der Kapitalistenklasse, der kapitalistischen Produktion, die Basis der nationalen Macht und des nationalen Übergewichts in der modernen Gesellschaft geworden ist.«

Ebenso darf hier einfach als bekannt vorausgesetzt werden, wie Marx an anderer Stelle im Hinblick auf die ihm näherliegende Vergangenheit und Gegenwart hinzufügte, das »Protektionssystem« werde auch später noch »eine temporäre Notwendigkeit im internationalen Konkurrenzkampf.«<sup>2)</sup>

<sup>2)</sup> Siehe Marx *Das Kapital*, 3. Band, 2. Teil / Hamburg 1894, pag. 318, und 1. Band, 2. Auflage / Hamburg 1873, pag. 795.



Als wahren schutzzöllnerischen Sturmgesellen lernten wir jedoch durch die Nachlaßveröffentlichung Friedrich Engels, gerade in seiner revolutionärsten und radikalsten Zeit, kennen. Die deutsche Bourgeoisie, dies ist ein Lieblingsgedankengang Engels', ruhe auf der Herausbildung und Entfaltung einer Großindustrie, und diese wiederum sei, für das Deutschland der damaligen vierziger Jahre, ohne Schutzzollsystem undenkbar:

»Wenn wir die Handelsfreiheit proklamieren und unsere Zölle aufheben, so ist unsere gesamte Industrie mit Ausnahme weniger Zweige ruiniert. Von Baumwollspinnerei, von mechanischer Weberei, von den meisten Zweigen der Baumwollen- und Wollenindustrie, von bedeutenden Branchen der Seidenindustrie, von beinahe der ganzen Eisengewinnung und Eisenverarbeitung kann dann keine Rede mehr sein. Die in allen diesen Zweigen plötzlich brotlos gewordenen Arbeiter würden in Massen auf den Ackerbau und die Trümmer der Industrie geworfen werden, der Pauperismus würde überall aus dem Boden wachsen . . . Da aber, wie oben gesagt, die Bourgeoisie in Deutschland des Schutzes gegen das Ausland bedarf . . ., so hat auch die arbeitende Klasse ein Interesse an dem, was der Bourgeoisie zur ungeschmälernten Herrschaft verhilft . . . Mit der Herrschaft des Bürgertums gelangen auch die Arbeiter, von den Verhältnissen getrieben, zu dem unendlich wichtigen Fortschritt usw.«  
Wozu Mehring in seinem Kommentar durchaus sinngemäß interpretierend hinzusetzt:

»Marx und Engels beurteilten und entschieden diese Frage rein vom proletarisch-revolutionären Standpunkt aus. Sie gerieten deshalb in keinen Widerspruch mit einander sondern stimmten vielmehr vollkommen überein, wenn Engels in dem Artikel vom 10. Juni den deutschen Arbeitern riet den schutzzöllnerischen Flügel der deutschen Bourgeoisie zu unterstützen, während Marx in seiner wenig später gehaltenen Freihandelsrede in revolutionärem Sinn für den Freihandel stimmte und die englischen Arbeiter lobte, weil sie den Freihändlern zum Sieg verholfen hätten. Der entscheidende Gesichtspunkt in beiden Fällen war eben der, daß die Arbeiterklasse in höchstem Grad daran interessiert war der Bourgeoisie zum Sieg über historisch rückständigere Klassen zu verhelfen, um nur noch einen Gegner sich gegenüber und das Feld zum letzten Kampf frei zu haben. Auf der damaligen Stufe ihrer Entwicklung bedurfte die deutsche Industrie der Schutzzölle, wenn sie die Kraft zur Besiegung des König- und Junkertums erlangen sollte, während die englische Industrie auf der damaligen Stufe ihrer Entwicklung den Freihandel als Bahnbrecher ihrer Alleinherrschaft brauchte. So ergänzt der kleine Aufsatz von Engels in wünschenswertester Weise die Freihandelsrede von Marx.«<sup>1)</sup>

Das alles ist, um nunmehr wieder mit dem so oft wegen seiner angeblichen Unentschiedenheit angegriffenen Revisionisten Bernstein zu reden, »grundsätzliche Preisgabe des Gedankens, daß der zollfreie internationale Verkehr das richtunggebende Ziel der Handelspolitik der Sozialdemokratie« jederzeit und unbedingt sein müsse. Und es ist eine eigenartige Vertauschung der Rollen, daß im vorliegenden Fall Bernstein wenigstens dieses eine Endziel noch festzuhalten bittet, während gerade einige unserer Radikalsten in der Bewegung nach vorwärts alles sehen wollen. Die grundsätzliche Politik ist diesmal in Bernsteins Zelt als ihrem letzten Asyl geflüchtet, und die erwähnten Prinzipiellen scheuen sich nicht nach vergänglichen taktischen Zweckmäßigkeitserwägungen handelspolitisch von der Hand in den Mund zu leben: bald so bald anders, bald protektionistisch bald freihändlerisch, je nach den wechselnden Wirtschaftsverhältnissen.

Und wie in der Literatur so im Parlament:

»Wir Sozialdemokraten gehen von der Ansicht aus, daß die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, eine Frage der Praxis für den einzelnen Fall ist, daß von Fall zu Fall zu entscheiden ist, ob ein Industriezweig stark genug ist, um die ausländische Kon-

<sup>1)</sup> Siehe Marx und Engels *Gesammelte Schriften 1847 bis 1850*, 2. Band (Stuttgart 1902), pag. 395, 431 und 376-377.

kurrenz zu ertragen. Es kann also leicht eintreten, daß wir in einer Branche den Schutzzoll für notwendig halten, während wir ihn in einer andern für sehr schädlich und überflüssig ansehen.«

So der Genosse Bebel in der Reichstagssitzung vom 25. Februar 1881. Oder noch viel bestimmter in allerjüngster Zeit, nämlich am 10. Dezember 1904, gleichfalls im Reichstag:

»Ganz falsch ist es, wenn der Herr Abgeordnete Dr. Heim sagt, ehemals seien wir schutzzöllnerisch gewesen, und jetzt seien wir freihändlerisch [*Sehr richtig!* bei den Sozialdemokraten]. Die entgegenstehende Behauptung ist nicht wahr. Die Zollfrage ist uns keine Prinzipienfrage, sondern wir haben uns von Fall zu Fall die Frage vorzulegen: Ist ein Schutzzoll notwendig, und wenn ja, in welcher Höhe ist er notwendig? Und wenn wir das Bedürfnis für einen solchen anerkennen, stimmen wir dafür.«

Dem wesentlichen Sinn nach hat sich Hue, der einen ganz andern Flügel der Arbeiterbewegung geistig vertritt, gelegentlich ähnlich in diesen Blättern, im September 1907, geäußert:

»In der Handelspolitik kamen wir glücklich so weit, daß die weitesten Kreise der Parteigenossen jetzt der Ansicht sind, die Sozialdemokratie sei prinzipiell gegen jeden Schutzzoll. Man soll nur hören, wie in Parteiversammlungen über unsere *prinzipielle* Stellung zu Freihandel oder Schutzzoll referiert wird! Danach wären wir prinzipielle Freihändler, und wer anderer Meinung ist, der gilt nicht mehr als voll. Nun wird aber niemand aus den Werken unserer anerkannten Theoretiker nachweisen können, daß wir prinzipiell Freihändler sein müssen. In den ersten parlamentarischen Kämpfen um den Schutzzoll haben unsere Parteigenossen darüber keinen Zweifel gelassen. Schweitzer erklärte in der 9. Sitzung der Reichstagssession 1870, die »vorzeitige Aufhebung eines Schutzzolls« könne die Industrie lahmlegen, den Arbeiter schädigen. Liebknecht sagte am 22. November 1875 im Reichstag, ein Zoll, der die Arbeiter vor ausländischer Schmutzkonkurrenz (Fehlen jeglicher Arbeiterschutzgesetzgebung in dem Konkurrenzland) schütze, wäre »unzweifelhaft gerechtfertigt« und »der Unterstützung eines jeden Sozialdemokraten gewiß«. Im gleichen Sinn sprachen Bracke am 23. April 1877 und Bebel am 5. Juli 1879. In der Parteitagsresolution von Gotha /1876/ heißt es, »daß die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, eine praktische Frage sei, die in jedem einzelnen Fall entschieden werden muß«. Hätten unsere Parteiliteraten und unsere Parteireferenten überall und konsequent diese Haltung eingenommen, kein Parteigenosse wäre dann wegen einer bedingt schutzzöllnerischen Auslassung des *Parteierrats* verdächtigt worden, unsere Position gegenüber den hochschutzzöllnerischen Monopolisten und ihren konservativ-klerikalen Helfern wäre eine bessere, der breiten Masse verständlicher gewesen.«<sup>1)</sup>

Warum also angesichts so vieler Mitsünder die Hände über den unglückseligen Theoretiker aus *Vorwärts*kreisen zusammenschlagen? Wenn ihm heute im Wandel der Zeiten das Staatseingreifen in den internationalen Verkehr wieder als die fortschrittfördernde Kraft, das freihändlerische *laissez aller* dagegen als fortschritthemmend, oder mit anderen, von ihm selber gebrauchten Worten als »reaktionär« erscheint, warum soll alsdann nicht auch ein gutmarxistischer Zentralorgansmitarbeiter dies ruhig schriftlich, wie andere rednerisch von sich geben dürfen? Ich persönlich bedauere nur, daß der Inkulpat sich überbescheiden damit begnügt seine Anschauungen in einem wenig gelesenen dicken Buch niederzulegen, und daß man im *Vorwärts* so wenig eines solchen Geistes Hauch verspürt. Wir haben doch heute die Meinungsfreiheit, wie in den Karlsbader Tagen, nicht erst von 25 Bogen an.

Ich zitiere solche angesehensten Stimmen natürlich nicht, weil sie irgendwie autoritär etwas festlegen und entscheiden sollen, was zwischen Bernstein und

<sup>1)</sup> Siehe Hue *Zum sozialdemokratischen Parteitag in Essen in den Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 699 ff.

mir strittig ist. Sie sollen nur von neuem davor warnen »in der Gegnerschaft gegen die Schutzzollpropaganda in unseren Reihen ziemlich leidenschaftlich« zu sein. Gerade bei der Diskussion der Handelspolitik ist kühlste leidenschaftsloseste Ruhe die erste Parteigenossenpflicht.

**N**UN zur Sache selber, und zwar zunächst wiederum zur Definition des *Freihandels* und seines wirtschaftspolitischen Gegensatzes, für den ich hier wie anderwärts die Bezeichnung *Protektionismus* brauche. Da muß ich Bernstein gegenüber vor allem wiederholen, daß es historisch wie logisch gleich grundfalsch ist lediglich den *Zoll* als das handelspolitisch unterscheidende Moment herauszugreifen.

Historisch, weil die ganze epochemachende *free trade*-Kritik, wie sie eine der interessantesten kapitalistischen Übergangsperioden, in erster Linie Englands ausfüllt, wahrlich nicht dem Zoll allein gilt sondern in systematischer Folgerichtigkeit und Ideeneinheitlichkeit allen merkantilistischen Eingriffen betreffs des internationalen Austausches: den Einfuhrverboten, den Inlandssubventionen und Inlandsprämien aller Art, den Differenzierungen der Flaggen (der warentransportierenden inländischen und ausländischen Schiffe), ebenso den Ausfuhrprämien, den Ausfuhrverboten wie Ausfuhrzöllen, die zum Teil gleichfalls das Ausland differentiell zu benachteiligen suchten, indem sie ihm die Rohstoffe — beispielsweise die englische Wolle für die holländische Tuchmanufaktur — zu verteuern oder ganz zu entziehen suchten. Die Geschichte der siegreich vordringenden englischen *free trade*-Bewegung ist von den verschiedensten Bewunderern wie Gegnern früherer wie jüngster Zeit geschrieben worden. Aber ausnahmslos — wenigstens wüßte ich mich im Augenblick nicht einer einzigen Ausnahme zu erinnern — ist die Beseitigung der, mitunter bis zu förmlicher Nichtzulassung sich steigernden Schiffsdifferenzierungen (der Reste der Navigationsgesetzgebung), der Einfuhrverbote, der Inlandssubventionen (*bounties*) aller Art genau so als Sieg der Freihandelschule und -partei geschildert wie die bloße Zollreform. Was ist demnach geschichtlich das Gemeinsame und Charakteristische aller dieser untrennbar zusammengehörigen Teilreformen? Immer wieder die formalrechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Inland und Ausland in allen nur denkbaren oder doch in allen praktisch wichtigen Konkurrenzverhältnissen, nicht nur im eigentlichen Warenabsatz (Einfuhrzölle) und Warenbezug (Ausfuhrerschwerungen) sondern ebenso im Transport von fernher und im Innern, in der Ausübung von ökonomisch bedeutsamen, für die Konkurrenzfähigkeit oft noch ganz anders als der *Zoll* ausschlaggebenden Rechten (betreffs des Grunderwerbs, der Betriebsgründung, der Patentausübung und des Patentschutzes, des Aktienrechts und der sonstigen Anerkennung der für die Unternehmung unter Umständen unbedingt erforderlichen juristischen Persönlichkeit usw.). Die absatzsuchende Auslandsware trägt fernerhin keine Zollbelastung mehr, falls die Inlandsware lastenfrei sich dem Konsumenten zubewegt. Die Wareneinfuhr auf dem ausländischen Schiff ist fernerhin nicht stärker erschwert als die Warenheranschaffung mittels des *nationalen* Fahrzeugs. Die Absatzschlagkraft der Inlandsware — zeitweise auch der *national*-(britisch-)kolonialen Ware — ist durch keine Produktionsprämie oder sonstige Liebesgabe mehr gefördert, die selbstverständlich die Absatzfähigkeit der *bounty*entbehrenden Auslandsware entsprechend künstlich-staatlich hindern und einschränken müßte. Von Hafen zu Hafen, in der

Küstenfahrt, in der Verbindung zwischen heimischen und fremdstaatlichen, zwischen heimischen und heimisch-kolonialen Häfen kann sich die Konkurrenz des Auslandsfahrzeugs ebenso betätigen wie die *nationale* Schifffahrt. Das sind die, wahrlich nicht von mir erst willkürlich zusammengebrachten Kennzeichen und Etappen für die Fortschritte der Freihandelspolitik, und man würde ein ideeneinheitliches, abgerundetes System der theoretischen Kritik und der wirtschaftspolitischen Umgestaltung vollkommen in seinen innerlichen Zusammenhängen zerreißen und in seiner Bedeutung kläglich verkrüppeln, wenn man lediglich den *Grenzzollumgestaltungen* sein Augenmerk zuwenden wollte, so überwiegend wichtig letztere zeitweise, besonders für die Auseinandersetzung mit dem Landlordismus, waren.

Auch logisch und sprachlich verbietet sich der Bernsteinsche Versuch: denn tatsächlich läuft seine Sprachvergewaltigung darauf hinaus, daß er verschiedene Maßnahmen, im Gegensatz zum guten alten, zielbewußten Freihandel, zwar nicht mehr rundweg ablehnen will, sie aber um keinen Preis handelspolitischen Protektionismus oder Schutz sondern irgendwie anders genannt sehen möchte. England hatte, wie erwähnt, bis in die letzten Jahre hinein größere Zolleinnahmen als Deutschland. Aber England, von kleinen Unebenheiten, wie sie schließlich jede politische Praxis darbietet, abgesehen, war und ist zweifellos ein Freihandelsland. Wie gleichfalls bereits erwähnt, aus dem einfachen Grund, weil Zoll gegen die Auslandsware und Verbrauchssteuerbelastung für (oder richtiger gleichfalls: gegen) die Inlandsware sich das Gleichgewicht halten. Also die *Zollerhebung* — ich staune über die Bernsteinsche Entgegnung — ist das Unwesentliche, nicht das Entscheidende. Das Wesentliche aber ist — immer wieder die Gleichbehandlung von Inland und Ausland, von heimischen und fremden Konkurrenten.<sup>5)</sup> England hat sogar bei vielen Inlandswaren den *abgabefreien Austausch*, den unbelasteten, hürdenfreien Absatz noch nicht erreicht, und selbstverständlich hemmt die Biersteuer den Bierabsatz (*Austausch*), die Schnapssteuer den Branntweinabsatz. Aber das ist eine Angelegenheit und eventuell ein Schmerz für sich: Es ist Steuerpolitik, und zwar, wie wir meinen, verkehrte Steuerpolitik. Mit der international gleichen Konkurrenz, mit dem Freihandel, hat die Sache so lange nichts zu tun als der Grenzzoll die *excise duty* nicht überschreitet. Erst dann, und nur so weit, wird der reine *Finanzzoll*, wie wir im Deutschen sagen, zum *Schutzzoll*. Aber auch der Finanzzoll ist ein Zoll, und auch der Engländer nennt seine, dem internationalen Austausch auferlegte Abgabe (obwohl Äquivalent der innern Verbrauchssteuer) *customs duty, Zoll*. Bernstein stellt die Dinge auf den Kopf, wenn er schreibt: »Es kann nur zur Verwirrung der Geister führen, wenn man [!] auf die rein äußerliche Tatsache hin, daß eine Verbrauchssteuer auf gewisse Waren gleich an der Grenze erhoben wird, sie als einen Grenzzoll bezeichnet. Ein Grenzzoll ist eine Besteuerung des zwischenstaatlichen Verkehrs, eine Belastung des Austausches von Land zu Land.«

Ach nein. Zur Verwirrung kann es nur führen, wenn man, um eine verunglückte und unhaltbare Definition, des Freihandels nämlich, zu retten, den seit Menschenaltern überall, im Inland und Ausland eingewurzeltten und durchaus

<sup>5)</sup> Bernstein möchte für *Konkurrenten*, ich verstehe nicht recht, warum, *Produzenten* setzen. Eigentlich genügen alle diese kurzen und einfachen Ausdrücke nicht. Denn die fremde Ware wird oft bei der Grenzüberschreitung und Zollregelung bereits in *nationalen* Händen, im Besitz oder Eigentum eines inländischen Händlers oder Produktionsunternehmers sein. Der fremde *Produzent* bleibt vollends meist erst recht im Hintergrund; seine Ware ist vielfach schon längst seinen Händen entglitten, ehe sie sich mit fremden Zollämtern auseinandersetzt. Für die heutigen Ausführungen scheinen mir die oben gebrauchten Ausdrücke unzweideutig und deshalb hinreichend.

nicht unberechtigten allgemeinen Sprachgebrauch mit einem Schlag durchaus grundlos umzustülpen versucht. Und eine »Belastung« des Austausches von Land zu Land ist selbstverständlich auch der reine Finanzzoll, genau so wie schon die Inlandsverbrauchssteuer selber zweifellos eine Belastung und künstliche Verschiebung des innern »Austausches« darstellt; Bernstein frage doch einmal unsere Tabak-, Schnaps- und Bierabsatzinteressenten. Oder er frage die brasilianischen Kaffeepflanzer, die wegen europäischer Finanzzölle — Finanz-, nicht Schutzzölle! — schon Zollkriege gepredigt haben, und die andererseits in der amerikanischen Finanzzollfreiheit jederzeit eine der wesentlichsten Förderungen ihres Absatzes, ihres Austausches mit dem Yankeeland erblickten. Oder er frage den französischen Weinhandel, ob die englischen Weinzölle den Austausch von Land zu Land berühren. Belastung des Austausches kennt also auch der Freihandel, im Inland schon und dann an den Grenzen. Aber er bleibt Freihandel, sofern er dem Inland keinen Vorsprung einräumt, Inland und Ausland gleichzubehandeln bereit ist und höchstens bedauert, daß England nicht selber Kaffee, Kakao, Tee und Wein baut, die man alsdann gleichfalls mit einer äquivalenten Belastung treffen würde. Umgekehrt wird man als den hervorstechendsten gemeinsamen Grundzug aller gegenüberstehenden protektionistischen Maßnahmen finden, daß sie dem Ausland gegenüber die Gleichsetzung (in Grenzzöllen gleich Inlandssteuern, in Schiffahrts- und Handelsrechten, in Produktionszuschüssen usw.) durchbrechen.

**B**ERNSTEIN wendet sich jedoch auch gegen den Ausdruck *Protektionismus* (*protektionistische Politik*), der den Gegenpol zu *Freihandel* bezeichnen soll. An sich sind mir Benennungen noch gleichgültiger als irgendeinem sonst. Andererseits aber kann man festgegebene Sprachgebräuche, der Wissenschaft wie der Praxis, nicht beliebig und ungestraft bloß nach augenblicklichen Bedürfnissen der Debattebequemlichkeit überspringen. Sicherlich brauchen praktisch-politisch Protektionismus im bekannten sozialpolitischen Sinn (Ablehnung des *laissez faire*-Prinzips in den Interessenkämpfen zwischen Kapital und Arbeit) und handelspolitischer (also lediglich den verschiedenartigen Konkurrenzkämpfen zwischen In- und Ausland zugekehrter) Protektionismus in keiner Weise zusammenzugehören, obwohl die geistigen Zusammenhänge zwischen Manchestertum im Innern und Freihandel nach außen gleichfalls geschichtlich und theoretisch unbestreitbar bleiben. Jeden Tag kann man es in der Tat von neuem erleben, daß, wer der Auslandskonkurrenz gegenüber den schärfsten Protektionismus hervorkehrt, in der Sozialpolitik als extremster Schwärmer für freie Konkurrenz zwischen Kapital und Arbeit bei Abschluß und Durchführung des Arbeitsvertrags und noch bei allen möglichen anderen, für das Arbeiterdasein entscheidenden Beziehungen auftritt. Solche Anwendungen des selben Ausdrucks in verschiedenem Sinn für verschiedene Gebiete haben wir aber schließlich überall, ohne den geringsten ernstlichen Schaden oder gar sofort Lust zu gewaltsamer Sprachreinigung zu spüren. Und selbst wenn wir in Deutschland mit solcher *Reinigung* Erfolg hätten, dann bleibt weiter der Engländer und Amerikaner; dieser nennt den Gegenpol zu demjenigen Freihandel, der uns hier ausschließlich angeht, nach wie vor überall und bei jeder Gelegenheit *protectionism*, *protective system*, *protectionist policy*, genau wie der Franzose von *protection*, *protectionnisme*, *système protecteur* spricht. »On entend par libre-échange le

contraire du système protecteur«, schlage ich soeben auf gut Glück im Léon Sayschen nationalökonomischen Handwörterbuch auf. Oder, der Trumbullschen Freihandelsgeschichte als Einführung vorgedruckt, den Brief John Brights: dem Freihandelsvormarsch werde sich das *protective system* vergebens entgegenwerfen. An solchen lang eingebürgerten, ganz internationalen Bezeichnungen Anstoß zu nehmen ist um so weniger motiviert als wir im Deutschen, Bernstein und seinen Artikel mit eingeschlossen, doch erst recht das mit *protection* innerlich identische Wort *Schutz* gleichermaßen für Arbeiterschutz und Zollschutz verwenden. Um einem möglichen, keineswegs wirklichen »verwerflichen Jonglieren mit Begriffen« vorzubeugen, müssen wir am Ende noch neue Worte für *Schutz Zoll, Schutzsystem, Agrarschutz, Industrieschutz* erfinden. Ich fürchte umgekehrt: Wenn wir des öfters wissenschaftliche Erörterungen mit ähnlichen Umtaufungen beginnen wollten, dann würden wir uns sehr bald alle mit einander gegenseitig vor Verwirrung nicht mehr auskennen. Nötig und wünschenswert ist demnach nur, daß wir uns bewußt bleiben: Alle hierhergehörigen Bezeichnungen gelten lediglich der internationalen Konkurrenz, den Konkurrenzkämpfen zwischen Inland und Ausland. Alle daran anknüpfenden Urteile haben also mit Urteilen über sozialpolitischen Schutz und Protektionismus nichts zu tun.

In ähnlicher Weise liegt auch zu den weiteren Umnennungsversuchen Bernsteins keinerlei Anlaß vor. Im Gegenteil, sein Bemühen nach dieser Richtung enthüllt nur von neuem, wie ihn das einseitige Hinblicken auf den Zoll zu allerlei verzwickten Konsequenzen und Widersprüchen treibt, die bei klarer Ausgangsstellungnahme ganz von selber verschwinden. Wenn es sich beispielsweise um Maßnahmen zur internationalen Konkurrenz der Arbeitskräfte handelt — nicht um die gewöhnlichen toten Waren sondern um die eine lebendige Ware, deren Markt (Arbeitsmarkt) durch die ausländische Konkurrenz unverkennbar mehr und mehr beeinflußt wird —, so ist das nach Bernstein Sozialpolitik, nicht Handelspolitik, und nicht handelspolitischer Protektionismus, falls die fühlbarsten Barrieren gegen das Ausland aufgerichtet werden:

»Gewiß tauchen, wo grundverschiedene Kulturen aufeinanderstoßen, Probleme auf, die sich nicht mit ein paar landläufigen Schlagworten erledigen lassen. Aber man erleichtert das Finden einer befriedigenden Lösung nicht dadurch, daß man so grundverschiedene Dinge wie Menschenschutz und Zollschutz unter einen Begriff zusammenwirft. Einer der Hauptfaktoren der Lohndrückerei der Asiaten ist ihr rottenartiges Zusammenleben von Massen in engen Räumen, das zugleich sittlichen Tiefstand bedeutet. Es ist kein Verstoß gegen den Grundsatz der Verkehrsfreiheit solches Wohnen durch Vorschriften über Mindestluft-raum pro Kopf in Wohnungen und Schlafquartieren unmöglich zu machen. In der energischen zielbewußten Arbeit für ein Kulturminimum von Wohngelegenheit, Muße, Lohn und Bildung ist die Lösung der Einwandererfrage zu suchen: alles sozialpolitische Maßnahmen, aber nicht in der Richtung des Schutzzolls gegen Menschen.«

Ebensogut könnte man meines Erachtens sagen: Absperrung und Quarantäne gegen ausländische Schlachttiere habe mit der Handelspolitik nichts zu schaffen sondern sei Veterinärpolitik und -polizei. Und am Ende vielleicht auch: Die Behandlung der ausländischen Getreidekonkurrenz und die, gleichviel in welche Formen gekleidete Konkurrenzbegünstigung des heimischen Getreides sei nicht Handelspolitik sondern Ernährungssicherung für den Fall eines Krieges, also Militärpolitik. Wo läge hier der Keim zu solcher, ganz überflüssigen Verwirrung? Greifen wir einen Fall heraus. Selbstverständlich kann und soll das staatliche

Eingreifen für die Ware Arbeitskraft eine ganze Menge schützende Regelungen schaffen, und ich wüßte nicht, wer von uns etwas gegen Bernsteins gesetzlich erzwungenes Kulturminimum von Wohngelegenheit, Muße, Lohn und Bildung einzuwenden hätte. Auch dagegen nicht, daß dies Sozialpolitik ist. Aber wenn die Politik weiter nunmehr für Ausländer Minimalwohnungszustände vorschreibt, die sie der heimischen Arbeiterschaft nicht auferlegt, oder wenn die Politik, neben allen sonstigen normalen Steuern, von den Ausländern hohe Kopfsteuern erhebt, von denen die konkurrierenden inländischen Arbeiter absichtlich verschont gelassen werden, wenn Werkstätten und Fabriken mit ausländischen Arbeitern viel ungünstiger behandelt werden (steuerlich, baupolizeilich, für öffentliche Lieferungen und Arbeiten) als die konkurrierenden Betriebe, je nachdem sie mit heimischen Arbeitern wirtschaften: dann und inso weit haben wir eben den Protektionismus in unserem Sinn, genau wie für andere internationale Konkurrenzkämpfe. Ein Schutzzoll gegen Menschen wäre etwa die rohe Kopfsteuer; aber wie man weiß, tritt dieser Zoll meist gegen die anderen protektionistischen Maßnahmen der konkurrenzbedrohten überseeischen Länder zurück. Abermals ein Beweis, wie man durch einseitiges ausschließliches Hervorzerrn des Zolles sich den Einblick und das Urteil in die ihrem Zweck und Wesen nach zusammengehörigen Vorgänge nur erschwert. Die Auswanderungsstaaten wissen übrigens recht gut, daß der Zoll (die Kopfsteuer) höchstens ungefährlicher ist als die anderen, den freien Verkehr ausschaltenden Maßnahmen. Am Zoll stoßen sie sich deshalb am wenigsten.

Ein anderes Beispiel: lebende Tiere und tote Fleischerzeugnisse. Man kann sich keine schärferen Unterbindungen des freien Verkehrs denken als unsere Seuchen- und Fleischbeschaugesetze. Zweifellos ist das zunächst Veterinär- und Sanitätspolizei und -politik. Aber wenn es die Anwendung dieser Regelungen auf die Auslandsbeziehungen gilt, dann erhebt sich, wie man weiß, gewöhnlich recht rasch die Frage: Gleichbehandlung oder schärfere, differentiell ungünstigere Behandlung der Auslandszufuhr zu den heimischen Vieh- und Fleischmärkten? Schlägt man den letztern Weg wirklich ein, so haben wir eben Verletzung des Freihandels, der gleichen Konkurrenz zwischen Inland und Ausland, gleichviel ob irgendein Zoll dabei noch in die Wagschale fällt. Nach allgemeinem Sprachgebrauch und auch nach der sachlich einzig möglichen Beurteilung haben wir hier protektionistische Anwendungen und Ausschreitungen, je nach dem Grad der Abweichung von der (vielleicht wegen äußerlicher Schwierigkeiten nicht formalen, aber doch sachgemäß entsprechenden) Gleichbehandlung. Und wie man weiß, ist auf diesem Gebiet ebenfalls der Zoll nur eines der protektionistischen Mittel gegen die Auslandskonkurrenz, zeitweise — wie bei uns in der Gegenwart — sogar nur ein Mittel von sekundärer Bedeutung. Aber sind vollständige Sperrn etwa Freihandel, weil nirgends eine Zollerhebung in Funktion tritt? War der Antrag Kanitz zwar verwerflich, aber doch ein Schritt zum Freihandel, weil mit seiner Verwirklichung tatsächlich jede Verzollung aufgehört haben würde? Nein, weil er mit Staatshilfe den Absatz des ausländischen Getreides noch mehr zugunsten des deutschen Kornes zurückzudrängen strebte, weil er also von der Gleichstellung des in- und ausländischen Kornes noch weiter abbot als der 35 Mark-Zoll, deshalb war er nach allgemeinem Urteil noch protektionistischer als jener Zoll.

Die Scheidung zwischen Freihandel und Protektionismus erfolgt also durchaus

nicht nur beim Zoll und durch den Zoll. Und in dem dargelegten, einzig haltbaren Wortsinn bekundet sogar Bernstein in seinem jüngsten Artikel abermals recht protektionistische Anwendungen. Die bedenklichen Äußerungen des ersten Artikels gab ich bereits früher wieder. Diesmal lese ich:

»Es ist indes hierbei eines nicht zu vergessen: Nicht alle die Zwecke, die in den verschiedenen Ländern heute durch Schutzzölle erzielt werden sollen, sind verwerflich. Staatliche Förderung der Konkurrenzfähigkeit der heimischen Produktion ist etwas prinzipiell durchaus Berechtigtes. Soweit Schutzzölle diesem Zweck bestimmt sind, sind sie also je nachdem als falsche Mittel, aber nicht als direkte Zuwendungen einen Gewerbszweig, sagen wir: die Landwirtschaft, in den Stand preiswerter als bisher zu produzieren, so wird sich das in der Praxis, sofern es eben rationell geschieht, als Abwehr gegen die Konkurrenz des Auslands erweisen. Aber ein Einbruch in das Prinzip des zollfreien internationalen Austausches ist es nun und nimmermehr.«

Gewiß, wenn man den Zoll als »falsches Mittel« aufhebt, dann hat man Zollfreiheit. Das ist unbestreitbar. Aber wenn man nunmehr durch direkte Inlandszuwendungen an eine Produktion die Auslandsproduktion in durchaus dem gleichen Maß, nur nicht mehr auf dem gleichen Weg zurückdrängt wie durch einen Zoll — 35 Mark staatlichen Produktionskostenbeitrags für deutsches Getreide bedeuten beispielsweise beim Absatz den gleichen Konkurrenzvorsprung wie ein 35 Mark-Zoll gegen ausländisches Getreide —, ja, Freihandel ist das wahrhaftig auch nicht. Das ist gleichfalls unbestreitbar. Dafür zu plädieren wäre Protektionismus und Quertreiberei dazu; denn wenn man schon gegebenenfalls einen Vorsprung für die Inlandsproduktion einräumen will, dann hat eine alte und erfahrungsreiche handelspolitische Praxis jederzeit bewiesen, daß der Zoll als »Mittel« viel zweckentsprechender und ungefährlicher ist als die direkte Staatszuwendung, von der aus guten Gründen alle derart experimentierenden Länder möglichst bald wieder abgesehen haben. Der Zoll hat, was selbst die meisten Schutzzöllner nicht leugnen, recht oft und vielleicht immer seine Schattenseiten. Die direkten Staatszuwendungen aber an die vielköpfige Konkurrentenmasse eines Produktionszweigs sind so gut wie immer sicheres Gift.

Wenn Bernstein also schon heute manche »Zwecke« des Protektionismus nicht »ungerechtfertigt« findet, so wird er sich hoffentlich mit der Zeit weiter noch davon überzeugen, daß der heutige Staat, wenn es darauf ankommt, sich auf die »Mittel« meist viel besser versteht als — wir selber alle zusammen.<sup>9)</sup>

## LUDWIG QUESSEL · DER ALTE UND DER NEUE LIBERALISMUS

I

**G**ENOSSE Bebel hat in seiner Hamburger Kandidatenrede denjenigen Parteigenossen, die die Schaffung einer liberal-sozialdemokratischen Mehrheit für wichtiger halten als das Zählen der sozialdemokratischen Stimmen, jedes Verständnis für das eigentliche Wesen der Sozialdemokratie abgesprochen. Nach Bebel unterscheidet sich die Sozialdemokratie von allen anderen Parteien dadurch, daß sie ihre Grundlage

<sup>9)</sup> Friedrich Engels urteilte auch über das »Mittel« des Zolls ganz anders. Bernstein kommt auf den etwas abgebrauchten Vergleich von Eisenbahn und Postkutsche zurück. Engels sah 1888 umgekehrt in dem amerikanischen Zollschutz den Beweis, daß die Yankees nicht mit dem »Bummelzug« sondern mit dem »Expreszug« vorwärtskommen wollten.



im bewußten Kampf gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft hat, dieser in Todfeindschaft gegenübersteht, so daß es von größter Wichtigkeit für sie ist festzustellen, wie groß die Zahl derjenigen ist, die sich zu dem Endziel der sozialistischen Bewegung bekennen. Wenn man auch die Ansicht, daß die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels mit dem Bekenntnis zu den Endzielen des Sozialismus gleichbedeutend sei als eine arge Selbsttäuschung ansehen muß, so kann man doch Bebel darin recht geben, daß derjenige, der in der Sozialdemokratie nur eine parlamentarische Partei sieht, von dem eigentlichen Wesen des demokratischen Sozialismus wenig Ahnung hat. In der Tat ist die Sozialdemokratie weit mehr als eine politische Organisation. In allen ihren Ausstrahlungen auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet ist sie die soziale Bewegung einer unterdrückten Klasse, die zur Gleichberechtigung nur emporsteigen kann, wenn sie letzten Endes Wirtschaft und Recht der heutigen Gesellschaft von Grund aus umgestaltet.

In dieser Hinsicht läßt sich die moderne Sozialdemokratie nur noch mit dem alten Liberalismus vergleichen. Wie dieser auf den Trümmern der feudal-absolutistischen Gesellschaftsordnung ein neues Recht und eine neue Wirtschaft entstehen ließ, so strebt die Sozialdemokratie dahin Demokratie und Sozialismus zur Anerkennung und Herrschaft zu bringen. Und wenn Bluntschli darin recht hat, daß jede soziale Bewegung, die eine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse von Grund aus anstrebt, auch dann ihrem Wesen nach revolutionär sei, wenn sie ihr Ziel auf streng gesetzlichem Weg zu erreichen sucht, so ist die moderne Sozialdemokratie allerdings nicht weniger revolutionär als der alte Liberalismus. Politisch revolutionär war dieser dadurch, daß er der absolutistischen Staatsdoktrin die konstitutionell-demokratische entgegenstellte. Während in dem feudal-absolutistischen Staatswesen sich die ganze staatliche Gewalt in der Person des Monarchen verkörperte, der bestehende Gesetze durch landesherrliche Verordnungen abändern und außer Kraft setzen sowie die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte durch Machtsprüche seiner Kabinettsjustiz durchbrechen konnte, kämpfte der alte Liberalismus für staatsrechtliche Institutionen, die den Monarchen aus einem Autokraten zu dem ersten Beamten und Bürger des Staates machen sollten. Als sozialrevolutionär erwies sich der alte Liberalismus dadurch, daß er die Beseitigung aller sozialen Standesvorrechte forderte. Er befreite die Leibeigenen, gab dem Bauern das Recht der freien Verwertung seines Bodens, zerstörte die Zunftschranken, die dem besitzlosen Gesellen den Weg zur Selbstständigkeit versperrten, und zerriß die Lohnrenten, die zumeist zugunsten der Arbeitgeber den Lohn niedrig hielten. Den Menschen und Waren schaffte er freie Bahn, indem er die Beschränkungen der Freizügigkeit aufhob und die Binnenzölle beseitigte. Die Schriftsteller des alten Liberalismus glaubten auch, daß in ihrem liberalen Zukunftsstaat etwas faul sei, wenn der große Grundbesitz fortbestehen bliebe. Die französischen Liberalen von 1789 zogen hieraus die praktischen Konsequenzen, indem sie »den feudalen Boden in Stücke schlugen und die feudalen Köpfe abmähten, die darauf gewachsen« (Marx), um solcher Art die *égalité de droit*, die ihre Theorie predigte, zu einer *égalité de fait* zu erweitern. Wenn der feudale Grundbesitz zerstört, wenn alle Standesvorrechte beseitigt, wenn Menschen und Waren frei zirkulieren könnten, dann werde, so hoffte der alte Liberalismus, das Reich der Freiheit und Gleichheit strahlend wie die Morgenröte am Horizont der Zeiten aufsteigen.

Die durch die soziale Revolution des alten Liberalismus geschaffene Wirklichkeit sah freilich ganz anders aus. Wir besitzen aus der Feder Sismondis wahrheitsgetreue Schilderungen der sozialen Verhältnisse, die nach dem liberalen Umsturz der feudal-absolutistischen Gesellschaftsordnung in Erscheinung traten. Von den industriellen Arbeitern erzählt uns Sismondi, daß sie bei dem liberalen Wirtschaftssystem schlechter gestellt wären als zuvor; sie müßten Kartoffeln statt Brot essen, Lumpen statt Kleider tragen, weil ihr Lohn nicht einmal ausreiche das nackte Dasein zu fristen. Und auch den anderen Klassen der Gesellschaft habe das liberale Wirtschaftssystem lange nicht den Segen gebracht, den man von ihm erwartet habe. In Stadt und Land mache sich eine wachsende Unsicherheit bemerkbar. Die Bauern seien in die Hände von Wucherern geraten, die sie nicht selten von Haus und Hof vertrieben, und in der Industrie ließen Überproduktion und Krisen die Unternehmer nicht zur Ruhe kommen, da das Glücksspiel der kapitalistischen Produktion den einen Fabrikanten hoch emporhebe in den Schoß des Reichtums, um den andern in den Abgrund der Armut hinabzuschleudern. Das soziale Fiasko des liberalen Umsturzes gab der sozialistischen Kritik mächtige Impulse. Die sozialistischen Kritiker des liberalen Wirtschaftssystems wiesen zur Erklärung des zunehmenden sozialen Elends auf die wachsende Macht des mobilen Kapitals hin, die am eindrucksvollsten in den industriellen Großbetrieben in die Erscheinung trete. In der Tat erfuhren durch die Zunahme der industriellen Großbetriebe die sozialen Gegensätze plötzlich eine ungeahnte Verschärfung. Eine richtige Vorstellung dessen vermag sich nur der zu verschaffen, der tiefer in die sozialen Verhältnisse der Frühzeit des Kapitalismus eingedrungen ist. Der jüngern Generation des modernen Proletariats, die in der freien Atmosphäre der Arbeiterschutzgesetzgebung groß geworden ist, scheinen die Schilderungen aus der Frühzeit des Kapitalismus nicht weniger fremd als die Beschreibungen der amerikanischen Negersklaverei. Das habe ich als Handwerkslehrling bei der Lektüre von Marx' *Kapital* selbst lebhaft empfunden. Obwohl ich aus der untersten Schicht des großstädtischen Proletariats stamme, ist mir aus den Kreisen meiner proletarischen Jugendfreunde nicht ein einziger bekannt, der vor Beendigung seiner Schulzeit regelmäßig gewerbliche Arbeit verrichten mußte. Eine Ausnahme bildeten nur meine älteren Brüder, die Weißbrot in die Häuser der Bürger trugen; diese Tätigkeit nahm aber nur 1½ Stunden in Anspruch und begann erst morgens nach 5 Uhr, nachdem sie mehr als 8 Stunden geschlafen hatten. Was bedeutet aber eine solche gewerbliche Arbeit gegenüber den Zuständen aus der Frühzeit des Kapitalismus, als man Kinder von 6 Jahren aus ihren Betten riß, um sie 12 bis 15 Stunden lang unter der grausamen Aufsicht eines die Peitsche schwingenden Aufsehers an die Maschine zu setzen? Kein Wunder, daß mir auch als Handwerkslehrling, obwohl ich damals 11 bis 12 Stunden an den Werkstisch wie an eine Galeere gekettet war, der glühende Haß gegen das kapitalistische System, der mir aus Marxens Schriften entgegenschlug, gefühlsmäßig nicht verständlich war. Begreiflich wurde mir dieser Haß erst, als ich schärfer erkannte, daß diese Schriften in der Frühzeit der kapitalistischen Produktionsweise entstanden waren, als infolge des Mangels jeder ernsthaften Arbeiterschutzgesetzgebung dem Land rasch und in aller Stille ein großes Heer hilfloser Wesen erwuchs, gebildet aus Vätern und Söhnen, die durch Frauen und Kinder ersetzt, aus

Handwerkern, die durch Maschinen verdrängt waren, und die, durch Arbeitslosigkeit und Hunger unrettbar demoralisiert, ihre moralische Entartung auf Weib und Kinder übertrugen.

Die elende Lage des industriellen Proletariats in der kapitalistischen Frühzeit, die Engels so eindrucksvoll in seiner Monographie *Die Lage der arbeitenden Klassen in England* geschildert hat, macht aber nicht nur Marxens glühenden Haß gegen die kapitalistische Produktionsweise sondern auch seine, zuerst 1847 zum Ausdruck gebrachte Auffassung verständlich, daß nur der »gewaltsame Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung« die faktische Sklaverei des Proletariats beseitigen könne. Wie schwer war es damals zu hoffen, daß die in den individualistischen Dogmen des alten Liberalismus befangenen herrschenden Klassen den Weg der sozialen Reform beschreiten würden. Und was anders konnte Marx wohl von den durch Hunger und Unwissenheit demoralisierten Massen erwarten, als daß sie durch Emeuten gegen ihr Elend protestieren würden? Marxens Ansicht, daß das Proletariat jener Zeit sich nur durch Emeuten helfen könne, war damals auch die Anschauung aller bürgerlichen Menschenfreunde. »Die große stumme, tiefbegrabene Klasse«, schrieb Thomas Carlyle unter dem Eindruck der Chartistenaufstände, »liegt wie ein Enceladus, der in seinen Schmerzen, wenn er über sie klagen will, Erdbeben verursachen muß.« Von der schöpferischen Tätigkeit, die die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften, Genossenschaften und den Parlamenten in den folgenden Jahrzehnten zur Hebung ihrer Klassenlage entfalten sollte, hatten weder Marx noch seine bürgerlichen Zeitgenossen in jener Epoche eine klare Vorstellung. Mir scheint auch, daß sich Marx und Engels von den starken Jugendeindrücken aus der Frühzeit des Kapitalismus niemals haben ganz losmachen können. Wenigstens lassen verschiedene Stellen in ihren Briefen darauf schließen, daß die streng gesetzliche Form des Klassenkampfes, für die Liebknecht und Bebel das deutsche Proletariat gewannen, ihnen gefühlsmäßig wohl nie recht verständlich geworden ist. Immer wieder brechen im spätern Alter bei ihnen die Jugendanschauungen durch, daß die gesetzliche Form des proletarischen Klassenkampfes nur ein vorübergehender Zustand sein könne, der über lang oder kurz durch soziale Emeuten im Stil der Chartistenbewegung abgelöst werden müsse.

Für den alten Liberalismus war die Existenz eines zahlreichen Proletariats ein lebendiger Widerspruch zu seiner Theorie. Den vom Absolutismus schmachvoll geknechteten Volksmassen hatte er Freiheit und Eigentum versprochen, und nun entstand vor aller Augen eine neue Klasse, die weder das eine noch das andere besaß. Auch dem redseligsten Verteidiger der liberalen Gesellschaftsordnung mußte das Wort *Freiheit* auf den Lippen ersterben, wenn er auf die industrielle Arbeiterschaft blickte, deren ganzes Leben vom zartesten Kindesalter an unter der Kommandogewalt der Unternehmer stand, die aß und schlief nach dem despotischen Klang der Fabrikglocke. Und welchen Sinn hatte das Wort *Eigentum* für das in ekelhaften Wohnhöhlen hausende Proletariat der frühkapitalistischen Fabriken, dessen Kleidung aus Lumpen bestand, und das sich zumeist von verdorbenen Lebensmitteln ernährte? Was konnten die alten Liberalen den Kommunisten Stichtätiges erwidern, wenn diese ihnen zornbebend entgegenhielten, daß sie die feudale Sklaverei nur abgeschafft hätten, um dem Volk die weit schlimmere kapitalistische aufzuerlegen? Für den Liberalen alten Stils war und blieb das Proletariat die mo-

derne Sphinx, die seine Gesellschaftsordnung zu verschlingen drohte, wenn ihm nicht die Lösung des sozialen Rätsels gelang. Der Kommunismus hielt freilich eine Lösung schon bereit, aber diese konnte dem Liberalismus nur Entsetzen einflößen. Die *Diktatur des Proletariats*, die der Kommunismus in seinem *Manifest* empfahl, was anderes konnte sie seiner Ansicht nach zustande bringen als eine Reihe blutiger Jacquerieen, die nur damit enden konnten den Führer der Soldateska zum *Retter der Gesellschaft* zu machen und den eben erst zu Boden geworfenen Absolutismus als *demokratische Tyranie* von neuem auf den Thron zu setzen? Es ist daher erklärlich, daß der alte Liberalismus dem Sozialismus in Todfeindschaft gegenüberstand. Denn die *Heilmittel* für die unleugbaren Schäden der liberalen Ordnung, die der Sozialismus in Bereitschaft hielt, mußte ihm als ein tödliches Gift erscheinen, das den sozialen Organismus zerfressen und den Untergang aller Kultur herbeiführen müsse.

## II

**M**EUTE trennt uns ein halbes Jahrhundert von der Blütezeit des alten Liberalismus. Es kennzeichnet sich durch gewaltige Veränderungen in der sozialen Struktur der Bevölkerung. Während es vor 50 Jahren schien, als ob durch das Vordringen der industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe die städtischen und ländlichen Mittelklassen auf ein Minimum reduziert würden, lehrt uns heute ein Blick in die Reichsstatistik, daß in den letzten Jahrzehnten neue Mittelklassen entstanden sind, die stärker, breiter und lebenskräftiger sind als es der alte Mittelstand vor 50 Jahren war. Durch die Entwicklung der größeren und mittleren Bauerngüter zu kleinkapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben mit familienmäßiger Arbeitsverfassung ist ein landwirtschaftlicher Mittelstand entstanden, der in Süd- und Westdeutschland das ökonomische Leben des flachen Landes fast vollständig beherrscht. Aber auch in den Städten sind neue Mittelschichten emporgestiegen, deren soziale Bedeutung noch vor wenigen Jahrzehnten gar nicht erkannt und gewürdigt werden konnte. Neben den Handwerksmeistern alten Stils, deren Zahl auf 1 Million veranschlagt werden kann, finden wir die politisch und wirtschaftlich außerordentlich einflußreiche Schicht des modernen kleinkapitalistischen Unternehmertums, das 1,3 Millionen Angehörige zählt. Zu diesen beiden Mittelschichten kommt nun die soziale Schicht der Staats- und Gemeindebeamten sowie der freien Berufe, die wohl annähernd 1 Million Wähler stellen dürfte. Nahe verwandt mit dieser sozialen Klasse ist die Schicht der gewerblichen Beamten, deren männliche Angehörige 1007 1,29 Millionen ausmachten. Schließlich sind dem modernen Mittelstand noch die zahlreichen pensionierten Beamten und Offiziere, die berufslosen kleinen Rentner und Hausbesitzer, die Studierenden usw. zuzuzählen, deren männliche Angehörige wohl auch die Zahl von 1 Million erreichen werden. Man hat die sozialen Schichten der Staats- und Gemeindebeamten, der Angestellten der Industrie und der Angehörigen der freien Berufe unter der Bezeichnung *neuer Mittelstand* zusammengefaßt, weil diese sich wesentlich ihrem sozialen Charakter nach von den anderen Mittelschichten unterscheiden. Auf sozialistischer Seite hat man seit langem erkannt, daß dieser neue Mittelstand, der zusammen mit dem Proletariat in den meisten Wahlkreisen die Mehrheit der Wähler stellen könnte, an der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter und Konsumenten im Grund fast gar nicht beteiligt ist und zum größern

Teil sogar heftig darunter leidet. Es hat denn auch nicht an Stimmen gefehlt, die diesen neuen Mittelstand als ein günstiges Rekrutierungsgebiet für den Sozialismus empfohlen haben.

Bisher hat der neue Mittelstand, der seiner sozialen Stellung nach eigentlich sozialistisch denken und fühlen könnte, mit der Sozialdemokratie als Partei freilich herzlich wenig zu tun gehabt. Das liegt meiner Meinung nach einmal daran, daß die deutsche Sozialdemokratie mehr als ein volles Jahrzehnt unter einem rigorosen Ausnahmegesetz stand und auch heute noch als sogenannte *Umsturspartei* gesellschaftlich geächtet ist. Weiter kommt hinzu, daß die deutsche Sozialdemokratie in allen ihren Lebensäußerungen eine ausgesprochene Vertretung der handarbeitenden Schichten ist, an deren rauhe Umgangsformen sich der Kopfarbeiter nur schwer gewöhnen kann. Von Wichtigkeit ist auch die große Abhängigkeit, in der sich der Kopfarbeiter seinem Arbeitgeber respektive dem Staat und der Gemeinde gegenüber befindet. Die sozialdemokratische Gesinnung, die ein Unternehmer bei seinen Arbeitern als etwas Unvermeidliches hinnimmt, würde ihm bei seinem Kontorpersonal, mit dem er in weit engerer persönlicher Fühlung steht, unerträglich erscheinen und oft seinen hartnäckigsten Widerstand herausfordern. Kein Wunder daher, daß Angehörige des neuen Mittelstands unter den organisierten Parteigenossen nicht viel häufiger zu finden sind als Angehörige der Bourgeoisie selbst.

Soweit der neue Mittelstand heute am politischen Leben überhaupt teilnimmt, ist er zumeist im Lager der liberalen Parteien zu finden. Gerade diese Tatsache veranlaßt die Katastrophenpolitiker auch diese Klasse zu der *einen reaktionären Masse* zu werfen, weil ihr *Klasseninstinkt* sie dazu treibe bei Wahlen mit der Bourgeoisie gemeinsame Sache zu machen. Ich vermag nun wirklich nicht einzusehen, warum sich zum Beispiel der *Klasseninstinkt* der mittleren Beamten und Angestellten des Staates und der Gemeinden, die genau so wie die Proletarier an der Erzeugung des gesellschaftlichen Mehrwerts beteiligt sind, gegen den demokratischen Sozialismus wenden sollte. Ebenso unerklärlich ist es, was eigentlich die mittleren Angestellten der Privatindustrie, die mit dem Proletarier die Unsicherheit der Existenz — wohl das schwerste Übel der kapitalistischen Produktionsweise — teilen, gegen die Sozialdemokratie treiben sollte. Die heute noch unbestreitbar vorhandene Abneigung des neuen Mittelstands gegen den demokratischen Sozialismus ist wohl wesentlich darauf zurückzuführen, daß dieser ihnen in allen offiziellen Kundgebungen der Partei in der Gewandung der Katastrophentheorie entgegentritt. Schon die formale Bildung dieser Schichten macht es unmöglich den demokratischen Sozialismus in dieser Form zu akzeptieren. Je schärfer die Katastrophentheorie von der Sozialdemokratie herausgekehrt wird, um so größer muß naturgemäß die Abneigung des neuen Mittelstands gegen den demokratischen Sozialismus werden. Wenn neulich zum Beispiel die *radikalen* Parteiorgane das Eintreten des neuen Mittelstands für den nationalliberalen Oberbürgermeisterkandidaten in Stuttgart in den höchsten Tonarten als die glänzendste Bestätigung der Katastrophentheorie feierten, so übersehen sie dabei geflissentlich, daß gerade die Stuttgarter Parteiorganisation unter Westmeyers, Dr. Dunckers und Clara Zetkins Führung seit Jahren eifrig bestrebt ist den Angehörigen des Mittelstands ein gelindes Grauen vor einer sozialdemokratischen Herrschaft einzuflößen. Wer den demokratischen Sozialismus nach den Kundgebungen der geistigen Führer der Stuttgarter Parteiorganisation beurteilt, kann, wenn er

höhere formale Bildung genossen, unmöglich Sozialdemokrat werden. Schon deren Forderung, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei ihre Einsicht den Beschlüssen der Zufallsmehrheiten der von Westmeyer geleiteten Stuttgarter Parteiversammlungen unterzuordnen hätten, reicht vollkommen aus, um jeden, der zwischen Demokratie und Demagogie zu unterscheiden weiß, das Eintreten für die Sozialdemokratie recht schwer zu machen.

Gegenüber den neuen Mittelschichten hat sich der linke Liberalismus weit anpassungsfähiger erwiesen als der Sozialismus. Wer das Wesen der Parteien nicht nur nach ihren Programmen beurteilt sondern — der historisch-ökonomischen Methode folgend — seine Aufmerksamkeit auch auf deren soziale Zusammensetzung richtet, kann unmöglich bestreiten, daß insbesondere der linke Liberalismus seine feste Anhängerschaft zumeist in denjenigen sozialen Klassen findet, die dem Proletariat am nächsten stehen, eben dem neuen Mittelstand. Von diesem Standpunkt betrachtet gewinnt die Frage, welche Zukunftsperspektiven sich einer politischen Kooperation zwischen linkem Liberalismus und Sozialdemokratie eröffnen, ein völlig anderes Gesicht. Wenn nämlich der linke Liberalismus sich zu einer Interessenvertretung des neuen Mittelstands entwickeln sollte, würde sich daraus die Möglichkeit einer politischen Allianz zwischen ihm und der Sozialdemokratie ergeben, die eine solide ökonomische Fundierung hätte. Obwohl die Interessen des neuen Mittelstands und der Arbeiterschaft nicht in allen Fragen völlig übereinstimmen, sind sie doch auch keineswegs so verschieden, daß sie nicht zu einem Ausgleich und einem *modus vivendi* gebracht werden könnten. Jedenfalls ist zwischen diesen beiden Klassen die fundamentale Übereinstimmung zu konstatieren, daß sie an der kapitalistischen Ausbeutung der Produzenten und Konsumenten nicht beteiligt sind. Nun darf man sich freilich nicht der Illusion hingeben, daß der Liberalismus, der seine Anhängerschaft heute noch in heterogenen Gesellschaftsschichten sucht, sich besonders schnell von den den Interessen des neuen Mittelstands widerstrebenden Einflüssen wird freimachen können. Dies ist um so weniger zu erwarten, als die Entwicklung des politischen Denkens der ökonomischen Entwicklung fast immer nachhinkt. Wie der *sozialrevolutionäre* Flügel in der Sozialdemokratie noch heute in Gedanken lebt und weht, die der Frühzeit des Kapitalismus angehören, so bewegen sich viele Angehörige des neuen Mittelstands noch ganz und gar in der Gedankenwelt des alten Liberalismus. Unter diesen Umständen wird für absehbare Zeit die politische Kooperation des linken Liberalismus und der Sozialdemokratie nur darin bestehen können, daß die Führer bei voller Wahrung der parteipolitischen Selbständigkeit der von ihnen vertretenen sozialen Gruppen sich bewußt bleiben, daß sie im Kampf gegen die reaktionären Mächte zusammenzustehen haben. In Deutschland ist ein solch bewußtes Zusammenwirken der politischen Vertreter des Proletariats und des Mittelstands noch nicht viel über das Stadium einer Zukunftsmöglichkeit hinausgekommen. Dagegen hat in Ländern mit höherer politischer Kultur die liberal-sozialdemokratische Kooperation ihre Feuertaufe bereits bestanden. In Frankreich haben wir ihr die Trennung von Kirche und Staat und die Sicherstellung der republikanischen Staatsform zu verdanken; in England hat die liberal-sozialdemokratische Kooperation die Macht des Oberhauses gebrochen, und sie ist jetzt im Begriff eine großartige Sozialversicherung zu schaffen, von der selbst der *Vorwärts* zugehen muß, daß sie »der Arbeiterklasse das weitestgehende Selbstbestimmungs-

recht\* in der Kranken- und Invalidenversicherung einräumt. Und in der Tat ist die große englische Versicherungsbill ein mächtiger Schritt vorwärts auf dem Weg der sozialen Reform, der Sicherung des Lebens der arbeitenden Klassen, der demokratischen Selbstverwaltung und der Umwandlung der desorganisierten Gesellschaft der altliberalen Ära in die staats- und municipal-sozialistisch gebundene der Zukunft.

Für die deutsche Sozialdemokratie erwächst hieraus die Frage, was sie ihrerseits zu tun hat, um einer sozialdemokratisch-liberalen Kooperation den Weg zu bahnen. Zunächst wird man der Anschauung entgegentreten müssen, daß durch das Zählen der sozialdemokratischen Stimmen auch nur der geringste Fortschritt zu erzielen sei. Zu Bismarcks Zeiten war die Regierung noch stark genug den herrschenden Klassen soziale Reformen abzutrotzen, indem sie unter Hinweis auf das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmenzahl die blutigen Greuel einer proletarischen Revolution in den stärksten Farben an die Wand malte. Heute, wo das Unternehmertum gelernt hat durch Aussperrungen den Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft auch ohne Hilfe der Staatsgewalt zu führen, wo der Generalstreik in Rußland und Frankreich zu schweren Niederlagen des Proletariats geführt hat, wird kein ernsthafter Politiker mehr glauben, daß ein Wachstum der sozialdemokratischen Stimmenzahl, das keinen Ausdruck in einer steigenden Mandatsziffer findet, irgendeinen Einfluß auf die Gegner ausüben könnte. Man unterschätzt die Intelligenz dieser Leute sehr, wenn man glaubt, sie ließen sich durch den Schein der Macht blenden. Im Grunde laufen ja alle ihre reaktionären Vorschläge auf Änderung des Reichstagswahlrechts darauf hinaus die Möglichkeit zu beseitigen, daß die Sozialdemokratie eine ihrer Stimmenzahl entsprechende Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften finden könnte. Sobald eine solche Möglichkeit beseitigt ist, würden sie der Sozialdemokratie das Vergnügen ihre Stimmen zu zählen schließlich schon gönnen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß ein Wachstum der sozialdemokratischen Stimmenzahl ganz ohne politische Bedeutung wäre. Für die tätigen Parteigenossen bleibt es immerhin ein wertvoller Gradmesser dafür, inwieweit unsere Agitation im Volk Anklang gefunden hat. Unter normalen Verhältnissen schließt ein Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen übrigens auch eine Zunahme unserer Mandate ein. Bei einem Wachstum der sozialdemokratischen Stimmenzahl von 3,2 auf 4 Millionen, die Bebels Wunsch entsprechen würde, müßte sich der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen an der abgegebenen Gesamtstimmenzahl von 28,9 auf etwas mehr als 36 % erhöhen. Im Jahr 1907, als die Partei der Nichtwähler energisch zugunsten der bürgerlichen Parteien in Aktion trat, erzielten wir immerhin doch in 71 Wahlkreisen 43 % und mehr der abgegebenen Stimmen. Ein etwas mehr als 7prozentiger Stimmenzuwachs, der in allen Wahlkreisen annähernd gleichmäßig in Erscheinung treten würde, müßte demnach die Zahl der sozialdemokratischen Mandate schon in der Hauptwahl auf 71 erhöhen. Allerdings ist auch ein Ausgang der Wahl denkbar, bei dem die Sozialdemokratie 4 Millionen Stimmen gewänne und doch nur 40 Mandate eroberte. Die Voraussetzung dafür wäre aber, daß die Sozialdemokratie gerade in allen Bezirken mit einer vorherrschend industriell-proletarischen Bevölkerung fast zum Stillstand käme und nur dort noch Fortschritte erzielte, wo bisher nur verhältnismäßig wenig sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Ich vermag nun wirklich nicht einzusehen, weshalb wir wün-

schen sollten, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl gerade in den Zentren der sozialistischen Arbeiterbewegung zum Stillstand kommen sollte. Es gehört doch meiner Meinung nach ein ganz besonderer Wille zur Ohnmacht dazu, um zu wünschen, daß unsere Stimmenzahl nur in den absolut aussichtslosen Wahlkreisen wächst, damit die sozialdemokratische Partei doch ja nur eine wenig einflußreiche parlamentarische Gruppe im Reichstag bleibe. Nach der Auslegung, die Bebels Wunsch in der *sozialrevolutionär* gestimmten Parteipresse gefunden hat, muß man freilich annehmen, daß der Wille zur Einflußlosigkeit bei unseren Katastrophenpolitikern außerordentlich stark ausgeprägt ist.

In Deutschland ist eine Änderung der Politik nicht von dem Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen sondern nur von einer Zunahme der sozialdemokratischen Mandate zu erwarten. Bei der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung ist es freilich ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie jemals die Mehrheit der Stimmen im Reichstag erringen könnte. Neben der Zunahme der sozialdemokratischen Mandate ist daher die innere Wandlung des deutschen Liberalismus eine notwendige Voraussetzung für den politischen und sozialen Fortschritt in Deutschland. Es liegt nun kein Grund vor die Hoffnung aufzugeben, daß die historisch-ökonomischen Mächte, die in Westeuropa den alten Liberalismus langsam, aber unwiderstehlich mit sozialem Geist erfüllt haben, auch in Deutschland eine solche Wirkung zeitigen werden. Töricht wäre es freilich derartige Umwandlungen von heute auf morgen zu erwarten. Doch lassen sich auch in Deutschland schon gewisse Anzeichen einer Besserung nachweisen, die sich trotz häufiger Rückschläge schließlich doch weiterentwickeln müssen, weil sie letzten Endes ja der Ausdruck von Klasseninteressen sind, die unwiderstehlich auf eine in gesetzlichen Formen zu vollziehende Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft hindrängen.

XX  
**PAUL KAMPFFMEYER . DIE VERWELTLICHUNG  
 DES KATHOLIZISMUS**



US allen Institutionen des Katholizismus redet der Geist des überirdischen Mysteriums: Die Welt ist eine Schöpfung Gottes, und das Wissen über die Geheimnisse dieser Schöpfung strömt dem Menschen aus der göttlichen Offenbarung zu. Ein Zweifel an dieser Offenbarung ist eine Auflehnung gegen Gott, eine frevelhafte Erhebung der irdischen Vernunft über die göttliche Vernunft, eine Herabwürdigung des göttlichen Allwissens durch das beschränkte menschliche Wissen. Im Licht der Offenbarung sieht der gläubige Katholik die Welt, er schaut alles durch Gott und in Gott, in der Schöpfung Gottes erblickt er den Schöpfer. Für den Katholiken existiert eigentlich nur eine Gottesanschauung, keine Weltanschauung. Die Welt ist eben nichts Selbständiges, aus sich und für sich Bestehendes. Wer die Welt aus weltlichen Ursachen, Bedingungen und Gesetzen heraus erklärt, der verweltlicht eigentlich die Gottesschöpfung, die nur durch Gott besteht, und deren Geheimnisse Gott in seinen Offenbarungen verkündigt hat. Gegen eine theoretische Verweltlichung, das heißt gegen ein Deuten der Welt aus rein weltlichen Wissenselementen, hat sich der Katholizismus oft mit fanatischer Leidenschaft gewandt; und dennoch mußte er, wie wir sehen, vor der irdischen Weltwissenschaft kapitulieren. Der Katholizismus ist theoretisch



säkularisiert worden. Von einigen Hauptmomenten dieses Verweltlichungsprozesses werden die folgenden Zeilen reden.

Von dem lebenskräftigen, wirkenden Dasein einer Weltanschauung kann man eigentlich erst sprechen, seitdem die Welt von sich selbst Besitz ergriffen hat, seitdem sie ihrer Eigengesetzlichkeit auf die Spur gekommen ist. Vorher führte sie nur ein Schattendasein, sie ließ von außerweltlichen Mächten ihre Kräfte, sie lebte und webte nur im Jenseits. Keine Veränderung in dem Weltall kommt nach biblischer Überlieferung ohne die direkten Eingriffe dieser Kräfte zustande. Gott oder Engel und Dämonen lenkten mit unsichtbaren oder gar mit sichtbaren Händen den Lauf der Gestirne und gestalteten die Menschenschicksale. Um jedes sogenannte *natürliche* Ereignis legte sich ein ganzer Kranz von überirdischen Wundern. Daher war das ganze Leben des Menschen in Mysterien getaucht. Und das Verständnis für das gewaltige, das Weltendasein bedingende und führende Jenseits floß der Menschheit aus überirdischen Quellen. Die Offenbarung führte den Menschen in das Werden und Sein der Welt ein, sie unterrichtete ihn über die Schöpfungswunder, sie gab ihm das Sittengesetz und klärte ihn über den Zweck seines irdischen Lebens auf. Des Menschen Reich war nur ein einziger Bruchteil des Gottesreichs.

Man versteht die fanatische heilige und unheilige Erbitterung der Bekenner der Offenbarungsreligionen gegen die Lehren der modernen Naturwissenschaften, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Theorien ja menschliche Einbrüche in die Lehren vom überirdischen Wesen der Welt waren. Was wollte das traurige, unvollkommene Wissen des Menschen gegenüber dem vollkommenen göttlichen Wissen sagen, das sich in den Offenbarungen der Bibel selbst ausdrückte? Wie frevelhafte Gotteslästerungen mußten die Lehren eines Kopernikus und Galilei den Anhängern der Offenbarungsreligion klingen; denn der ewige, allwissende Gott hatte ja ganz anders von der Erde und Sonne geredet als so ein dürftiges, vergängliches Menschlein wie der Galilei. Und doch hat sich heute selbst das starre System des ultramontanen Katholizismus vor der Weisheit dieser Welt gebeugt. Dieses Beugen ist ihm allerdings sehr schwer gefallen; aber immerhin, er ist dem Ansturm der weltlichen Wissenschaft gewichen und hat sich deren Theorien angepaßt. Die Welt hat sich hier als mächtiger als die Stimme aus dem Überirdischen erwiesen.

Bis in das 19. Jahrhundert hinein hat die katholische Theologie die engste, innigste Verbindung mit der Anschauungs- und Vorstellungswelt der Bibel angestrebt. Im harten, erbitterten Kampf mußte die Naturwissenschaft ihren Objekten das dicke Gewebe von Sagen entreißen, das die Bibel um sie gewoben hatte. Die Geschichte dieses Kampfes hat Andrew Dickson White in seiner trefflichen *Geschichte der Fehde zwischen Wissenschaft und Theologie in der Christenheit* niedergeschrieben, die uns in packender Anschaulichkeit das ganze Werden der modernen Wissenschaft vor Augen führt.<sup>1)</sup> Die wissenschaftlichen Vorstellungen von der strengen Gesetzmäßigkeit der Himmelserscheinungen, von der Drehung der Erde und der Planeten um die Sonne, die Lehren eines Kopernikus, Galilei, Kepler, Newton werden heute selbst in streng katholischen Lehrbüchern vorgetragen. Und noch 1765 versuchte der französische Astronom Lalande in Rom vergeblich die Behörden zur Absetzung der Werke Galileis vom Index zu bewegen. Erst 1835 kam eine Ausgabe des Index heraus, worin die Verdämi-

<sup>1)</sup> Siehe White *Geschichte der Fehde zwischen Wissenschaft und Theologie in der Christenheit* Leipzig 1911.

mung der Werke fortblieb, die die Doppelbewegung der Erde vertreten«. Die fromme Betrachtung der katholischen und protestantischen Theologen bewegte sich vollständig in den Ideenkreisen der Bibel. Von Eusebius an bis zum Erzbischof Usher bemühte sich die Theologie, fest auf den biblischen Überlieferungen fußend, den Zeitpunkt der Schöpfung zu ermitteln. Und das muß uns eigentlich wenig überraschen. Hat doch noch ein berühmter englischer Forscher, der Vizekanzler der Universität Cambridge, im 17. Jahrhundert verkündet, daß »Himmel und Erde, Mitte und Umfang zusammen, erschaffen seien in dem selben Augenblick und dazu Wolken voll Wasser, und daß dieses Werk stattfand und der Mensch durch die Dreieinigkeit geschaffen wurde am 23. Oktober 4004 vor Christi Geburt um 9 Uhr vormittags«. Die Bibel wurde als ein in seinen Angaben unumstößliches Naturgeschichtsbuch betrachtet. In den Tierbüchern lebten bis zur Neuzeit die fabelhaftesten Tiere der Bibel fort, die Drachen, Basilisken, der Esel des Bileam, die Löwen Hiobs, die goldenen Kälber Arons und Jeròbeams. An dem bibelgläubigen Linné selbst witterte die katholische Kirche einen penetranten Ketzgeruch. So waren die Kirchengrößen sehr über die Linnéschen Beweise von der Geschlechtlichkeit der Pflanzen schokiert. Und seine Werke waren viele Jahre im Kirchenstaat und in manchen anderen Teilen Europas verboten. »Erst 1773 gelang es einem der großzügigeren Kardinäle, Zelanda, die Genehmigung zu erwirken, daß Professor Minasi das Linnésche System in Rom vortragen durfte.« Der große Naturwissenschaftler Buffon mußte noch im 18. Jahrhundert förmlich die Ergebnisse seiner Forschungen abschwören. White schreibt darüber:

»1749 veröffentlichte er im 1. Heft seiner *Naturgeschichte eine Theorie der Erde* und wagte daraus Wahrheiten von philosophischer Tragweite herzuleiten. Sofort eröffnete die Sorbonne ihre Batterien gegen ihn; man ließ ihn wissen, daß »das heiligste der Kirche anvertraute Gut der Wahrheit« dahin lautet *Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde*, und daß »alle Dinge im Anfang der Welt erschaffen« seien. Wegen der einfachen Aufstellung naturwissenschaftlicher Wahrheiten, die heute alltägliche Selbstverständlichkeiten sind, wurde er bekanntlich vor die theologische Fakultät geschleppt, gezwungen öffentlich zu widerrufen und seinen Widerruf drucken zu lassen. Darin bekennt er: »Ich entsage allem und jeglichem, was ich in meinem Buch über die Bildung der Erde gesagt habe und ganz in allgemeinen allem, was der Darstellung von Moses widersprechen könnte«.

Und heute wird die »Darstellung des Moses« von streng katholischen Schriftstellern ohne Bedenken preisgegeben. Der Jesuitenpater K. A. Kneller schreibt: »Der Inhalt der Offenbarung berührt sich höchstens im Schöpfungsbericht mit Astronomie und Geologie. Aber auch hier zeigt auf Grund eben der neuern Naturwissenschaft der Theologe, daß der Bericht ein wissenschaftlicher nicht sein will, daß er nur den Ursprung der Dinge ins Auge fassen will, welche im Gesichtskreis des gewöhnlichen Mannes liegen und in geologisch-astronomischen Fragen dem Gelehrten freie Hand läßt.«<sup>2)</sup>

In den in katholischen Kreisen sehr verbreiteten *Antworten der Natur* schreibt Konstantin Hasert über Galilei:

»Galilei /um 1600/ lieferte durch das Fernrohr schon einige Wahrscheinlichkeitsbeweise für das neue System, die er aber durch Rechthaberei und Schimpfworte verdarb. Er sagte aber ganz richtig: Die Heilige Schrift lehrt nur, wie man in den Himmel geht, nicht aber, wie der Himmel geht.«<sup>3)</sup>

Die biblische Offenbarung vom Sechstageswerk der Schöpfung läßt Hasert ganz fallen. Er schreibt:

»Solange noch keine geologische Wissenschaft existierte, war es noch möglich zu

<sup>2)</sup> Siehe Kneller *Das Christentum und die Vertreter der neuern Naturwissenschaft*, Freiburg 1904/, pag. 387 ff.

<sup>3)</sup> Siehe Hasert *Antworten der Natur* /Leipzig 1908/, pag. 13.

glauben, daß Gott die Welt in sechs Tagen (144 Stunden) fertiggestellt habe, aber seit etwa hundert Jahren müssen die Bibelerklärer auf die geologische Wissenschaft Rücksicht nehmen.«

Der Katholizismus hat sich sogar mit dem Gesetz von der Erhaltung der Kraft und mit der Entwicklungslehre ins Einvernehmen zu setzen gesucht. So bezeichnet der Jesuitenpater Kneller das von Robert Mayer entdeckte Gesetz von der Erhaltung der Kraft als »eine der großen Grundanschauungen über das Wesen der Materie überhaupt, das für alle Gebiete der exakten Wissenschaften grundlegende Bedeutung hat«.

Die wissenschaftlich tätigen Jesuiten, die einen Ausgleich des Christentums mit der Entwicklungslehre angestrebt haben, lassen die Deszendenzlehre vielfach als einen großen, äußerst fruchtbaren Gesichtspunkt gelten, von dem aus man eine wundervolle Ordnung in das unendliche Reich der Lebewesen bringen kann, sie nehmen nur die Schöpfung erster Stammesformen durch Gott an und behaupten dann, aus diesen Formen habe sich die unendliche Tier- und Pflanzenwelt von selbst entwickelt. Der Jesuitenpater Nilkes schreibt in seinen *Schutz- und Trutzwerken*:

»Wir bewundern um so mehr die göttliche Weisheit, welche den Anfang, die Urform oder die Urformen, so wunderbar gestaltet oder veranlagt und die Entwicklungsgesetze so großartig angelegt hat, daß daraus und dadurch ohne neuen Eingriff die heutige Pracht in der Fauna und Flora entstanden ist.«<sup>4)</sup>  
Aus göttlicher Hand lassen wohl die katholischen Gelehrten wie Wasmann, Kneller, Nilkes das Leben und die ersten Lebensformen hervorgehen, aber aus diesen Formen und Keimen steigt dann die unermeßliche Flora und Fauna nach natürlichen Entwicklungsgesetzen und ohne neuen überirdischen Eingriff empor. Damit geben sie die Eigengesetzlichkeit der Tier- und Pflanzenwelt bis zu einem gewissen Grad zu und verweltlichen damit stark das Schöpfungsbild. Sie lassen die Welt in einem riesigen Umfang sich selbst gestalten, erklären die Natur aus ihrer eigenen Naturgesetzlichkeit heraus und beginnen den Streit um die Frage *Göttliche Schöpfung oder natürliches Werden?* erst bei den ersten Anfängen des organischen Lebens. Dem frommen Katholiken, der in allem Werden und Sein der Welt das geheimnisvolle Wirken einer Schöpfermacht erblickt, und der in den Offenbarungen der Bibel die göttliche Weisheit über den Kosmos selbst vernimmt, kann diese durch den Kompromiß der Theologie mit der Wissenschaft erzwungene Halbheit nicht genügen. Er muß sich offen gegen den Grundsatz auflehnen, zu dem sich Konstantin Hasert in seinen *Antworten der Natur* bekennt: die Natur müsse natürlich erklärt werden, und außerweltliche Ursachen dürften erst dann angenommen werden, wenn man dazu gezwungen ist. Wo Gott in der Bibel von der überirdischen Schöpfung der Natur gesprochen hat, soll der Mensch noch von irdischen, natürlichen Ursachen in dieser Schöpfung reden? So wird der strenge, offenbarungsgläubige Katholik sprechen, und er wird jede natürliche, rein weltliche Erklärung des Kosmos für eine Verweltlichung der Gottesschöpfung erklären.

Aber nicht nur theoretisch sondern auch praktisch ist der Katholizismus säkularisiert worden. Das sich früher ganz in das Überirdische verflüchtigende menschliche Dasein des Katholiken ist sehr erdenschwer geworden. Die menschliche Existenz ist nach katholischer Lehre ganz in Überirdisches gebettet. Im Reich Gottes wurzelt der Täufling, in das Reich Gottes tritt der Verstorbene nach mannigfaltigen Läuterungen seiner Seele ein. Die sehr

<sup>4)</sup> Siehe Nilkes *Schutz- und Trutzwaffen im Kampf gegen den modernen Unglauben* Kevlaer 1906f.

menschliche Ehe ist ein übermenschliches Sakrament, das ganze menschliche Erdendasein hat nur Wert im Hinblick auf die spätere überirdische Existenz des Menschen. Die Kirche ist keine irdische Schöpfung, denn sie ist durch Christus geschaffen worden. Der Papst ist der Nachfolger des heiligen Petrus und damit des Gottessohns selbst. Der Papst bindet und löst laut göttlicher, überirdischer Anordnung die menschlichen Seelen. Die Kirche übergipfelt den Staat, denn der Zweck des Staates ist ein irdischer, der Zweck der Kirche dagegen ein überirdischer. Das kirchliche Leben soll daher die ganze Persönlichkeit des Katholiken erfassen. Statt dessen verstrickt sich der Geist des Katholiken im wachsenden Maß mit dem irdischen Wirtschaftsleben, mit der Politik, mit dem Kampf der Parteien. Die intellektuellen Kräfte konzentrieren sich in immer größerem Umfang auf das sicht- und greifbare Diesseits. Gegen diese Verweltlichung des Lebens wandte sich jüngst ein strenger Katholik in den *Historisch-politischen Blättern* in einem Aufsatz *Der praktische Materialismus und der Frost des modernen Lebens*. Die auf das Jenseits gerichtete Glaubensinbrunst des Katholiken fühlt der Verfasser dieses Aufsatzes erkalten. Das kirchliche Leben der Katholiken wird nüchtern, praktisch und gefühlsleer. »Der praktische Materialismus«, die »frostige Nüchternheit« ist nach dem Verfasser bis hinein selbst in katholische und sich noch gläubig nennende Kreise in offener Wechselbeziehung mit dem Schwinden der Wärme des religiösen Geistes und der religiösen Begeisterung; »die weltlichen und materiellen Interessen steigen in dem selben Temperaturgrad wie die himmlischen und ideellen sinken«. Und an diese Worte knüpft er dann die charakteristische Bemerkung eines gut beobachtenden Mitarbeiters der *Historisch-politischen Blätter*, daß die päpstlichen Kundgebungen der letzten Jahre auffallend kühl entgegengenommen wurden; »freundliche, die Katholiken für die Auffassung der Kirche erwärmende Begleitworte wollen sich nur schwer einstellen«. Der Geist inniger Frömmigkeit ist nach Ansicht unseres Fastenpredigers aus unseren Festen gewichen:

»An die Stelle der kirchlichen und idealen ist die profane und reale Auffassung des Lebens getreten. Das Kirchenjahr und seine das ganze Erlösungswerk wiederholende Festzeiten sind unserer großstädtischen Bevölkerung vielfach eine *terra incognita* geworden; nur auf dem Land übt es noch einen tiefgehenden, wenn auch gewöhnlicher Geschenkabend, das Oster- und Pfingstfest ist ein Frühlings- und Ausflugsfest geworden.«

Voll Sorge gedenkt dann unser Katholik der um sich greifenden Bewegung zur Abschaffung der noch bestehenden Feiertage; darin spreche sich ein Zug der religiösen oder antireligiösen Nüchternheit und eine Äußerung des praktischen Materialismus aus. In katholischen Kreisen selbst verwendet man sich für die Verlegung der Feiertage auf die Sonntage. Da weist selbst in der gutkatholischen *Augsburger Postzeitung* ein Handwerker auf die Nachteile hin, die dem katholischen Geschäftsmann in konfessionell gemischten Gegenden aus der Beobachtung der katholischen Kirchenfeste erwachsen. Und erst meint unser Katholik: »Unsere christliche Geschäftswelt scheint den Satz *An Gottes Segen ist alles gelegen* zu sehr vergessen zu haben.« In dem Ruf nach Beseitigung der Feiertage drücke sich klar eine »Geringschätzung der Kirchen und religiösen Güter und eine Überschätzung der materiellen, sicht- und greifbaren Werte« aus. Die »Säkularisation« hat unser Zeitalter ergriffen. Das Schlussergebnis seiner Aufzeichnungen über den praktischen Materialismus unserer Zeit faßt der Verfasser jenes Aufsatzes in die Worte zusammen:

»Die Gesellschaft des 20. Jahrhunderts ist in weitgehendem Maß realistisch und irdisch gesinnt, und darum auch nüchtern und frostig geworden.«

Die Wunderwelt des frommen Katholizismus sieht er versinken, »über dämonische Einflüsse, Stigmatisierungen darf in ernst zu nehmenden Kreisen und Werken, auch in katholischen Gelehrtenzirkeln nicht mehr gesprochen werden.«

Die üppige Frau Welt spielt überall zum Tanz auf. Und es ist wahr: Die Blechmusik des Tanzplatzes übertönt an den Sonntagen die feierlichen Klänge der Orgelmusik. Der Diesseitsgedanke verschluckt schier alles. Schon 1894 mahnte auf der Katholikenversammlung im heiligen Köln der Weihbischof Dr. Schmitz vor den ausgelassenen Sprüngen der teuflischen Weltlust:

»Wir haben die Sonntagsruhe; aber man hat vergessen eine hinreichende Wirtshausruhe hinzuzufügen . . . und so ist das Haus Gottes öder geworden als zuvor. Keinem vermag sich das letzte Dorf gegen die Teufel der Weltlust zu schützen; sie heften sich an die Fahnen der Sängerver-, Schützen-, Turner-, Feuerwehr und Kriegervereine; sie zerstören die Gemeinsamkeit des Familienlebens, sie verzehren den Sparfennig und die Arbeitsfreudigkeit von jung und alt.«

• Von einem ganz diesseits gerichteten Geist sieht unser Katholik das Leben selbst der ländlichen Kreise ergriffen. Der Unterhaltungsstoff der alten Generation, so schreibt er, »war, wenigstens zum großen Teil, ein immaterieller, ein an die Gefühle des Herzens anklingender und den Zauber der Erinnerung wachrufender; das Thema der jungen Generation ist fast durchweg realer, wirtschaftlich-praktischer, kapitalistischer Art«:

»Bauern und Bürger, welche von der religiös verklärten Vergangenheit, die von heimatischen Sagen und geschichtlichen Bildern, von örtlichen Gebräuchen und überlieferten Sitten zu erzählen wissen, findet man heute kaum ausnahmsweise. Wir erinnern uns mit Wehmut jener alten und originellen, eine Geschichte ihres Hauses und Hofes darstellenden Bauerngestalten, die Rat und Lektüre holend in unser Elternhaus kamen, und wir haben die Abende nicht vergessen, an denen wir mit diesen und mit unserm Vater auf den Ofenbänken saßen und nicht von Getreide- und Viehhandel, Zoll-erhöhung, Zinsfuß und spekulativen Unternehmungen sondern von religiösen Dingen und ihrer Pflege, vom Gotteshaus und seinem neuen Schmuck, von der Heimat und ihrer sagenhaft umwobenen Geschichte und den bescheidenen Gewinn bringenden Arbeiten in Haus, Wald und Feld sprachen.«

Mit tief eindringenden Augen schaut hier unser Gewährsmann in unsere Zeit hinein. In der Tat, das weltlich-ökonomische Moment dringt immer tiefer in das Denken und Empfinden des Volks, selbst des Landvolks, ein. Der Kampf um Mein und Dein lärmt in die stille Bauernstube hinein, er führt zu Parteien, selbst am Biertisch des weltabgeschiedensten Dörfchens. Ganze Wolkenbrüche rein weltlicher Zeitungsblätter, Broschüren, Bücher schütten sich auf die Massen aus. »Parlamentarische Debatten«, so schreibt unser Gewährsmann, »Wahlkonstellationen und Wahlkämpfe, Zeitungsartikel und Zeitungsnotizen absorbieren bei Millionen von Volksgenossen alles über die Familien- und Erwerbs-sorgen hinausgehende Denken.« Und durch die staatliche Politik flutet immer machtvoller der Geldstrom des kapitalistischen Gewinninteresses. »War die Politik,« so schreibt dieser Ankläger unserer materialistischen Zeit weiter, »stets vorwiegend realistisch und zum Teil materialistisch, so doch niemals in der heutigen ungenierten Nacktheit und in der heutigen Ausdehnung...«

Aber diese ernste Rede unseres Bußpredigers muß in dem lautem Erwerbsschrei unserer Tage verklungen. Die Katholiken sind eben ganz weltlich geworden, und ihre führenden Häupter ermuntern sie förmlich zum Erraffen und Erjagen von staatlichen Ehrenstellen und irdischen Glücksgütern. Ein Dr. Rost weist in seiner Schrift *Die Katholiken im Kultur- und Wirtschafts-*

leben der Gegenwart seinen Glaubensgenossen nach, daß sie wirtschaftlich und sozial den Protestanten weit nachstehen. Daher sucht er sie zu einer intensiven Pflege ihrer materiellen und sozialen Interessen zu entflammen. Er will den im katholischen Volk herrschenden »Opfersinn von überflüssigen und toten Werken ablenken und der wichtigsten Aufgabe des Katholizismus: der Überwindung der Inferiorität« zuführen:

»Der katholische Klerus muß hier in nichtiger Erkenntnis der Zeichen der Zeit zunächst selbst genügsam und maßvoll sein für seine kirchlichen Zwecke, andererseits muß er danach bestrebt sein, den Umschwung in der Gesinnung des katholischen Volkes von der vorwiegenden Sitte der kirchlichen Kulturstiftungen zu sozialen Wohlfahrtsstiftungen wirksam herbeizuführen.«<sup>b)</sup>

Die realisierten Vorschläge des guten Katholiken Rost müssen notwendig zu einer größern Verweltlichung und zu einer stärkern Entkirchlichung des katholischen Volkes beitragen.

Der Katholizismus wird immer praktischer, immer weltlicher. Selbst die Pfarrer sind unter die Bauern gegangen und haben Bauernvereine gegründet. Und die Bauern treiben eine gar nüchterne trockene Geldsackpolitik. Zur Pflege ihrer bäuerlichen, wirtschaftlichen Interessen gründen sie Genossenschaften, oft unter Anleitung ihres geistlichen Herrn. Sie lesen die Zeitungen, die ihre materiellen Berufsinteressen fördern, kurz, sie verweltlichen im wachsenden Maß ihr ganzes Sinnen und Trachten.

Katholische Schriftsteller rütteln ihre katholischen Mitbürger aus frommen Träumereien auf und leiten sie zum rein praktisch-nüchternen Denken und Handeln an. Sie rufen ihnen zu: Ihr Katholiken kommt ins Hintertreffen, wenn ihr euch nicht weltlich behauptet, wenn ihr nicht in angesehene, ökonomische und politische Positionen eindringt. Der Kapitalismus beherrscht die Köpfe und Herzen selbst führender katholischer Geister. Und mit leidenschaftlicher Erbitterung kehrt sich unser Gewährsmann gegen die Äußerungen des streng katholischen Dr. Meffert - München-Gladbach, »daß die Kirche überhaupt mit keinem Wirtschaftssystem an sich zu tun habe«, und daß »zu einer Vertilgung (gesetzlichen Beseitigung) des Kapitalismus an sich gar kein (!) Grund« vorliege. Er sieht in diesen Äußerungen eine tatsächliche Anerkennung oder doch einen Friedensschluß mit diesem. Den Kapitalismus sanktionieren heißt aber, so ruft er voll heiligen Zornes aus, »dem materiellen Geist im Volk Vorschub leisten und den alles ideale Streben absorbierenden Erwerbsgedanken bis zur wirtschaftlichen Herrschaft über ganze Ländergebiete« ausbreiten, es heißt »das Drängen und Jagen nach Reichtum billigen . . . es heißt den sozialen Geist unserer christlichen Vorfahren verständnislos ablehnen und den ideallosen Geist des modernen Geldmenschen liebevoll adoptieren«.

Verweltlichung: das ist die überall durchbrechende, überall sieghafte Tendenz unserer Tage. Verweltlicht wird das ganze soziale und staatliche Leben unserer Zeit, und vergessen ist längst die laute Warnungsstimme des deutschen Episkopats, der sich in der Denkschrift über die kirchliche Lage Deutschlands vom 20. September 1872 entschieden gegen die »vollständige Säkularisierung aller sozialen Tätigkeiten der Kirche und der christlichen Konfessionen, namentlich auch der Wohltätigkeitspflege« aussprach. Selbst das katholische Zentrum hat unter dem Druck der weltlich-sozialen Interessen des katholischen Volkes

<sup>b)</sup> Siehe Rost *Die Katholiken im Kultur- und Wirtschaftsleben der Gegenwart* (Köln 1908), pag. 84.

diese Wohltätigkeitspflege säkularisieren helfen. Denn was bedeutet die deutsche vom Zentrum mitbeschlossene Arbeiterversicherung anderes als eine gigantische Verweltlichung von Diensten und Leistungen, die früher der freiwilligen Liebestätigkeit der Kirche zufielen? So arbeitet der Katholizismus auf vielen Gebieten *volens volens* an einer Verweltlichung des sozialen und politischen Lebens, und er entzieht sich damit selbst existenzschaffende Kräfte. Der *Frost des modernen Lebens*, die Verweltlichung, bringt sein Blut selbst zum Erstarren.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

**Deutscher Ge-**Der Zentralverband deut-  
**nossenschafts-**scher Konsumvereine hatte  
**tag 1911**

sich zum Ort seiner diesjährigen Tagung, die an Umfang alle ihre Vorgänger in den Schatten stellte, die alte Genossenschaftsstadt an der Pleiße ausgesucht. Mehr als 800 Delegierte, ferner eine große Zahl ausländischer Gäste sowie die Vertreter der *Generalkommission* und der der Genossenschaften besonders nahestehenden Gewerkschaften der Lagerhalter, Bäcker, Transportarbeiter und Tabakarbeiter versammelten sich am Abend des 19. Juni in dem festlich geschmückten Saal des Leipziger Volkshauses. Dem Genossenschaftstag ging eine Anzahl Sitzungen besonderer Körperschaften voraus, unter anderen eine von mehreren Hundert Teilnehmern besuchte Versammlung der Genossenschaftsfunktionäre. Wie gewöhnlich war auch mit dem Kongreß eine Ausstellung verknüpft, die diesmal ein besonderes Interesse dadurch gewann, daß auf ihr die für die Dresdener Hygieneausstellung vorbereiteten Modelle von Betrieben, Photographieen, Pläne, Skizzen, Tabellen (siehe diese Rundschau, 1911, pag. 582 ff.) und natürlich auch Produkte aus den Eigenbetrieben der *Großverkaufsgesellschaft* und der Verlagsanstalt des Zentralverbands sowie einiger Einzelgenossenschaften zu sehen waren.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Vorsitzenden Radestock und den Ansprachen der ausländischen Delegierten ergriff Paul Umbreit im Namen der *Generalkommission* und der anwesenden Gewerkschaftsvertreter das Wort und betonte unter lobhaftem Beifall die gemeinsamen Aufgaben der beiden großen Bewegungen, die auf einander zu Schutz und Trutz angewiesen seien. Zum 2. Punkt der Tagesordnung *Beitritt des*

*Zentralverbands deutscher Konsumvereine zum Internationalen Genossenschaftsbund* referierte der Generalsekretär Heinrich Kaufmann, der analog dem schweizerischen und belgischen Beispiel den korporativen Beitritt des Verbands empfahl, wobei dieser die auf die einzelnen Genossenschaften entfallenden Beiträge auf seine Zentralkasse zu übernehmen hätte. Der Vorschlag fand einstimmige Annahme.

Der 1. eigentliche Verhandlungstag brachte zunächst den Bericht des Vorstands, aus dem das Wichtigste bereits mitgeteilt wurde (siehe diese Rundschau, 1911, 1. Band, pag. 584). Sodann erstattete Heinrich Kaufmann den Bericht des Generalsekretärs. Er verbreitete sich zuerst eingehend über das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis, das dank dem Zusammenwirken von Genossenschaften und Gewerkschaften sich immer mehr zu einem vorbildlichen entwickelte. Die auf dem vorjährigen Genossenschaftstag in München beschlossenen Vereinbarungen, denen dann der diesjährige Gewerkschaftskongreß in Dresden seine Zustimmung gegeben hat, geben Zeugnis von diesem planvollen Zusammenwirken. Allerdings werde die ständige Verbesserung der genossenschaftlichen Arbeitsbedingungen unter Umständen zu einer Verteuerung der Waren führen, eine Tatsache, mit der zu rechnen sei. Sodann ging Kaufmann zu dem wichtigsten Punkt des diesjährigen Genossenschaftstags, der Frage der Schaffung einer Volksversicherung auf gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Basis, über. Bekannt sind die großen Mängel unserer heutigen privaten Volksversicherungen: die hohen Spesen, die gewaltigen Gewinne, die die Aktionäre, die unheimlich hohen Gehälter und Tantiemen, die die Direktoren einstecken, endlich die enormen Verluste, die die Versicherten durch den Verfall von Versicherungen erleiden, und die sich im Vorjahr auf nicht weniger

als 148 Millionen Mark beliefen. Der Vorstand des *Zentralverbands* hat nun mit der *Generalkommission* eingehende Verhandlungen darüber gepflogen, wie auf dem Grundsatz der Selbsthilfe eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge geschaffen werden kann, die den Mitgliedern der beiden Bewegungen alles das bietet, was ihnen die private Versicherung bieten kann, nur unter Vermeidung der oben geschilderten Nachteile. Die beiden verhandelnden Körperschaften haben sich auch bereits über die Grundzüge der neuen Einrichtung geeinigt, die vor allem darauf beruhen soll, daß kein Pfennig Beitrag, der eingezahlt wird, einem Einzahler verloren gehen kann. Es soll dabei ein Modus gewählt werden, durch den die staatliche Oberaufsicht, die die Festlegung eines Teils der Gelder in Staatspapieren bedingen würde, vermieden wird. Da das Statut selbst noch nicht vorgelegt werden kann, so erbat der Referent vorläufig nur die prinzipielle Zustimmung des Genossenschaftstags zu dem Werk, die denn auch mit großer Begeisterung einstimmig erteilt wurde. Auch die Gewerkschafter haben inzwischen auf ihrem *Dresdener Kongreß* dem Projekt einmütig ihre Zustimmung gegeben, und so wird das große Werk hoffentlich bald in Angriff genommen werden. Es ist sehr zu begrüßen, daß im Gegensatz zu England, wo eine Einzelgenossenschaft, die *Cooperative Insurance Society*, die genossenschaftliche Versicherung in die Hand genommen hat, in Deutschland die beiden großen Zentralorganisationen der Gewerkschaften und Konsumvereine mit ihrem ganzen moralischen Prestige sich der Lösung der Aufgabe zugewandt haben, die für beide Teile einen ungeheuren Machtzuwachs bedeuten wird. Vor allem werden die Genossenschaften von den ihnen hierbei zufließenden Riesensummen profitieren, die sie vor allem zur Erweiterung der Eigenproduktion und zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus verwenden werden. Freilich müßte durch das Statut dafür gesorgt werden, daß immer genügend Mittel liquid bleiben, um auch einmal außerordentlichen Ansprüchen an die Kasse genügen zu können.

Eine von einer Anzahl Genossenschafter eingebrachte Resolution, die die Beschlüsse der beiden sozialistischen Kongresse in Kopenhagen und Magdeburg begrüßt und von ihnen eine wesentliche Förderung der Genossenschaftsbewegung erwartet, wird ohne Wider-

spruch bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig angenommen. Hierauf berichtet Kretschmar-Hamburg über die Unterstützungskasse des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine*. Die Zahl der angeschlossenen Personen stieg im letzten Jahr von 3808 auf 4825. Die Einnahmen des Berichtsjahrs betrugen 509 254, die Ausgaben 45 683 Mark, das Vermögen erhöhte sich von 1 119 891 auf 1 583 462 Mark. Am 1. Januar hat die Kasse mit der Auszahlung von Unterstützungen begonnen.

Der 2. Verhandlungstag wurde mit einem gründlichen Referat Professor Dr. Staudingers *Das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen* eröffnet (siehe weiter unten den Abschnitt *Literatur* dieser Rundschau), worauf der Genossenschaftstag einstimmig beschloß die auf dem vorjährigen Genossenschaftstag zur Prüfung der Frage eingesetzte Kommission unter dem Titel *Fortbildungskommission des Zentralverbands deutscher Konsumvereine* weiter fortbestehen zu lassen und mit der Ausführung der weiteren notwendigen Arbeiten zur Förderung und Pflege des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens zu betrauen. Diese sollen neben der Veranstaltung von Bezirksversammlungen vor allem in der Errichtung von Bezirksunterrichtskursen bestehen. Es wurde dabei in erster Linie an die bessere Ausbildung der Funktionäre der Genossenschaftsbewegung gedacht. Der trotz seiner 70 Jahre immer noch jugendfrische Konrad Barth berichtete sodann über *Genossenschaftliche Erfahrungen aus der Entwicklungsgeschichte des Verbands süddeutscher Konsumvereine*. Es folgte der von Adolph von Elm erstattete Bericht des Tarifamts, das im Berichtsjahr in einer Reihe von Fällen in Anspruch genommen wurde. Das erfreulichste Ergebnis seiner Tätigkeit ist, daß jetzt etwa 95 % aller Genossenschaftsangestellten, für deren Arbeit überhaupt Tarifvereinbarungen vorliegen, zu den hierbei festgesetzten Bedingungen beschäftigt werden. Nun gilt es auch noch für die letzten 5 % dieses Ziel zu erreichen. Auf eine Anfrage Zimmers-Deuben, wie sich der Ausschuß des *Zentralverbands* zu den Artikeln Kaufmanns über die Stellung der Sozialdemokratie zur Genossenschaftsbewegung, die bei zahlreichen sozialdemokratischen Mitgliedern der Konsumvereine Anstoß erregt haben, stelle, antwortete von Elm, daß der Ausschuß dem Generalsekretär das volle Recht der freien Mei-



nungsausüßerung zubillige, ohne dabei in jedem Punkt, insbesondere in Fragen der Theorie, mit ihm gleicher Meinung zu sein. Mit der praktischen Tätigkeit Kaufmanns und ebenso mit seiner Haltung in der Neutralitätsfrage sei der ganze Ausschuß einverstanden. Das Vorstandsmittglied Radestock sowie die ausschließenden Ausschußmitglieder von Elm, Staudinger und Pobbig wurden einstimmig wiedergewählt. Der nächste Genossenschaftstag wird in Berlin stattfinden.

× Die Generalversammlung der *Großeinkaufsgesellschaft*, die sich nach altem Brauch an den Verbandstag anschloß, wies keine besonders bemerkenswerten Momente auf. Die Zahlen des Geschäftsberichts sind bereits in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 783 ff.) veröffentlicht worden. Die Versammlung nahm den Geschäftsbericht mit Befriedigung entgegen und beschloß die Verteilung des Reingewinns entsprechend dem Antrag der Verwaltung. Die Reserven der Gesellschaft haben damit eine Höhe von über 3 Millionen Mark erreicht. Die Generalversammlung ermächtigte ferner die Verwaltung die zur Inangriffnahme weiterer Produktionszweige notwendig werdenden Neubauten auf dem Gelände der *Großeinkaufsgesellschaft* in Riesa zu errichten. Die ausschließenden Aufsichtsratsmitglieder, Junger-Berlin, Koch-Leipzig, Hübner-Gersdorf, Markus-Remscheid und Bernhard-Frankfurt am Main, wurden wieder-, Hoffmann-Magdeburg neugewählt. Der langjährige Vorsitzende Kaltfofen-Dresden hatte wegen Krankheit eine Wiederwahl abgelehnt.

× Die *Deutsche Gartenstadtgesellschaft* hielt ihre diesjährige Generalversammlung unter dem Vorsitz von Bernhard Kampffmeyer in Dresden ab. Der 1. Tag brachte 2 wertvolle Referate, von denen besonders das des Architekten Hugo Wagner-Bremen das lebhafteste Interesse der Anwesenden erregte. Wagner wies in seinem durch Lichtbilder erläuterten Vortrag an der Hand von praktischen Beispielen und genauen Berechnungen nach, daß die gleiche Fläche Wohnraum unter sonst gleichen Umständen sich im Einfamilienhaus nicht teurer sondern billiger als im Mehrfamilienhaus stellt. Er empfahl dabei die in Bremen übliche Bauweise von Gaughäusern, auf Grund deren es möglich ist auf dem

selben Boden, auf dem sonst 10 Dreifamilienhäuser Platz haben, 28 Einfamilienhäuser zu errichten, so daß also auch der Bodenpreis nicht verteuern wirken könne. Dr. Keller-Berlin sprach mit großer Sachkenntnis über die Bedeutung von Bebauungsplan und Bauordnung für den Bau von Gartenstädten. Dem von Herrn Kampffmeyer erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Gartenstadtbewegung auch im letzten Jahr Fortschritte gemacht hat. Es wurde eine Anzahl neuer Ortsgruppen gegründet, und verschiedene Ortsgruppen nahmen die praktische Verwirklichung der Idee in die Hand. Leider hatte die Kasse des Verbands infolge Propagandatätigkeit mit einem erklecklichen Defizit (7000 Mark) zu wirtschaften. Der seitherige Generalsekretär, Hans Kampffmeyer-Karlsruhe, legte aus persönlichen Gründen sein Amt nieder. Am 2. Tag hielt der Architekt Osthaus-Hagen einen von großzügigen Gesichtspunkten ausgehenden Vortrag über städtebauliche Aufgaben in der Gartenstadtbewegung, der demnächst im Druck erscheinen wird.

× *Gartenstadt Hellerau* Mit der Generalversammlung der *Gartenstadtgesellschaft* war ein Ausflug nach Hellerau verbunden. Diese erste deutsche Gartenstadt schreitet in ihrem Aufbau munter vorwärts. Im Südosten der Stadt liegen die *Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst*, die den eigentlichen Kern der Siedelung darstellen. Das ganze östliche und nördliche Gebiet ist vorwiegend für Kleinhäuser, der Westen und Südwesten für die größeren Häuser bestimmt. Wie dem Jahresbericht für 1910 zu entnehmen ist, sind bis jetzt 133 Einfamilienhäuser, 4 Zweifamilienhäuser und 2 Vierfamilienhäuser fertiggestellt; 9 weitere Einfamilienhäuser sind zurzeit im Bau. Hierzu kommen noch zirka 50 privat gebaute Häuser. Die Geschäftshäuser am Marktplatz gehen ihrer Vollendung entgegen. Hier soll auch noch im Lauf des Jahres mit dem Bau eines Ledigenheims und eines Gasthauses mit Fremdenzimmern begonnen werden. Ferner wird in diesem Jahr der Bau der Bildungsanstalt von Jaques Dalcroze fertiggestellt werden. Hier wird bekanntlich der Schweizer Meister, der Schöpfer der rhythmischen Gymnastik, eine Schule errichten, in der die Kinder der Gartenstadtbewohner zu besonders günstigen Preisen Unterricht erhalten werden. Mit dem Bau einer mittlern und

einer höhern Volksschule soll gleichfalls noch in diesem Jahr begonnen werden. Die Hellerauer Bauten sind alle von Künstlerhand entworfen. Riemerschmid, Muthesius, Tessenow sind ihre Schöpfer. Unter Vermeidung allen dekorativen Blendwerks haben diese Künstler hier Heimstätten für einfache Proletarier geschaffen, die bei aller Schlichtheit doch voll malerischen Reizes sind. Jede Wohnung hat ihren Garten, und das Verhältnis von bebauter Fläche und Garten stellt sich hier etwa wie 1 zu 5. Das kleinste Haus enthält im Erdgeschoß Wohnstube und Küche, im Obergeschoß 2 Schlafzimmer. Die Preise der Wohnungen bewegen sich zwischen 250 und 700 Mark jährlich.

× **Baugenossen-** Zu den Pionieren des genossenschaftlichen Wohnungsbaus gehört auch die **schaffen**

Rixdorfer Baugenossenschaft *Ideal*, die sich durch die Schaffung der tatsächlich idealen Wohnsiedelung *Idealpassage* in Rixdorf bei Berlin bereits einen guten Namen gemacht hat. Dieser Hochbauanlage will sie nunmehr eine Kleinhauseinsiedelung, und zwar gleichfalls in Rixdorf, ganz dicht bei der Großstadt, folgen lassen. Sie hat zu diesem Zweck ein 4000 Quadratrußen großes Grundstück in der Nähe der Ringbahn erworben, von dem zunächst 2000 Quadratrußen nach einem ganz neuen System, nämlich durch eine Randbebauung mit 2 stöckigen Häusern, besiedelt werden sollen. Im Innern dieses Raumes soll sich dann ein kleines Dorf erheben. Die Wohnungen, die sämtlich mit Garten, Bad und sonstigem modernen Komfort versehen werden, sollen zu dem für Berliner Verhältnisse außerordentlich billigen Preis von monatlich 25 bis 27 Mark für die Zweizimmer-, 35 bis 37 Mark für die Dreizimmer- und 45 bis 48 Mark für die Vierzimmerwohnung vermietet werden. Das Experiment muß mit ganz besonderm Interesse verfolgt werden, denn es würde bei seinem Gelingen beweisen, daß auch innerhalb der Zone der großstädtischen Grund- und Bodenpreise und des Befugnisses zum Hochbau es rentabel sein kann kleine Häuser zu bauen, ein Beweis, der außerordentliche Perspektiven eröffnen würde.

Um weitere Kreise der Bevölkerung mit ihren Plänen vertraut zu machen, hatte die Baugenossenschaft, in Verbindung mit der Gartenstadt Hellerau, mit dem Architekten Berlepsch-Valendas, Hausen-München und Lotz-Nürnberg eine Aus-

stellung veranstaltet, in der nicht nur der Plan und die einzelnen Modelle der zu gründenden Kleinhauseinsiedelung in Rixdorf sondern auch die Pläne und Bauten der Nürnberger Siedelung sowie der Hellerauer Gartenstadt vorgeführt wurden. In besonderen Nebenabteilungen war eine keramische Ausstellung, die Tonwaren und moderne Öfen brachte, eine solche für guten Bildschmuck sowie die einer modernen Arbeitereinrichtung untergebracht, die zeigte, daß auch für billiges Geld gediegene und geschmackvolle Möbel hergestellt werden können. Statistische Tabellen, die den Zusammenhang zwischen Alkoholisismus und Wohnungselend sowie das Verhältnis zwischen Wohnungsgröße und Miete veranschaulichten, vollendeten das Ganze.

× **Besteuerung** Der Antrag Hammer, über den bereits in dieser Rundschau berichtet wurde

(1911, I. Band, pag. 408), wurde am 3. Mai im Plenum des preussischen Abgeordnetenhauses behandelt. Der Antrag will bekanntlich bei der Neuregelung des Einkommensteuergesetzes die Bestimmung, daß die Dividenden der Konsumgenossenschaften zur Einkommensteuer herangezogen werden sollen, dahin erweitern, daß auch die im voraus festgesetzten Rabatte der Konsumvereine, im Gegensatz zu den Rabatten der Rabattsparvereine der Händler, einkommensteuerpflichtig sein sollen. Im Abgeordnetenhaus fand sich außer dem Vertreter der Sozialdemokraten, dem Abgeordneten Hirsch, leider niemand, der dem Antrag entgegengetreten wäre, der eine so schwere Ungerechtigkeit darstellt. Konservative und Freikonservative waren sogar bereit den Antrag ohne Kommissionsberatung anzunehmen. Doch wurde auf Wunsch des Zentrums, dessen Vertreter ebenso wie der der Nationalliberalen erklärte, daß eine Lücke im Gesetz vorhanden sei, die Kommissionsberatung beschlossen. Besonders beschämend muß es empfunden werden, daß selbst der Redner der fortschrittlichen Volkspartei, der Abgeordnete Rosenow, diese angebliche Lücke anerkannte und nur betonte, daß dann auch die Konsumvereine der Raiffeisenschen und sonstigen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Beamten- und Offizierkonsumvereine gerechtigkeithalber zur Steuer herangezogen werden müßten. Am 16. Mai wurde dann der Antrag in der Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses verhandelt und hier mit allen

gegen 6 Stimmen unter Vornahme einer kleinen redaktionellen Änderung angenommen. Der Finanzminister gab dabei die Erklärung ab, daß er dem Antrag durchaus sympathisch gegenüberstehe. Ein Antrag der Fortschrittler, der von der Regierung auch die Heranziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Einkommensteuer erwartet, wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt.

In Hamburg geht der Kampf um die Extrabesteuerung der Konsumvereine (siehe diese Rundschau, 1911, pag. 585) weiter. Die in Frage kommenden Organisationen, vor allem die *Produktion* und die *Neue Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen*, haben durch Protestversammlungen, durch Eingaben an die Behörden, denen wissenschaftliche Gutachten beigelegt waren, gegen die ungeheuerliche Ungerechtigkeit des Vorschlags der Steuerkommission Protest erhoben, der noch über den Antrag Hammer hinausgeht, indem er nicht nur die im voraus festgesetzten Rabatte zur Besteuerung heranziehen will, sondern der Steuer an Stelle des wirklichen auch noch ein fingiertes Einkommen von 8 % des Umsatzes zugrunde legen will. Die Bürgerschaft hat sich bis jetzt zweimal mit dem Antrag beschäftigt. Es wurde dabei noch ein Antrag Wächter eingebracht, der die Steuer sogar noch zu einer direkten Erdrösselungssteuer erweitern will; es soll nämlich der vom Umsatz zu erhebende Steuerbetrag progressiv steigen und bei einem Umsatz von über 20 Millionen, der in Hamburg bald erreicht werden dürfte, 5 % des Umsatzes betragen. Außer dem Sozialdemokraten äußerte nur der Redner des Zentrums Bedenken gegen die Vorlage. Über ihr Schicksal ist heute noch nichts Gewisses zu sagen.

× Österreich Das österreichische Genossenschaftswesen befindet sich in einer Periode intensiver Aufwärtsbewegung. Das letzte Jahr brachte nach der amtlichen Genossenschaftsstatistik einen Zuwachs von 1626 neugegründeten Vereinen, das ist 10,8 % des vorhandenen Bestands, dem ein Abgang von nur 279 oder 1,8 % gegenüberstand. Die Zahl sämtlicher eingetragener Genossenschaften Österreichs hat sich damit auf 16 469 erhöht. Den größten Teil dieser Genossenschaften bilden ganz wie in Deutschland die Vorschußvereine, deren am 1. Januar 1911

10 893 gezählt wurden. Landwirtschaftliche Genossenschaften waren 2884, Konsumvereine 1307, gewerbliche Genossenschaften 80 vorhanden, während die Zahl der Genossenschaftsverbände 89 betrug. Leider sagt die vorliegende amtliche Statistik nichts über Mitgliederzahlen und Geschäftsergebnisse dieser Genossenschaften aus.

Eine Reihe interessanter Daten über die Entwicklung der Konsumvereine bringt das kürzlich herausgegebene *Jahrbuch des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine* für 1910. Diesem Verband gehörten zu Ende des genannten Jahres 485 Vereine an, gegen 467 Ende 1908. Davon waren 430 Konsumvereine, von denen 388 zur Statistik berichteten. Die Mitgliederzahl dieser Vereine betrug 224 047, der erzielte Umsatz 123,4 Millionen Kronen, das Geschäftsguthaben 3 368 599 Kronen, der Reingewinn 2 761 729 Kronen. Die beiden größten österreichischen Konsumvereine besitzt die Hauptstadt Wien, nämlich den *Ersten Niederösterreichischen* mit rund 41 000 und den Konsumverein *Vorwärts* mit 32 000 Mitgliedern. Der Umsatz dieser beiden Vereine stellte sich im Jahr 1909-1910 auf 12,6 respektive 10 Millionen Kronen. Neben diesen beiden großen besitzt Wien noch 2 kleinere Konsumvereine, das *Fünfhaus* und die *Donaustadt* mit 8000 und 4000 Mitgliedern und außerdem einige Fabrikkonsumvereine, so daß die Zahl der organisierten Konsumenten Wiens sich auf nahezu 90 000 belaufen dürfte. Über den Umfang der Eigenproduktion sagt der Bericht nur, daß 5 Bäckereien und 11 Fleischereien unterhalten werden, und daß 32 Vereine den Milchverkauf eingerichtet haben. Die österreichische Großeinkaufsgesellschaft schloß 1909, mit einem Umsatz von 16 Millionen Kronen ab. Auch in der Genossenschaftsbewegung hat die nationalistische Frage zu einer Zersplitterung geführt. Neben dem deutschen hat sich vor einiger Zeit ein tschechischer Verband gebildet, an den auch mehrere Vereine verloren gingen, und der sogar eine eigene Großeinkaufsgesellschaft besitzt. Doch gehört eine Anzahl Vereine beiden Verbänden gleichzeitig an. Das Verbandsorgan *Der Konsumverein* erscheint infolgedessen in einer deutschen und einer tschechischen Ausgabe, erstere in 4050, letztere in 1600 Exemplaren. Außerdem gibt der österreichische Zentralverband ein populäres Organ heraus, den *Pionier*, der Ende dieses Jahres in 66 000 Exemplaren hergestellt wurde.

Neben den Konsumvereinen berichteten noch 31 Produktivgenossenschaften zur Statistik, die 1954 Mitglieder zählten, einen Umsatz von 4 334 533 Kronen hatten und einen Gewinn von 91 379 Kronen erzielten.

✕ **Kurze Chronik** Die seit 2½ Jahren bestehende *Kulturgesellschaft Ernst Abbe* hat sich auf

ihrem 1. Gesellschaftstag in Leipzig am 20. Juni in eine *Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur* verwandelt. Die Gesellschaft, in deren Vorstand und Beirat Männer wie Professor Toennies, Heinrich Peus, Professor Wilbrandt sitzen, tritt in ihrem Organ vor allem für die genossenschaftliche Organisierung der Konsumenten, der sie auch eine große moralische Wirkung beimißt, ein. ✕ Der Konsumverein *Eintracht-Essen* hielt eine von 4000 Personen besuchte *Protestversammlung* ab, die gegen die von den Mittelständlern aufgestellte Behauptung, daß der Verein der Sozialdemokratie diene, sowie gegen die steuerliche Sonderbehandlung der Konsumvereine in Preußen Verwahrung einlegte. ✕ Der *Stuttgarter Konsumverein* vermehrte die Zahl seiner Mitglieder von 27 295 Ende 1909 auf 27 757 Ende 1910 und seinen Umsatz von 16 389 263 Mark im Jahr 1909 auf 16 487 090 Mark im Jahr 1910. Rund die Hälfte dieses Umsatzes wurde im Lieferantengeschäft erzielt. Der Verein betreibt eine Bäckerei, Teigwarenfabrik, Limonadenfabrik und Mosterei. Der erzielte Reingewinn stellte sich nach der Rabattgutschrift von 6 % auf 332 470 Mark. ✕ Eine am 12. März in Mailand abgehaltene *Versammlung von Konsumvereinsdelegierten* beschloß nach Anhörung des Berichts der auf dem letzten italienischen Genossenschaftskongreß eingesetzten Kommission die Umwandlung des jetzt bereits den Zwecken des gemeinsamen *Großeinkaufs der lombardischen Konsumvereine dienenden Mailänder Konsortiums* in eine *Großeinkaufsgesellschaft*. Es fand sofort die konstituierende *Generalversammlung* statt, in der eine größere Zahl von Vereinen ihren Beitritt erklärte, die zusammen 1500 Anteile à 25 Lire zeichneten. ✕ Die *belgische sozialistische Genossenschaft Progrès* in Jolimont feierte zu Pfingsten das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens, zu dem aus allen Teilen des Landes *Arbeiterdelegationen* erschienen waren. An dem Festzug beteiligten sich 50 000 Personen. ✕

**Literatur** Der vorjährige Genossenschaftstag in München hatte bekanntlich eine Kommission zur Prüfung der Frage des genossenschaftlichen Fortbildungswesens eingesetzt. Im Auftrag dieser Kommission hat Professor Dr. Franz Staudinger im Herbst vorigen Jahres eine Studienreise nach England unternommen, deren Ergebnisse er nunmehr in einer vom *Zentralverband* herausgegebenen Broschüre *Kurzé Übersicht über das genossenschaftliche Bildungswesen* veröffentlicht. Im 1. Teil seiner Schrift behandelt Staudinger zunächst kurz die deutschen Volksbildungsanstalten; Partei- und Gewerkschaftsschule, Lehrkurse der Handwerkergenossenschaften und das schon recht vielseitig ausgebildete Unterrichtswesen des *Reichsverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften*. Im 2. Teil erhalten wir einen genaueren Einblick in den Gegenstand, die Methode, Lehrer- und Schülerkreis des englischen genossenschaftlichen Bildungswesens. Staudinger setzt die großen Erfolge, das rasche Vorwärtsschreiten der britischen Konsumvereinsbewegung in erster Linie auf das Konto dieser ausgedehnten Bildungseinrichtungen, für die schon die alten Rochdaler Pioniere 2½ % des jährlichen Überschusses festsetzten, und für die im Jahr 1909 2½ Millionen Genossenschafter über 1,8 Millionen Mark aufbrachten. Rund 300 geprüfte Lehrer stehen heute im Dienst dieses Erziehungswerks, und die Zahl der an den Kursen Teilnehmenden beträgt jährlich an die 20 000. Die Veranstaltungen umfassen sowohl die allgemeine Bildung als auch die spezielle Fachausbildung von Genossenschaftsbeamten. An den allgemeinen Bildungskursen nehmen Kinder wie Erwachsene teil. Den Kindern wird neben dem genossenschaftlichen auch viel allgemeines Wissen vermittelt; in den Lehrkursen der Erwachsenen wird vor allem Genossenschaftskunde, Industriegeschichte, Bürgerkunde und Volkswirtschaft gelehrt. In den Beamtenkursen werden vor allem Geschäftsführer, Revisoren und wiederum Lehrer ausgebildet. Außerdem sucht die britische Genossenschaft ihren Mitgliedern die Teilnahme an anderen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.

#### Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

**Preußen: Staatsbetriebe** In die Stellung, die die herrschende konservative Partei mit ihrem Anhang in den Reihen der Großindustrie zu sozialpoliti-

schen Aufgaben des Staates einnimmt, gewährt ein parlamentarischer Bericht des preußischen Abgeordnetenhauses interessante Einblicke. Auf Antrag des konservativen Abgeordneten von Pappenheim hatte das preußische Abgeordnetenhaus am 1. März 1910 beschlossen eine Unterkommission der Budgetkommission einzusetzen, mit dem Auftrag zu prüfen, in welcher Weise die staatliche Bergwerksverwaltung, unbeschadet ihrer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben, einträglicher als bisher gemacht werden können. Die Prüfung scheint recht gründlich vor sich gegangen zu sein, denn die Unterkommission reichte ihren Bericht der Budgetkommission erst am 15. März 1911 ein; und die Budgetkommission selber befaßte sich 3 Tage lang, nämlich am 27., 28. und 31. März, mit dieser Angelegenheit.

Rein äußerlich interessiert an dem Bericht die Nichtachtung, mit der die Generalpächter der Monarchentreue einem feierlichen Wort Wilhelms II. begegnen. Nach dem Handschreiben, das der Kaiser am 4. Februar 1890 an den damaligen Handelsminister erlassen hat, wünschte er die staatlichen Bergwerke in der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen. Was es mit dieser Entwicklung zu Musteranstalten auf sich hatte, lehrte ja der Beleidigungsprozeß gegen den Bergmann Krämer, der sich im Juni 1904 vor der Strafkammer zu Saarbrücken abspielte. Die Drangsalierungen unter dem Regiment des Bergwerksdirektors Hilger waren damals selbst so frommen Leuten wie den katholischen Pfarrern Diedier und Royer zu arg geworden.

Berichterstatter der Unterkommission war der Abgeordnete Hirsch-Essen, einer der entschiedensten Gegner aller selbständigen Bestrebungen in der Arbeiterschaft. Er sagte nach dem amtlichen Bericht: »Hier und da sei ja auch verlaublich, daß die staatlichen Werke gewissermaßen Musteranstalten sein sollten. Demgegenüber sei einzuwenden, daß man für diesen Zweck nicht eine so große Anzahl von Bergwerken brauche wie der Staat tatsächlich besitze; es sei aber kaum anzunehmen, daß man von seiten der staatlichen Bergwerksverwaltung auf diesen Gesichtspunkt wesentlichen Wert legen werde.« Es wird also hier *eo ipso* vorausgesetzt, daß die Regierung auf die Einlösung eines vom König gegebenen Wortes keinen Wert legt. Ist so der sozialpolitische Elan von ehemals mit urwüch-

sigen Spott abgetan worden, so packt den Berichterstatter um so stärker die Sorge, daß der Staat auch alles versuche, um unter den von ihm beschäftigten Bergarbeitern kein Streben nach Selbständigkeit aufkommen zu lassen. »Der staatliche Bergbau«, so sagt er mit dürren Worten, »sei weder eine Wohltätigkeitsanstalt für Arbeiter, noch eine Versorgungsanstalt für Beamte, sondern er sei lediglich ein Erwerbsbetrieb, dessen Ziel darin bestehe an seinem Teil die von der heimischen Wirtschaftstätigkeit benötigten Bodenschätze unter möglichst billigen Gesteungskosten zu gewinnen und die gewonnenen Erzeugnisse möglichst günstig abzusetzen.« Aber diese Vorhaltung scheint dem Berichterstatter, obgleich sie in gesperrter Schrift gedruckt ist, immer noch nicht deutlich genug. Denn es heißt weiter: »Wie der private Bergwerksbetrieb seinen Arbeitern diejenigen Zuwendungen zu machen habe, die nach den Anschauungen der Zeit als angemessen zu erachten seien, so auch der staatliche Bergbau. Weitere Verpflichtungen sozialpolitischer Art als sie der private Bergbau zu leisten habe seien auch dem staatlichen Bergbau nicht aufzuerlegen.« Somit ist dem Staat eindringlich zu Gemüt geführt, daß er sich peinlich zu hüten hat das Wort von den Musteranstalten in irgendeiner arbeiterfreundlichen Bedeutung zur Wahrheit zu machen.

Dennoch aber sollen die staatlichen Bergwerke Musteranstalten sein, nämlich in der schon vorhin angedeuteten Richtung, daß sie den Privatunternehmern als Muster der Arbeiterbevormundung dienen. Es haben sich nach dem Bericht der Unterkommission »Übelstände« in der staatlichen Bergverwaltung geltend gemacht. Zu diesen Übelständen zählt »bezüglich der Arbeiter die Lockerung der Disziplin, die infolge der früher vielfach schwächlichen und die Autorität untergrabenden Haltung der Ministerialinstanz in Fällen von Konflikten zwischen Vorgesetzten und Arbeitern unter der Arbeiterschaft der Staatswerke in zunehmendem Maß hervortrete, sowie die Gleichmacherei der Löhne, die zur Folge habe, daß in den Leuten der Trieb erstickt wird durch bessere Leistungen mehr zu verdienen.«

Nun scheint von einer »Gleichmacherei« der Löhne, wenigstens nach oben hin, in den Staatsbetrieben keine Rede zu sein; denn die Statistik zeigt, daß der Arbeiter im staatlichen Saarrevier beträchtlich viel

weniger verdient als der Arbeiter in den Privatgruben des Dortmunder Bezirks. Auch macht es dem Staat anscheinend keine großen Gewissensbedrängnisse, wenn der Staatsarbeiter gleich dem Arbeiter in Privatgruben die verschlechterte Konjunktur zu spüren bekommt, denn der Lohn des Staatsarbeiters stellte sich 1908 bei 293 verfahrenen Schichten auf 3,23 Mark pro Kalendertag, 1909 hingegen bei 287 Schichten auf 3,11 Mark pro Kalendertag. Was nun die Leistung betrifft, so ist es allerdings richtig, daß 1909 die auf einen unterirdisch beschäftigten Arbeiter entfallende Jahresproduktion 1909 im Oberbergamtsbezirk Dortmund 298,4, im Saarrevier, einschließlich der Privatwerke, nur 238,1 Tonnen betrug. Doch wird zugegeben, daß die Schuld hieran nicht beim Arbeiter liegt, denn »namentlich besteht im Saarrevier bei dem geringern Kohlenreichtum und der unregelmäßigen Ablagerung der Flöze nicht in gleicher Weise wie in anderen Revieren die Möglichkeit in schlechten Zeiten den Abbau auf die mächtigsten und am leichtesten gewinnbaren Flöze zu beschränken«.

Nicht ganz klar ist es, worauf sich die Vorwürfe wegen Lockerung der Disziplin stützen. Der Arbeiter ist schollenpflichtig. Denn nach den Mitteilungen eines Mitglieds der Kommission können »die Arbeiter aus dem staatlichen Bergbau an der Saar nicht in den Privatbergbau übergehen, weil offenbar zwischen den Gruben Abmachungen in dieser Hinsicht getroffen seien«. Dadurch und weil es sich um einheimische Arbeiter handelt, ist eine gewisse Stetigkeit in der Beschäftigung bedingt. Auch glaubt der Staat, wie die konservative Presse im Monat Mai mit Behagen feststellte, noch zur grundsätzlichen Maßregelung organisierter Arbeiter in der Lage zu sein, ein Vergnügen, das sich der private Bergwerksbetrieb bekanntlich durchweg nicht mehr gestatten kann. Wenn nun trotz dieser Umstände die Sorge um die Disziplin bei den Anwälten des Privatunternehmens eine so große Rolle spielt, so kommt vielleicht in Betracht, daß der Staat seinerzeit den Direktor Hilger gehen ließ, weil dieser Herr sich im Krämerprozeß denn doch zu arge Blößen gegeben hatte, und weil das Ministerium in Erinnerung an die in diesem Prozeß aufgedeckten Tatsachen sich mit der Prüfung etlicher Beschwerden der Arbeiter befäßt hat.

Außer diesem Umstand macht die Kon-

kurrenz der Staatsgruben dem Berichterstatter schwere Sorge. In dieser Hinsicht bekommt man allerdings recht angenehme Dinge zu hören: »Der Saarfiskus liefere die selben Kohlen, die er für 16,40 Mark pro Tonne nach Stuttgart (an die Stadtgemeinde) nicht habe liefern wollen, an die preußische Staatsbahn zu 14,50 Mark pro Tonne und gebe nach Frankreich und Italien zu noch billigeren Preisen ab.« Der Referent will zur Verhinderung von staatlichen Seitensprüngen den Eintritt des Staates in das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Der Staat müsse »ernstlich mit sich zu Rate gehen, ob er seine Sonderpolitik fortsetzen solle, oder ob er im Interesse der nationalen Wirtschaft nicht besser tue auf einer angemessenen Basis mit den privaten Verbänden Hand in Hand zu gehen«. Das Interesse der nationalen Wirtschaft scheint indes für den privaten Grubenbesitzer nur einen mäßigen Wert zu besitzen, wie die folgende Drohung des Berichterstatters zeigt: »Man werde sogar ernstlich damit rechnen müssen, daß ein großer Teil des heute nahezu ausschließlich in deutschen Händen befindlichen westlichen Grubenbesitzes in französische und belgische Hände übergehen werde. Schon heute seien von Belgien und Frankreich, namentlich aber aus den französischen Erzdistrikten, ernste Angebote auf deutsche Gruben gemacht, die selbstverständlich abgelehnt seien. Wie die Dinge sich indes gestalten könnten im Fall einer allgemeinen Verwirrung, wie sie bei einem Zusammenbruch des Kohlensyndikats unzweifelhaft eintreten müsse, lasse sich gar nicht abschätzen.« Alles in allem zeigen die hier wiedergegebenen Auszüge aus dem amtlichen Bericht, mit welcher Urwüchsigkeit im preußischen Landtag heute noch die Interessen des Privatkapitalismus wahrgenommen werden dürfen. Der Bericht wird hoffentlich sein Teil zur Aufklärung über die Gefahr beitragen, die der modernen sozialen Gesinnung in Preußen droht. Auch wenn die Vertreter des Staates heute wollten, so wäre es ihnen unmöglich eine arbeiterfreundliche Sozialpolitik zu treiben und das kaiserliche Versprechen vom 4. Februar 1890 einzulösen, solange an der Zusammensetzung des preußischen Parlaments nichts geändert ist.

×  
Italienische Lebensversicherung

Der italienischen Abgeordnetenkammer ging Mitte Juni eine Regierungsvorlage zu, die das Staatsmonopol für Lebensver-

sicherungen fordert. Es soll eine staatliche Lebensversicherungsanstalt gegründet werden, und zwar unter der Voraussetzung, daß nach dem Beginn ihres Wirkens keine einheimischen oder ausländischen Gesellschaften im Land mehr Lebensversicherungen abschließen dürfen; auch sollen die nach diesem Zeitpunkt von Italienern im Ausland abgeschlossenen Versicherungsverträge ungültig sein. Die bisher bei Privatgesellschaften beschäftigten Angestellten werden nach Möglichkeit von der Staatsanstalt übernommen; aus öffentlichen Mitteln sind der Anstalt 5 Millionen Lire vorzuschießen. Eine Pflicht zur Lebensversicherung wird nicht eingeführt, vielmehr arbeitet die Staatsanstalt wie die privaten Gesellschaften. Doch tritt der soziale Charakter der Einrichtung darin zutage, daß von dem aus ihr erzielten Gewinn 90 % zur Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter verwandt wird. Es heißt, daß die ausländischen Privatgesellschaften, die vornehmlich in Italien arbeiten, Entschädigungsansprüche an den Staat stellen wollen, obwohl hierzu keinerlei Berechtigung vorliegt, da diesen Gesellschaften die Abwicklung der bis zum Erlaß des Gesetzes abgeschlossenen Geschäfte ohne weiteres gestattet ist.

Die enorm hohen Dividenden, die von den privaten Gesellschaften durchweg verteilt werden, legen ohne weiteres den Gedanken nahe auch in Deutschland mit der Verstaatlichung des privaten Versicherungswesens zu beginnen.

X X  
**Neuseeland** Der Unterrichtsminister von Neuseeland, George Fowlds, gab Ende Mai in der Londoner Zeitung *Daily News* einen Überblick über die in diesem Inselstaat seit 20 Jahren getroffenen staatssozialistischen Maßnahmen.

Nach Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Staatsbürger ging man an die Hebung der Landwirtschaft. Durch Errichtung einer staatlichen Darlehnskasse gelang es den Zinsfuß, der 7 bis 8 % betragen hatte, auf 4½% herabzudrücken. Seitdem hat sich die landwirtschaftliche Produktion fortwährend gehoben. Diesem Zweck diente auch die Einführung staatlicher Prüfung und Klassifizierung der landwirtschaftlichen Produkte, die der Ausfuhr sehr zu-statten gekommen ist.

Durch das 1899 erlassene Gesetz über Schiedsgerichts- und Einzugs-

ämter wurden die schlechtesten Unternehmer genötigt in eine Linie mit den übrigen zu treten. Dadurch wurde es unmöglich gemacht, daß ein schlechter Arbeitgeber durch niedrige Bezahlung und ungehörige Behandlung seiner Arbeiter in stand gesetzt wird den bessern Unternehmer zu unterbieten.

Der Staatsbetrieb, der für die Eisenbahnen von Anfang an bestanden hatte, wurde auf andere Zweige ausgedehnt. Neben den fortbestehenden Privatgesellschaften wurden staatliche Versicherungseinrichtungen neu geschaffen: Lebens-, Unfall- und Feuerversicherung. Des weitern wurden zwei Kohlenbergwerke in Betrieb genommen. Vorher waren durch ein Syndikat sehr hohe Preise festgesetzt. Der Staat hat auch hier verbilligend gewirkt und trotzdem finanziell gut abgeschritten.

Zur Bekämpfung des Bodenmonopols wurden Landsteuern eingeführt, die, unter Abzug der Verbesserungen durch Bauten etc., mit ¼% bei einem Wert über 10000 Mark beginnen und bis auf 1½% steigen. Auch hat der Staat das Recht der Enteignung großer Güter. Dafür wurden 120 bis 140 Millionen Mark ausgegeben. Das Land wird in Pacht gegeben. So leben auf einem Gut, das vorher nur 60 Menschen ernährte, jetzt fast 2000. Seit 1896 haben die Lokalbehörden das Recht der Landzuschlagsbesteuerung. Dadurch wurde, da Bauten nicht besteuert werden, das Baugewerbe stark gefördert.

Seit 1898 bestehen die Alterspensionen. Sie wurden von anfangs 7½ Mark auf 10 Mark erhöht. Rente erhält, ohne Beitragsleistung, wer 65 Jahre alt ist, 25 Jahre im Land gelebt und nicht mehr als 7000 Mark Vermögen hat. Weitere Ausdehnung ist zu erwarten.

Der Minister faßt die Ergebnisse des Systems dahin zusammen: »Wir haben weder Millionäre noch Bettler noch die übrigen Extreme von Reichtum und Armut wie sie in der Heimat und in Amerika bestehen. Es gibt Leute, die in Verlegenheit sind, für die wir sorgen müssen. Aber man findet keinen kräftigen Menschen, der genötigt ist aus Mangel an Arbeit sein Brot zu betteln. Viele Alten verbringen ihren Lebensabend in staatlich eingerichteten Heimen.«

X X  
**Kurze Chronik** Auf Grund des § 51 des Kaligesetzes hat der Bundesrat am 5. April eine Bekanntmachung erlassen, die Grundsätze

für die Festsetzung der Beteiligungsziffern der Bergwerksbesitzer enthält, ferner allgemeine Bestimmungen über Lohn und Arbeitszeit der Kalarbeiter. Vorübergehende, besonders gelohnte Verlängerungen der regelmäßigen Arbeiterschicht an einzelnen Tagen sind nach Maßgabe des Zeitaufwands auf Normalschichten umzurechnen. Wird die Schichtdauer für einzelne Arbeiter infolge Erschwerung der Arbeit, zum Beispiel durch Hitze oder Nässe, verkürzt, so sind die verkürzten Schichten als volle Schichten in Ansatz zu bringen. Das Verfahren von Oberschichten gilt nicht als Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei einzelnen Arbeitern infolge Erschwerung der Arbeit bleibt bei der Ermittlung der regelmäßigen Arbeitszeit außer Betracht. X Der Landtag des Herzogtums Gotha hat im April eine Gesetzesvorlage angenommen, wonach solche Genossenschaften etc. von der Umsatzsteuer zu befreien sind, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist minderbemittelten Familien und Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu verschaffen, und deren Statut die an die Gesellschaft zu verteilende Dividende auf höchstens 4 % der Anteile beschränkt. Der selbe Vorteil bei gleichem Zweck wird den Gemeinden zugesichert. X Eine, von nationalliberaler Seite beantragte Resolution ersucht den Reichskanzler um Erhebungen darüber, inwieweit durch das Vorgehen der *Standard Oil Company* und ihrer Tochtergesellschaften die Gefahr einer Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels unter Ausschaltung des Zwischenhandels vorliegt, und ob unter diesen Umständen die Errichtung einer unter Aufsicht des Reichs stehenden Anstalt zum Vertrieb des Petroleums im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt. Der Gewinn, den die *Standard Oil Company* aus Deutschland zieht, soll sich auf 45 Millionen Mark jährlich belaufen.

### Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

**Religionsunterricht in Fortbildungsschulen** Die Abgeordnetenhauskommission für das preussische Pflichtfortbildungsschulgesetz hat die konservativen Anträge auf Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts mit konfessioneller Grundlage und auf Erteilung dieses Unterrichts in einer halben Unter-

richtsstunde pro Woche mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Nationalliberalen, die Fortschrittlichen, die Freikonservativen und 2 Konservative stimmten gegen die Anträge. Es ist von Interesse, daß sich bei der Debatte 2 konservative Abgeordnete aus dem Handwerkerstand gegen die Einführung des Religionsunterrichts aussprachen und darauf hinwiesen, daß die Fortbildungsschule gerade wegen ihres streng fachlichen Charakters in den Kreisen des Handwerks beliebt sei. Die Regierung trat ebenfalls gegen die konservativen Anträge auf. Ein Regierungskommissär erklärte gegenüber dem Zentrum und den Konservativen, daß die in Württemberg und Bayern mit dem Religionsunterricht der Fortbildungsschulen gemachten Erfahrungen die preußische Staatsregierung nur veranlassen könnten von entsprechenden Einrichtungen für Preußen abzusehen. Es wurde von dem Kommissar eigens hervorgehoben, daß der Besuch des Religionsunterrichts von den Pflichtigen in den süddeutschen Staaten nur durch besonders zahlreiche Strafen aufrechtzuerhalten sei. Der Handelsminister, der sich zur nämlichen Frage äußerte, bezeichnete die konservativen Anträge direkt als schädlich. Nachdem gleichwohl der Antrag angenommen wurde, ließ die Regierung erklären, daß sie auf die Beratung des Entwurfs im Plenum keinen Wert mehr lege.

X  
**Wien: Arbeiterbibliotheken** In einer umfangreichen Beilage zur österreichischen *Bildungsarbeit* macht Genosse Robert Danneberg sehr interessante Mitteilungen über das Wiener Arbeiterbibliothekswesen, die in einen energischen Appell zur Zentralisation münden. Danneberg konstatiert für Wien etwa 400 Arbeiterbibliotheken (Vereinsbibliotheken sozialdemokratischer und freigeWERKSCHAFTLICHER Tendenz) und etwa 1000 bibliothekarische Funktionäre. Die Zahl der Bibliotheken bedeutet, daß gut die Hälfte der zu unserer Sache zu zählenden Wiener Arbeitervereine Sonderbibliotheken besitzt; die Zahl dieser Vereine wird auf 750 angeschlagen. Eine sorgfältige Statistik orientiert speziell über die Bibliotheksverhältnisse der Wiener Gewerkschaften. Aus ihr soll hier ein kleiner Auszug mitgeteilt werden, der die im Bibliothekswesen am weitesten fortgeschrittenen Organisationen und disbeiden in dieser Hinsicht schwächsten charakterisiert.



Gewerkschaft	Mitglieder	Bücher	Leser	Entlei-hene Bände
Metallarbeiter	15 965	12 439	6 259	27 803
Buchdrucker	6 500	9 762	1 289	20 627
Holzarbeiter	6 003	4 319	2 230	8 949
Lithographen	1 100	2 150	450	4 500
Bildhauer	380	2 000	157	1 900
Buchbinder	400	2 000	250	2 900
Hutmacher	2 174	1 700	200	1 774
Buchdruckerei-hilfsarbeiter	1 850	1 314	1 21	1 558
Maler	758	1 302	260	1 972
Schuhmacher	619	1 211	161	782
Drechsler	900	1 175	166	1 219
Maurer	852	1 129	259	1 293
Eisenbahner	1 866	1 128	644	1 258
Goldarbeiter	1 212	1 110	400	2 175
Pfasterer	150	1 036	106	512
Gießer	1 236	1 008	613	3 343
Fleischhauer	400	92	25	25
Steinarbeiter	117	33	30	60

Bei dieser ganzen Statistik ist nicht zu vergessen, daß von den einzelnen Gewerkschaften keineswegs alle Zweigvereine berichtet haben. Nimmt man nun den Durchschnitt aus allen Ergebnissen — auch aus den hier nicht mitgeteilten —, so scheint in den Gewerkschaften mit eigenen Gruppenbibliotheken  $\frac{1}{3}$  der Mitglieder die Bibliotheken zu benutzen; Danneberg ist freilich geneigt das Resultat noch zu mindern und nur  $\frac{1}{4}$  anzunehmen. Auf den ersten Blick scheint das Verhältnis bei den wenigen in Wien bisher vorhandenen Arbeiterzentralbibliotheken noch schlechter zu sein. Die Zahl der diesen Zentralen angeschlossenen Mitglieder ist im verflossenen Jahr 23 177 gewesen, die Zahl der Benutzer 2 162. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die über ihre Sonderbibliotheken berichteten, ist 57 467, die Zahl der Benutzer der Sonderbibliotheken insgesamt 16 640. Aber der scheinbare Vorsprung der Sonderbibliotheken verschwindet sofort, wenn man einen bedeutsamen Maßstab anlegt: den Maßstab, der nach dem Eifer des einzelnen Lesers fragt. Und da zeigt sich der unbezweifelbare Vorzug der zentralisierten Bibliotheken. Die Summe der Entleihungen aus den gewerkschaftlichen Sonderbibliotheken ist im abgelaufenen Jahr 94 707 gewesen, die der Entleihungen aus den Arbeiterbibliothekszentralen 40 910. In den Zentralen entfallen auf einen Arbeiter 40 910 : 2 162 = 18,9 Entleihungen, in den Sonderbibliotheken nur 94 707 : 16 640 = 5,7 Entleihungen. Woher stammt diese eifrige Lesearbeit der Benutzungsberechtigten in den Zentralen? In erster Linie zweifellos daher,

daß in dem großbetriebähnlichen Wirken der Zentralen der Bibliothekar nicht Dilettant sondern geschulter Ratgeber ist, und daß also für den Benutzer eher eine systematische Lektüre möglich wird. Danneberg entwickelt des weitern alle Vorzüge der zentralisierten Bibliothek: Momente wie Großeinkauf der Bücher, Zentralkatalog, Bücherprüfung, Einheitlichkeit der Verwaltung, Vermeidung von hundert und aberhundert Parallelanschaffungen, die bei kleinen Sonderbibliotheken ja unvermeidlich sind, Erleichterung von Lesezimmern, Jugendbibliotheken, Kinderbüchereien. Die Jugendlichen haben sich bis jetzt in erheblichem Maß selber helfen müssen; sie gründeten in Wien 11 Gruppenbibliotheken mit insgesamt 2274 Büchern. Wie stark der Lesedrang gerade der Jugendlichen ist, das beweist weiter die Tatsache, daß die Hälfte der Berechtigten die Bibliothek benutzte, und daß auf jeden Entleiher im verflossenen Jahr 13 Entleihungen fielen. Ein organisations-technischer Gedanke Dannebergs ist von besonderer Wichtigkeit: Es wird vorgeschlagen, daß »jedes Mitglied jeder Organisation, die berechtigt ist die in ihrem Bezirk gelegene Zentralbibliothek benutzen zu lassen, das Recht haben soll in jedem beliebigen Bezirk Bücher zu entleihen«. Die Darstellung verweist insbesondere noch auf die Steigerung der Qualität der Lektüre, die in zentralistisch betriebenen Bibliotheken erreicht wurde. Nach allen Darlegungen ist zu erwarten, daß die organisierte Wiener Arbeiterschaft (eine Masse von 120 000 Menschen, die etwa 100 000 Bände in meistens kleinen Sonderbibliotheken besitzt, über 30 000 Leser verfügt und etwa 200 000 Einzelentleihungen erreicht) von der empfohlenen Zentralisation nur Vorteil haben würde. Es ist dringend zu wünschen, daß nicht nur sie die Zentralisation vornimmt, sondern daß die Arbeiter allenthalben auf diesem Weg vorangehen, der sich beispielsweise in der von dem Genossen Gustav Hennig in Leipzig organisierten Zentrale bereits so trefflich bewährt hat.

× **Preußen:** Der Erlaß des preußischen **Jugendpflege** Unterrichtsministers vom 18. Januar 1911 ist im Buchhandel erschienen /Berlin, Cotta/ und so für jedermann bequem zugänglich. Er enthält etwa folgende Grundgedanken: Die Anwendung bürokratischer Schablonen und jede zwangsweise Heranziehung der Jugend ist zu vermei-

den. In den Städten sind Schuldeputationen und Kommunalverwaltungen, auf dem Land die Kreisverwaltungen die gegebenen Organisatoren. Zur Mitwirkung sind »kirchliche Vereine, Turn-, Spiel- und Sportsvereinigungen und Vereine für Volkswohlfahrt«, die staatlichen Behörden jeder Art, die Lehrer und insbesondere noch die »Geistlichen aller Bekenntnisse« willkommen. Wo »geeignete Jugendorganisationen« schon vorhanden sind, soll von der Gründung neuer abgesehen, die vorhandene Form ausgebaut werden. Die leitenden Personen sind in Stadt- respektive Ortsausschüssen für Jugendpflege zusammenzufassen. Den örtlichen Organisationen obliegt die Sorge für die »Mittel, Plätze und Räumlichkeiten« und für die Heranholung der pädagogischen Kräfte. Für ländliche Orte und nicht kreisfreie Städte können Kreisausschüsse für Jugendpflege geschaffen werden, denen »einflußreiche oder besonders erfahrene und tatkräftige Privatleute, Gewerbetreibende, Landwirte, Geistliche, Lehrer, Turnlehrer, Kreisärzte, Richter, Offiziere usw. als Mitglieder angehören, und in denen es besonders Sache der Landräte und Kreisschulinspektoren sein wird die Sammlung der geeigneten Kräfte, die Aufbringung der erforderlichen Mittel und die Bereitstellung der nötigen Einrichtungen zu fördern«. Als zusammenfassende Instanzen höherer Ordnung sind Bezirksausschüsse für Jugendpflege vorgesehen, die unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten »die in den einzelnen Zweigen der Jugendpflege hervorragend erfahrenen oder für ihre Verbreitung besonders einflußreichen Persönlichkeiten« vereinigen sollen. Diese Ausschüsse werden bis zu 20 Personen umfassen können: neben den Schul- und Medizinalbeamten »Vertreter aller Berufsclassen und Stände«.

Unter einem besonderen Titel *Grundsätze und Ratschläge* äußert sich der Minister spezieller über Ziel und Methoden. Da heißt es: »1. Aufgabe der Jugendpflege ist die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend. Sie will die Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und Kirche, der Dienst- und Lehrherren unterstützen, ergänzen und weiterführen. 2. Zur Mitwirkung bei der Jugendpflege sind alle berufen, welche ein Herz für die Jugend haben

und deren Erziehung im vaterländischen Geist zu fördern bereit und in der Lage sind. 3. Die erforderlichen Mittel werden von Freunden und Gönnern der Jugend, von den Gemeinden, Kreisen usw. und ergänzungsweise vom Staat gewährt. Im Hinblick auf die große Bedeutung der Sache für die Zukunft unseres Volkes ist zu erwarten, daß die Zahl hochherziger Stiftungen für diesen Zweck mehr und mehr wächst. Die Arbeit an der Jugendpflege ist in der Regel ehrenamtlich. 4. Die Pflege der schulentlassenen Jugend umfaßt das Alter vom 14. Lebensjahr bis zum Eintritt ins Heer respektive bis zum 20. Lebensjahr. Dabei werden die jüngeren 3 Jahrgänge von den 3 älteren, wo es notwendig und möglich ist, getrennt; doch ist dann die Mitarbeit von geeigneten Mitgliedern der ältern Abteilung in der jüngern anzustreben.« Als Erziehungsinstrumente sind Lesesäle, Spielsäle und Spielplätze, Sportsveranstaltungen, Nationalfeiern, Familienabende, Jugendbibliotheken, Galerieführungen, Vorträge angeraten. Schulsäle sollen prinzipiell zur Verfügung gestellt sein.

Die nötigen Kommentare gab Herr von Trott zu Solz persönlich im Abgeordnetenhaus. Er machte den *vaterländischen Geist* zur *conditio sine qua non* und sagte wörtlich: »Wir verlangen, daß die Vereine stehen auf dem Boden unserer bestehenden Gesellschaftsordnung, stehen auf dem Boden unseres Staatswesens, treu zu Kaiser, König und Reich.« Im übrigen soll nach der Erklärung des Ministers die Jugendpflege »nicht politisch« sein. Aus der Rede und dem Erlaß ist noch zu entnehmen, daß die Jugendpflege es zunächst fast ausschließlich mit der männlichen Jugend zu tun haben wird.

× **Kurze Chronik** ×  
 Nach dem Bericht des *Südbayrischen Volksbildungsverbands* für 1910 haben im Berichtsjahr 8 Wanderkunstausstellungen stattgefunden. Die Anzahl der verkauften Kunstblätter betrug 2172. Die *Künstlerische Volksbühne* gab insgesamt 13 Vorstellungen in Günzburg, Dillingen, Lauingen, Wasserburg, Miesbach, Traunstein und Kufstein (Nordtirol). Das Vereinsvermögen beträgt 7482 Mark. × Nach dem Jahresbericht des *Vereins für volkstümliche Kurse der Berliner Hochschullehrer* von 1909-1910 sind im Berichtsjahr 29 Kurse abgehalten worden. Von diesen Kursen

gehörten 15 sogenannten *Kursringen* an. An allen Kursen nahmen insgesamt 10 087 Personen gegen 9510 im Vorjahr teil. Von den männlichen Hörern gehörten 39,5 % dem Arbeiterstand an, von den weiblichen 16,4 %. Die Einnahmen betragen 9456, die Ausgaben 8786 Mark.

X  
**Literatur** Von Schüttlers *Fortbildungskatalog* erschien die Ausgabe für 1911-1912

/Hannover, Cruse/. Das etwa 200 Seiten fassende Heft ist ein brauchbares Nachschlagewerk. Es ist im übrigen sonderbar, daß unter den Zeitschriften, unter denen der *Jugendliche Arbeiter* des Genossen Danneberg nicht fehlt, die *Arbeiterjugend* nicht genannt wird. X Von Carl Andreae erschien ein knappes und gutes Kompendium *Die Entwicklung der theoretischen Pädagogik* /Leipzig, Teubner/. Das Buch will die schulreformatorischen Bestrebungen der Zeit durch eine Darlegung der historischen Systeme systematisieren helfen. Was man vermissen könnte, ist die Würdigung eines so bedeutenden pädagogischen Theoretikers wie Fourier, eines der Väter der Arbeitsschulidee. Auch Owen fehlt. Pestalozzi wird die Bedeutung des Systematikers zu Unrecht abgestritten. Der Ton des Buches ist sympathisch. X Genosse Josef Luitpold Stern gibt eine periodische Publikation für die jugendlichen Arbeiter Österreichs heraus, die den Titel *Die junge Welt* führt. Der Verleger ist die *Wiener Volksbuchhandlung*. Das Heft kostet 20 Heller. Es sind bis jetzt 4 Heftchen herausgekommen: eine kleine Anthologie sozialer Balladen vom Herausgeber, ein Essay von Max Winter über *Soziales Wandern*, einer von Pernerstorfer über Schiller und einer von Hugo Schulz über die Indianer. Diese kleinen Publikationen sind sehr erquicklich und verdienen es, daß ihre einfache, dennoch eindringliche Art viele junge Arbeiter erfreue.

**WISSENSCHAFT**

**Philosophie / Franz Staudinger**

**Kategorieenlehre** »Was für eine Kategorieenlehre man wählt, hängt davon ab, was für ein Philosoph man ist, oder es sollte wenigstens davon abhängen.« So schreibt Ernst Lask, Professor in Heidelberg, in seinem Buch *Die Logik der Philosophie und die Kategorieenlehre* /Tübingen, Mohr/. Der Verfasser, der schon 1902 ein scharfsin-

niges Buch *Fichtes Idealismus und die Geschichte* im gleichen Verlag veröffentlicht hat, sollte allerdings mit diesem Anspruch recht haben. Aber Plato redet ja von denen, die tun, was sie nicht wollen, und das könnte auch beim Verfasser der Fall sein. Er will hier freilich keine ausgeführte Logik sondern nur die Grundbegriffe zu einer solchen darlegen, und so stellt er 3 Grundkategorien für 3 Gebiete auf: für das Reich des Sinnlichen die Seinskategorie, für das Unsinnliche, was nicht ist, aber gilt, das Gelten, für das Übersinnliche das Übersein und für das Etwas überhaupt die Identität. Das Übersinnliche ist ihm zunächst ein problematisches Reich, auf das er nicht einget, obschon er einmal darauf deutet, es möge doch etwas daran sein. Um so entschiedener trennt er die Welt des Seins und die Welt des Geltens. In der Welt des Seins liegt das Logische mit den Kategorien des Seins, der Dinghaftigkeit und der Kausalität »als bloßes Moment über einer allogischen Masse«. Die Welt des Geltens als solche bezieht sich ihm immer auf ein »fremdes Außer sich«. Trotzdem wird ihm die Gegenständigkeit selbst zu einer Kategorie, statt daß sie konsequent eben das durch Kategorien nur bezeichnete »fremde Außer« bedeuten müßte. Indem er gerade diesen vermeintlich logischen, in Wirklichkeit psychologischen Fehler des Kantischen Denkens zur Grundlage macht, kann er nummehr lustig in Regionen der schrankenlosen *Wahrheit* hinaussteuern. Und indem er die »Masse«, auf die die Kategorien angewandt werden, ohne weiteres als »allogisch« ausgibt und zwei Welten des Seins und des Geltens statt zweier Betrachtungsweisen unterscheidet, wie es nüchterne Analyse tun muß, kommt er trotz aller Verwahrung dem von ihm bekämpften Platonismus sachlich doch so nahe, daß ein Mikroskop keinen Unterschied mehr finden kann. Zwar dämmert ihm einmal, daß doch blau für den Vitriol und süß für den Zucker gilt, aber statt nun zu schließen, daß die Empfindungen denn doch keine so »allogische« Masse sein können, dekretiert er nach einer Wortfechterei, daß sie trotzdem »bedeutungsfremd« sind. Da müßte es doch wohl die schrankenlose Logik in der Hand haben nach Belieben Farbe und Geschmack des Zuckers und des Vitriols mit logischer Schrankenlosigkeit zu permutieren und zu kombinieren und dann mit Grund zu behaupten, das seien wirkliche Dinge. Wenn nicht, so ist eben die Logik nicht schrankenlos, und in der Art, wie das le-

bendige Empfinden auftritt, steckt doch ein Zwang für die Logik die »alogische Masse« gerade so und nicht anders zu verbinden. Das heißt aber: In ihr selbst steckt ein Geltungswert, demgegenüber die Kategorien gehorsame Diener, nicht Herrscher sind. Mit dieser »alogischen Masse« wird ein Lask ebensowenig fertig wie die von ihm freundlich behandelten Fichte und Hegel. Da müßte er schon einmal aus den logischen Wolken herabsteigen und analysieren. Aber das scheint seine starke Seite nicht zu sein. Freilich, ein begabter und kundiger Mann ist er, und wie er Kant von seinem Standpunkt aus kritisiert, das läßt sich hören; nur kann er ihn nicht auch, was nötig wäre, nach der entgegengesetzten Seite hin kritisieren, weil er sich diese Seite vernagelt hat.

#### × Volksphilosophie

Das tut ein anderer, ebenfalls auf dem Boden des Kritizismus gewachsener Denker, der nach Methode und Grundlage total entgegengesetzt Dr. F. Müller-Lyer in dem Buch *Der Sinn des Lebens* /München, Lehmann/. Das Buch, der 1. gewissermaßen programmatische Band eines auf 7 Bände berechneten großen Werkes ist in der Tat, was es zu sein angibt, eine Volksphilosophie. In zumeist schlichter, gemeinverständlicher, nur hier und da durch etliche überflüssige Fremdausdrücke, wie *euphorische Philosophie* gestörter Schreibart stellt der wohlunterrichtete und nicht nur mit den Äußerlichkeiten sondern mit dem Wesen der Probleme vertraute Gelehrte das System einer Kulturwissenschaft in seinen Umrissen zusammen. Die Einzelausführung ist den späteren Bänden anvertraut. Die Zusammenreihung von *Natur, Menschheit, Soziologie, Volkkultur, Der neue Mensch, Die euphoristische Philosophie*, wie die 6 Kapitel überschrieben sind, sieht freilich nicht sonderlich systematisch und ansprechend aus. Aber um so mehr erfreut das, was unter diesen Titeln geboten wird. Ich kenne kein Buch, in dem in so knapper und doch verständlicher Weise die wesentlichsten unserer Kulturprobleme in wahrhaft fortgeschrittenem und sozialem Sinn zusammenhängend und trefflich behandelt wären wie hier. Kaum eines der wichtigeren Welt- und Lebensprobleme ist vergessen, und über jedes wird in aller Kürze etwas gesagt, was Hand und Fuß hat. Die Erkenntnislehre Kants scheint er, nach den kurzen Andeutungen zu schließen, wohl

zu verstehen und richtig zu kritisieren. Er vertritt den Standpunkt einer metaphysikfreien Wirklichkeitsphilosophie. Den Begriff des *Absoluten* führt er ähnlich wie Dietzgen aus; ob klar abgeleitet oder mittels Gedankensprungs, kann erst die ausgeführte Philosophie im 6. Band zeigen. Über Religion hat er fast die selben Gedanken, die ich in meinen Erörterungen hier immer vertreten habe. Was die Moral anlangt, so steht er auf dem Standpunkt, daß sie auf der Art des Zusammenwirkens fußt und sich schon im Tierreich zu entwickeln beginnt, wie ich dies in meinem Buch *Die wirtschaftlichen Grundlagen der Moral* vertreten habe. Er teilt fast genau wie ich die Entwicklungsstufen in das Zeitalter der ursprünglichen Einzelgemeinschaften, der kriegerischen Beherrschung, des Handels und des zukünftigen den Sozialismus mit Individualismus verbindenden, ich möchte sagen: das Zusammenwirken freier Persönlichkeiten ermöglichenden Zeitalters ein. Die sozialen Grundlagen treten also markant hervor, und wenn er einzelnes, wie vor allem das Charaktermerkmal der werdenden Gesellschaft: die autonom organisierte Produktion für den autonom organisierten Konsum, nicht scharf genug heraushebt sondern bei der Organisation der Produktion stehen bleibt, so soll darüber nicht mit ihm gerechnet werden, da doch die Hauptsache, »die Entwicklung der Menschen zu freien und mit einander fühlenden Gliedern einer wohlorganisierten Gesellschaft« als Ziel dasteht. Er setzt seine Hoffnungen, daß es aufwärts gehen möge, auf die Tatsache, daß »unserer Plutokratie ein kampfesmutiges und wohlorganisiertes Proletariat entgegensteht«. Der einzige Punkt, an dem vielleicht ein grundsätzlicher Einwand zu erheben wäre, ist die Lehre von Moral und Glück, wo ich das eigentliche Problem nicht sehe. Er hat freilich darin recht, daß die Verbindung von Moral und Glück das Ziel sei, und daß nicht durch äußerlich gelehrt »kategorische Imperative« sondern durch »soziale Maßnahmen« die »Sitten gebessert« werden. Aber es handelt sich methodisch doch um die Frage, ob gerade dann, wenn das Streben nach Herstellung höherer Einheit mit irgendeiner ablenkenden Lust kämpft, das erstere oder die letztere siegen sollte. Ob ferner nicht das genannte Streben den kategorischen Imperativ lebendig in sich enthält, enthalten muß, weil es nur dann solch ein Streben ist? Die Glückseligkeit wird, wie Kant richtig sagt, ganz von selbst kommen, wenn solche Zustände her-

gestellt sind. Aber sicherlich wird der Verfasser, nach allem, was er über »Euphorie« sagt, dem nicht widersprechen. In der Sache selbst, wo er die Euphorie als »Wegliebe«, »Liebe zum Streben ein ganzer Mensch zu sein« bezeichnet, stimme ich ihm natürlich bei und begrüße das treffliche Buch nochmals mit Freude. Ich möchte es besonders allen Bildungsvereinen als grundlegende Lektüre an Diskussionsabenden auf das wärmste empfehlen. Das so oft gebrauchte Wort *Es sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen* darf, wenn irgendwo, hier mit bestem Gewissen ausgesprochen werden. Und über die paar Ansichten, bei denen man abweichender Meinung sein mag, wird ja gerade die Diskussion klärend wirken.

× **Kurze Chronik** ×  
In der Pfingstwoche fand in Darmstadt der 2. Kongreß der *Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie samt den Gesetzgebungsfragen* statt, der auch mancherlei philosophisches Interesse bot.

× **Literatur** ×  
In Eugen Diederichs Verlag in Jena ist *Epikurs Lehre* von Alexander von Gleichen-Rußwurm herausgegeben worden. Das Buch enthält eine kleine Abhandlung über Epikur, ferner einen Bericht des Diogenes Laertius über diesen, nebst etlichen Briefen an Zeitgenossen und endlich eine Übersetzung eines Teils der 5 Bücher des Epikuräers Diogenes Laertius *Die Natur*. × Das Buch Dr. Alfred Menzels *Die Grundlagen der Fichteschen Wissenschaftslehre in ihrem Verhältnis zum Kantischen Kritizismus* /Leipzig, Brockhaus/ ist eine weniger Partei nehmende und mehr darstellende Betrachtung des Zusammenhangs der beiden Philosophien als die oben erwähnte Lask's; aber, wenn auch der Verfasser kritisch bleibt, so ist dies doch immerhin wieder ein Zeichen, wie sehr die heutige Entwicklung des philosophischen Denkens von Kant aus Interesse an Fichte erhält, also sich in der selben Richtung weiterentwickeln muß wie vor 100 Jahren. × Auch Hegel hat wieder einmal einen neuen Darsteller in Karl Mayer-Moreau gefunden (*Hegels Sozialphilosophie* /Tübingen, Mohr/). Es ist eine rein darstellende Betrachtung, vermutlich eine Doktorarbeit; auf die Probleme selbst wird nur ganz beiläufig eingegangen. × In der Teubnerschen Samm-

lung *Aus Natur und Geisteswelt* ist auch der große Antipode Hegels Schopenhauer von Hans Richert in einer recht ansprechenden Darstellung bearbeitet worden. Freilich kommt der Verfasser mit Recht zu einer ziemlich entschiedenen Ablehnung Schopenhauers. × Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung über das auch in die Philosophie einschlagende, freilich von Conrad Schmidt in der Rundschau *Sozialwissenschaften* (1911, 1. Band, pag. 472 ff.) bereits eingehend behandelte Werk Karl Vorländer's *Kant und Marx* /Tübingen, Mohr/. Dieses Werk ist spezifisch von Kantischen Gedanken beeinflußt, und es referiert mehr über diese als daß es kritisiert. Gerade hieraus aber könnte man sehen, wie wenig dieser Geist Kants es hindert den Erscheinungen der Wirklichkeit ganz objektiv gegenüberzutreten, wie sehr er vielmehr gerade dazu auffordert, ob man nun über einzelnes verschiedener Meinung sein mag oder nicht. Möchte das Buch recht viele Leser finden und von diesen im genannten Sinn erfaßt werden.

### Psychologie / Otto Bobertag

× **Korrelationen** ×  
In meiner vorigen Rundschau (in diesem Band, pag. 794 ff.) hatte ich darauf hingewiesen, daß man sich bei psychologischen Untersuchungen, bei denen es sich um Auffindung geeigneter Tests zur Prüfung geistiger Fähigkeiten handelt, gegenwärtig vielfach eines mathematischen Kunstgriffs bedient, den man als *Korrelationsrechnung* bezeichnet. Man tut dies, um auf exakte Weise auszudrücken, welches Maß von Übereinstimmung herrscht zum Beispiel zwischen der quantitativen Abstufung der Resultate, die man als Leistungen einer Reihe von Versuchspersonen bei einem Test erhalten hat, und der Abstufung derjenigen geistigen Fähigkeit bei den selben Personen, die durch jenen Test geprüft werden soll. Nur wenn diese Übereinstimmung genügend groß ist, kann man natürlich behaupten, daß der Test — zunächst im allgemeinen — ein taugliches Mittel zur Beurteilung der betreffenden geistigen Fähigkeit darstellt und — daraufhin dann auch — bei einem einzelnen Individuum zum Zweck einer solchen Beurteilung verwandt werden kann. Oder man vermutet, daß zwei verschiedene Tests als Proben auf die gleiche Fähigkeit anzusehen seien. In diesem Fall wird man zu verlangen haben, daß eine genügend große Überein-

stimmung zwischen den Abstufungen der Leistungen, die die gleichen Personen in jedem der beiden Tests aufweisen, besteht.

Die erste Anwendung der Korrelationsrechnung auf psychologische Probleme ist von Spearman gemacht worden. Die grundlegenden Arbeiten sind hier: Spearman *General intelligence, objectively determined and measured* im *American Journal of Psychology*, 1904, pag. 201 ff., und Krueger und Spearman *Die Korrelation zwischen verschiedenen geistigen Leistungsfähigkeiten* in der *Zeitschrift für Psychologie*, 1906, 44. Band, pag. 50 ff. Spearman und die meisten, die nach ihm psychologische Versuche zum Zweck der Prüfung geistiger Fähigkeiten angestellt haben, benutzen für die rechnerische Verarbeitung ihrer Testresultate die sogenannte *Methode der Rangdifferenzen*, die ich an einem Beispiel kurz erläutern will. Angenommen, man hat an sämtlichen Schülern einer Klasse Versuche mit der Ebbinghauschen Kombinationsmethode gemacht. Man erhält dann für jeden Schüler einen zahlenmäßigen Ausdruck seiner Leistungsfähigkeit, indem man die Anzahl der von ihm in einer bestimmten Zeit richtig ausgefüllten Lücken in dem vorgelegten Text bestimmt, und kann daraufhin die Schüler auf Grund der Abstufung ihrer Leistungen, von der besten bis zur schlechtesten, in eine Reihe ordnen. Will man nun wissen, ob dieser Test als Probe auf die allgemeine Begabung gelten kann, so läßt man von ihrem Klassenlehrer möglichst gewissenhaft eine Abstufung der Schüler nach ihrer Begabung, vom Begabtesten bis zum Unbegabtesten, in eine Reihe herstellen. Stellt man jetzt diese beiden Reihen gegenüber, so ist klar, daß die Rangplätze der einzelnen Schüler in beiden Reihen mehr oder weniger von einander differieren können, und es folgt ohne weiteres, daß der Ebbinghaustest eine um so bessere Probe auf die allgemeine Begabung ist, je kleiner die Summe der Rangdifferenzen ausfällt. Aus diesen Rangdifferenzen kann man mit Hilfe einer einfachen mathematischen Formel einen sogenannten *Korrelationskoeffizienten* herausrechnen, der den Wert  $+1$  hat, wenn eine vollkommene direkte Korrelation herrscht, den Wert  $0$ , wenn gar keine, den Wert  $-1$ , wenn eine vollständige umgekehrte Korrelation herrscht.

Die Zahl psychologischer Versuche, die man bis jetzt unter Verwendung der

Korrelationsrechnung ausgeführt hat, ist bereits ziemlich groß. Die Kritik hat aber gezeigt, daß diese Versuche — die zum größten Teil an Schulkindern gemacht wurden und Korrelationen mit der Intelligenz zu finden hofften — im ganzen einen recht dürftigen Ertrag an wirklich sicheren Ergebnissen gezeitigt haben. So einfach nämlich zunächst die Methodik derartiger Untersuchungen zu sein scheint, so hat sie doch mit einer ganzen Reihe von Fehlerquellen zu rechnen: zu geringe Anzahl von Versuchspersonen, ungeeignete Versuchsbedingungen, bei denen die Fähigkeit, die man prüfen will, nicht mit der erforderlichen Stärke und Konstanz zur Wirkung gelangt, inkorrekte oder einseitige Schätzung zum Beispiel der Intelligenz durch die Lehrer usw. Immerhin hat man mit genügender Sicherheit feststellen können, daß einige Tests ganz brauchbar sind, ferner daß der Unterschiedsempfindlichkeit für Sinneseindrücke, der man bisher vielfach großen Wert beimaß, ein solcher durchaus nicht zukommt, ebenso dem mechanischen Gedächtnis. Daß dagegen die motorische Geschicklichkeit hohe Korrelation mit der Begabung zeigt, liegt wohl daran, daß sie als Bestandteil der allgemeinen Lebhaftigkeit, *Gewektheit*, bei der Beurteilung der Schüler durch die Lehrer eine Rolle spielt, die ihr in ihrer Bedeutung für die Intelligenz nicht zukommt. Übrigens ist auch zu bedenken, daß alle derartigen Versuche in gewissem Sinn die Annahme einer *allgemeinen Intelligenz* involvieren, die durchaus der Kritik ausgesetzt ist. Man darf wohl behaupten, daß sie für das eigentliche Kindesalter noch zulässig ist, mit zunehmendem Alter aber immer bedenklicher wird. Von sonstigen an Schulkindern gemachten Korrelationsbestimmungen möchte ich diejenigen nennen, die sich das Ziel setzen die Korrelationen zwischen den einzelnen Schulfächern — respektive den Begabungen für diese Fächer — aufzufinden.

Eine von den bisher erwähnten Fragen wesentlich abweichende Problemstellung liegt der umfangreichen Arbeit zugrunde, die Heymans und Wiersma mit Hilfe der Enquetemethode unternommen haben, um den Zusammenhang von Charaktereigenschaften innerhalb von Familien zu erforschen (*Beiträge zur speziellen Psychologie auf Grund einer Massenuntersuchung* in der *Zeitschrift für Psychologie*, 1906, 1907 und 1908). Hier handelt es sich unter an-

derm auch um die Feststellung, welche Eigenschaften häufiger beim männlichen, welche häufiger beim weiblichen Geschlecht vorkommen, ferner ob gewisse Eigenschaften sich häufiger im männlichen oder im weiblichen Geschlecht oder kreuzweise vererben. Heymans hat sich dann noch in einer besondern Arbeit (*Über einige psychologische Korrelationen in der Zeitschrift für angewandte Psychologie*, 1908, pag. 313 ff.), gestützt auf Exzerpte aus Biographien von über 100 Personen, um die Aufdeckung von Zusammenhängen einzelner Charaktereigenschaften unter einander bemüht, worüber ich noch ein paar Worte sagen will. Heymans legt seiner Untersuchung eine Einteilung der Menschen in 8 Charaktertypen zugrunde, die aus der Kombination von 3 Paaren entgegengesetzter Grundeigenschaften entstehen: 1. emotionell-nichtemotionell, 2. aktiv-nichtaktiv, 3. vorwiegende Primärfunktion-Sekundärfunktion. Dann berechnet er die Prozentsätze, in denen die einzelnen Eigenschaften bei jedem dieser Charaktertypen vorkommen. Die Korrelationen zwischen Typen und Eigenschaften bestimmt er dadurch, daß er ausrechnet, wie groß die Wahrscheinlichkeiten sind, daß der Zufall so große Differenzen verursacht haben könnte wie zwischen den Prozentzahlen für die einzelnen Typen und den durchschnittlichen Prozentzahlen (für alle Typen zusammen) vorliegen. Was er auf diese Weise schließlich erhält, ist nichts anderes als eine Art empirisch begründeter Temperamentenlehre, die zwar noch sehr der Erweiterung und Verbesserung fähig und bedürftig ist, aber als erster Versuch in dieser Richtung ein hohes Maß allgemeinen Interesses beanspruchen darf. Abschließend kann man überhaupt sagen, daß die Aufdeckung von psychischen Korrelationen und die Methodik der Korrelationsrechnung zwar gegenwärtig noch ganz in den Anfängen stecken, aber sicherlich in Zukunft zur Lösung höchst wichtiger psychologischer und soziologischer Probleme beizutragen berufen sind. Auf sozialwissenschaftlichem Gebiet sind es namentlich die aus dem *Eugenics Laboratory* in London hervorgehenden Arbeiten über die Erbllichkeit und den Einfluß des Milieus, die uns zu großen Hoffnungen berechtigen.

✕  
**Kurze Chronik** An der Universität Tübingen wurde ein pädagogisches Institut unter der Leitung des Professors Deuchler errich-

✕ tet. Im Anschluß an einen im vorigen Jahr in Nürnberg abgehaltenen Kongreß hat sich jetzt eine Reihe von Fachmännern zu einer *Religionspsychologischen Arbeitsgemeinschaft* zusammengeschlossen, die sich namentlich der Erforschung der *realen Religion* an der Hand von Biographien usw. sowie mit Hilfe der Fragebogenmethode widmen will.

## KUNST

### Bildende Kunst / Lisbeth Stern

**Altberlinische Kunst** Nichts kann in dem sogenannten *Kunsturteil* so unsicher und verlegen machen als das Wiedersehen von Bildern, die der vorigen oder der vorvorigen Generation entsprungen sind. Die Bilder dieser Ausstellung gehören einer Epoche an, die man erst eben abgetan hatte, und der man bisher nicht einmal ein Recht auf Kunst einzuräumen geneigt war. Jetzt sieht man sie unter wunderbar gemischten Gefühlen wieder; halb ist es, als wenn Instinkte der Blutsverwandtschaft mit dem ganzen Complex all der Heimatempfindungen laut werden, halb eine neue ästhetische Wertung, die in erster Reihe nur Staunen auslöst. Es mag wohl ähnlich sein, wenn man ein Glied seiner Familie plötzlich unter Fremden sieht; es wird für uns mit einem Schlag zu einem Objekt, das man anschaut, das gut oder schlecht aussieht, und das sich so oder so bewegt. Man fängt eben an es mit einem ästhetischen Wert einzuschätzen. Welch ein Gewirr von Empfindungen stehen da sich gegenüber: Die Liebe, die vor jener fremden Objektivität erschrickt, und auch wohl wieder Stolz auf sie. So ist es mir früher in der Jahrhundertausstellung gegangen, und mehr noch jetzt in dieser Zweigausstellung altberlinischer Kunst. Überall und immer wieder Bilder, die doch früher einmal zu Hause in der Wohnstube gehangen haben, die selben sauberen Kreidezeichnungen mit dem aufgesetzten Weiß, die selben runden Stirnen mit den klaren Augen, die selben dünnen Häuse. Ich weiß nicht, ob der Schwarm ungeklärter Empfindungen von Sentimentalität und Fröhllichkeit und manchen anderen, die das Altmodische mit sich bringt, gerade dieser Zeit nur anhaften mögen oder allem Altmodischen im allgemeinen. Ich meine natürlich nicht die Epoche, die wir eben erst im Drang nach etwas Neuem zurückge-

stoßen haben, sondern jene Zeit, die schon weiter abgeschwommen ist, und die schon ruhige Fahrt bekommen hat. Unsere Kinderaugen haben eben jene Bilder immer gesehen, und ist es nun daher, daß sie so absolut ruhig und vertraut wirken, wie altgewohnte Gefährten der Wohnstube? So vertraut, daß irgendwelche Überraschungen uns so völlig ausgeschlossen erscheinen? Oder liegt es so, daß die Welt von damals auch für andere Augen als für unsere tatsächlich so freundlich aufgeräumt und so geradlinig war? Und nicht nur die Gesichter tragen diese saubere Helligkeit sondern auch die Zeichnung selbst, die nur auf Klarheit in der Form und im seelischen Ausdruck auszugehen scheint und allen andern künstlerischen Ehrgeiz aufgibt.

So scheint mir auch Krüger, einige Porträtköpfe ausgenommen, künstlerisch recht indifferent. So gut er seine Köpfe durcharbeitet, und so reizend liebenswürdig und wasserklar er als Mensch ist, so bleibt doch seine Anschauungskraft von irgendwelchem Gesamtbild, wie zum Beispiel der Parade am Schloß, sehr unvermögend. Als Ganzes ist das Bild ein Zusammengeflicktes, ein Nebeneinander von genrehaftem, klein naturalistischem Detail. Weder künstlerisch noch seelisch ist das Ganze irgendwie zusammengehalten. Ganz anders liegt es mit den zwei großen Gärtnerschen Bildern, die ihre Architektur trotz detailliertester Ausführung im Ton zu einer gut geschlossenen Wirkung zusammenbringen. Die großen dunkeln Schloßmauern umgeben den Hof, auf dem winzig klein und marionettenhaft die Soldaten und die Damen und Herren einherespazieren. Übrigens charakteristisch für die Auffassung jeder Jahr ist vor allem die absolute Planheit des Terrains, mit der eine ganz erstaunliche Raumwirkung erzielt wird. Fast nie ist das weite Gesichtsfeld unterbrochen, und nur einfache gerade Perspektive läßt die Augen nicht nach rechts und nach links umherziehen. Schlopke hat die Krönung Friedrich Wilhelms IV. auf dem Schloßplatz dargestellt, mit unzähligen in Rechtecken aufgestellten Soldaten und einem großen Karreau von Zuschauern und Regenschirmen, alles in grauen Landregen eingehüllt. Sehr interessant sind übrigens die Jugendsachen von Menzel, die, wenn auch noch sehr unsicher, durchaus andere Wege gehen wollen. Überall

sind es Versuche die Dinge nicht selbst sondern ihre subjektive Wirkung zu geben, und eine Studie von brennenden Häusern bei Nacht könnte als ein Anfängerbild von ungefähr 60 Jahren später gelten. Auch in den Bewegungen macht er überall Anläufe zu größerer Freiheit. Als ein Prophet der kommenden Epoche ist vor allem Blechen zu nennen, der mit einer fabelhaften Gewandtheit mit den reichsten Lichteffekten umgeht, der mit Leichtigkeit italienisches Sonnenlicht skizziert und Personen hineinzeichnet, die sich in die Stimmung der Landschaft zwanglos einfügen. Indes, trotz seiner großen Beweglichkeit und trotz seiner malerisch leichten Auffassung, mit der er in jener Zeit fast allein stand, fehlt seiner Anlage eine gewisse Konzentriertheit, um auch für uns Nachkommende eine wesentliche Rolle als Künstler zu spielen. Bei weitem am bedeutsamsten von allen dort Ausgestellten ist sicher Schinkel, der sich von den übrigen schon durch die Vorstellung, die er im allgemeinen von der Kunst hat, unendlich unterscheidet, wie auch durch die Anforderungen, mit denen er an seine Arbeiten herangeht. Da ist nichts von den bescheidenen, wohl erreichbaren Zielen einer guten Porträtzeichnung, auch nichts von leicht hingeworfenen Skizzen, sondern fast immer scheint er das Allergrößte fassen zu wollen. Sein Wesen ist es Wahrheit und Schönheit nicht von einander trennen zu wollen; aus einem Quell strömen sie ihm beide, und er will sie in ihrer Verschmelzung gestalten. Und gerade dieses Wesen, das unter so hochgespannten Forderungen arbeitet, ist es, das uns jetzt oft lachen macht. Es ist darin nichts Böses und nichts Unfreundliches, und doch muß man lachen, weil man sich so viel älter und auch geschickter vorkommt als dieser ekstatische Jüngling, der gotische Dome schafft, die bis zum Himmel scheinen steigen zu wollen, oder orientalische Tempel, die breit und ruhig ihre Schönheit ausstrahlen. Der größte Teil seiner Arbeiten sind Architekturzeichnungen freier Erfindung; nicht aber nur Skizzen, sondern mit eigentlich architektonischer Freude ist alles bis in die allerkleinsten Formen hinein durchgeführt und perspektivisch konstruiert. Ein Blatt zeigt einen Rieseninnenraum in der Art der alten Basiliken, groß und leer; ganz hinten schneidet durch ein Geländer der Chor ab, auf dem unzählige



Frauen stehen und singen, und dieser ganze symmetrische große Raum, der mit zwingender Kraft uns umschließt, ist nur mit ihrem schallenden Gesang ausgefüllt. Da ist keine Symbolik und keine Reflexion bei der Auffassung, sondern ganz naiv hat einzig diese grandiose Raumerfassung das Bild geschaffen. Überhaupt bekommt man wieder einmal eine Ahnung, was Symmetrie im eigentlich künstlerischen Sinn bedeuten kann. Schinkels Architekturen sind fast alle nach den Gesetzen der Symmetrie gebaut, und es ist, als belebte sie ihre Formen mit einer geistigen, von innen heraus kommenden Kraft. Dieses Drängen nach einer einheitlichen zentralen Gestaltung könnte wohl als reinste Klassik gelten, wenn nicht die verklärte Schwärmerei, mit der Schinkel zu Werk geht, so durchaus romantisch wirken würde. Allerdings ist seine Romantik anders als die spätere typisch geworden; es ist nichts von Verwischung der Formen und nichts von Rätselhaftem oder gar Weltschmerzlichem dabei. Im Gegenteil: Er kann die Wunder, die aus aller Herren Länder auf ihn einströmen, kaum bergen. Ägyptenland und Indien, überhaupt der gesamte Orient ziehen durch seine klare Seele in einem Licht, das von unserer Vorstellung des Orients durchaus verschieden ist. Immer muß man an die Zauberpfeife denken, zu der er die Dekorationen auch gearbeitet hat, mit ihren Tempeln und Feueranbetern und ihrer ganzen heitern Weltweisheit, die Irrtum und Aberglauben für die Ewigkeit gebannt glaubt. Auch figürliche Zeichnungen von ihm sind ausgestellt. Das meiste sind Allegorien, die von geistvoller Phantasie zeugen: einmal die herannahende Nacht, die Sterne als Menschengruppen nach sich ziehend, ein andermal das Weltall mit Gottvater in der Mitte. In der Behandlung der Menschen zeigt sich eine gewisse Unbeholfenheit, während in der Komposition der selbe Schwung ist wie in der Architekturzeichnung.

Der Berliner Kunstsalon Casper stellte eine Menge recht guter Bilder verschiedener deutscher und französischer Künstler aus, vor allem eine Reihe von Karikaturen, größtenteils aus dem *Simplicissimus* bekannt. So künstlerisch Wilke und auch Schulz wirken, bei weitem am geistvollsten von den dort Ausgestellten ist sicher Gulbransson.

Fast ausschließlich auf den Deutschen hat er seinen Spott eingestellt und alle nur möglichen Varianten ausgeschöpft. Während früher die Witzblätter sich mit wenigen festgeprägten Typen behelfen, hat Gulbransson — und der *Simplicissimus* überhaupt — die Zahl der Typen fast ins Unendliche erweitert und der Oberlehrer, der Lizentiat, der Kandidat, vor allem die deutsche Ehefrau mit ihrer Tochter sind mit einer unbedingt überzeugenden Kraft geschaffen. Auf einem großen Blatt steht Adam vorn in Art eines deutschen Theosophen, den großen hellblauen Blick in die Ferne gerichtet, die Haare glatt idealistisch und die Hände keusch vor einem dürrigen Körper; rings um ihn sind die paradisischen Apfelbäume mit den roten Äpfeln dran, und hinten charmiert Eva mit einem Orang Utan; beide lassen sich die Äpfel schmecken.

In einer Broschüre *Künstlerelend und Proletariat* /Berlin, *Maritima*/ spricht der Maler Dr. J. von Bülow von der kulturellen Bedeutung der Kunst und von dem Interesse, das daher Staat und Gesellschaft am Stand der Künstler nehmen sollten. Er setzt das Elend des heutigen Künstlerstands auseinander, freilich an der Hand von Zahlen, die wohl einer schärferen Kritik nicht standhalten, wenn auch die Tatsache des Elends unbestreitbar richtig ist. Er kommt zu dem Resultat, daß der Durchschnittsmaler jährlich für seine Kunst 500 Mark zusetzt, anstatt daß sie ihm eine Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse gewähre. Dagegen sei das jährliche Nationaleinkommen aus künstlerischen Leistungen zirka 30 Millionen, wovon auf die Künstler selbst nur 1 % entfalle. Als Grund für den Niedergang der modernen Kunst führt Bülow unter manchem andern vor allem das Ausstellungswesen an. Er datiert den Niedergang der modernen Kunst von der Eröffnung des Pariser Salons 1673. Er meint, die Kunst könne nur unter monarchischer Regierung blühen, die ihr einen gemeinsamen Mittelpunkt schafft. Seine Vorschläge zur Abhilfe des Künstlerelends sind folgende: Die Kunst solle sich mehr — fast ausschließlich — in den Dienst des kaufmännischen Lebens stellen und damit wieder wie einst im Mittelalter volkstümlich werden. Der Kaufmannstand übernimmt, wie früher der König, die Rolle des Auftraggebers. Es han-

delt sich dabei um die Dekoration von Schaufenstern, um Plakate und Inserate. Erst die Wirkung auf die Masse, die damit erreicht wird, wird dann der Kunst wieder Zusammenhang mit dem Leben geben. Ferner solle der Künstler zu einer Organisation genötigt werden, die Angebot und Nachfrage regelt und für eine bessere Ausbildung der Künstler auch im kaufmännischen Denken sorgt. Der Kunsthändler soll von einer Art Agent ersetzt werden; ferner sollen Wertzuwachssteuer, Schutzzoll und staatliche Preisnormierung eingeführt werden. Die Ausstellungen sollen natürlich juryfrei sein, und die Konkurrenzausschreibungen derart, daß die aufgewandte Zeit und Mühe immer noch durch kleinere Preise gewertet wird. Aus der ganzen Arbeit spricht der Ernst des Selbsterlebten, aber auch etwas von Galle und Verbitterung. Die Willkürlichkeit, die über Aufkommen oder Nichtaufkommen eines Künstlers bestimmt, wird in der Broschüre mit gutem Recht betont. Davon aber abgesehen scheint mir das ganze Buch in seinen Ausführungen verfehlt. Die Ausfälle, die jetzt auch von anderer Seite her gegen den Kunsthandel erhoben werden, der alte Bilder bevorzuge, mit denen er sichere und höhere Preise erziele, zeugen von keiner weisen Einsicht in die Strukturverhältnisse von Angebot und Nachfrage. Es liegt bei anderen Künstlern ähnlich. Der Verleger der Werke Johannes Brahms' hat kein Geheimnis daraus gemacht, daß nur der finanzielle Erfolg künstlerisch minderwertiger Produktionen seines Verlags ihn in den Stand setzten an Brahms würdige Honorare zu zahlen. Hier hat es keinen Sinn von Schuld oder Nichtschuld bei Kunsthändler oder Publikum zu sprechen, sondern es wäre die Aufgabe gewesen leidenschaftslos die Ursachen dieses Mißverhältnisses zu untersuchen. Ferner ist die Abhängigkeit des Künstlers von irgendeinem beliebigen Gönner, der gerade an ihm Geschmack findet, durch die Ausstellungen wesentlich verringert, wo seine Arbeiten jedermann zugänglich sind, und er nicht auf die wenigen Mäcene und Fürsten angewiesen ist, die natürlich im Geschmack und Urteil auch nicht gottbegnadet waren. Wie viele damals zugrunde gegangen sind, davon erzählt keine Geschichte, aber eine reichlich genügende Vorstellung von der Misere des Mäzenatentums gibt allein schon die Biographie des Benvenuto Cellini.

Und die Abhilfe, die Bülow vorschlägt, klingt mir auch zu verärgert. Wenn auch ein großer Teil der Künstler durch den Zusammenhang mit Straßenleben und Kaufmannschaft sowohl künstlerisch wie wirtschaftlich aufblühen würde, so bleibt natürlich eine andere, sehr große Gruppe davon vollständig isoliert. Was sollen alle diejenigen machen, die von vornherein Einspänner sind, alle, die ihre eigenen Wege gehen, von denen kein Mensch absehen kann, wo sie hinführen werden: ob sie Abstrusitäten und Schrollen bedeuten oder Gärungen, die zu neuen Formen drängen. Auch alle diejenigen haben dort keinen Platz, die langsam und schwer arbeiten; bei denen das Werk erst sein Gepräge bekommt, wenn es sich durch alle Stadien ihrer Seele langsam hindurchfiltriert hat. Ähnlich liegt es wohl mit den obligatorisch eingeführten Organisationen. Sind jetzt und waren früher Mißstände, so werden sie nach den vorgeschlagenen Abhilfen Bülows nicht minder sein, und höchstens die Steuer wie auch die Art des Preisausschreibens, allenfalls auch das Agententum scheinen mir fruchtbarer. Ob die Kunst von selbst den Weg, den Bülow angibt, gehen wird, ist schwer abzusehen; fast täte es mir leid. Denn wenn man auch zugeben muß, daß jetzt für einen großen Teil von Malern die Möglichkeit vorliegt sozial vollständig unterzugehen, so ist das absolut Souveräne des Kunstgeschmacks doch etwas Herrliches, auch wenn er sich oft mit Modelaunen zusammenum sollte. Dem Ungebundensein soll sein Recht bleiben. Ein Raum muß freibleiben für diese allerpersönlichsten Neigungen und Launen, ein Gebiet, auf dem man keinerlei Rechenschaft abzugeben und kein Konto zu führen braucht.

× **Kurze Chronik:** Der Tiermaler Fedor Flinker ist gestorben. × Der Berliner Nationalgalerie sind 3 Böcklinsche Werke, *Toteninsel*, *Tischpredigt*, *Herbstgedanken*, als Leihgabe überlassen. Das Kupferstichkabinett erwarb eine Zeichnung Dürers, die Madonna mit einem sie krönenden Engel und der heiligen Anna. Das Blatt stammt aus Dürers letzten Lebensjahren. × Im Bad Harzburg ist ein verschollenes Ölgemälde Rembrandts aufgefunden. × Dem Autor des *Struwpeter* Heinrich Hoffmann wird von seiner Vaterstadt Frankfurt am Main ein Denkmal gesetzt.

## KULTUR

## Verkehr / Felix Linke

**Berlin: Stadt-  
bahnelektri-  
fizierung** Die Stadtbahnelektrifizierung verzögert sich bekanntlich von Jahr zu Jahr, weniger durch die Schuld der Verwaltung als durch die Schwierigkeiten, die sich dem Objekt entgegenstellen. Die Elektrifizierung der Stadtbahn steht im engsten Zusammenhang und kann nicht erledigt werden ohne die Elektrifizierung der Vorortstrecken, und diese ist wiederum schwer durchführbar, ehe man sich im klaren über die Elektrifizierung der ganzen Vollbahnen auf jenen Strecken ist. Da sich zudem die Elektrotechnik beständig in starkem Fluß befindet, ist das Zögern der Eisenbahnverwaltung in dieser Hinsicht verständlich. Doch einmal muß man daran gehen, denn will man immer wieder auf Besseres warten, so wird man schließlich nie dazu kommen. Neuerdings sind nun auch von anderer Seite Vorstöße unternommen worden, die auf die Elektrifizierung der Stadtbahn hinzielen. Sie kommen von einer Stelle, von der man sie nicht erwarten konnte. Der Generaldirektor Bode der königlichen Museen verlangt die Abschaffung des Dampfbetriebs, weil die Rauchentwicklung angeblich die in den Museen aufgestapelten Kunstschätze zerstöre. Dieser Vorwurf gegen die Eisenbahnverwaltung wird reichlich spät erhoben; man hätte eben die Stadtbahn nicht auf die Museumsinsel setzen dürfen, denn bei ihrem Bau kannte man ja bereits die zerstörenden Wirkungen des Rauches. Dieses Argument steht auf recht schwachen Füßen, denn viel mehr Rauch als die Stadtbahn entwickelt doch wohl die Berliner Öfen und Fabriken. Will man etwa auch diese deshalb abschaffen? Dann würde eher zu erwägen sein, ob man nicht lieber die Museen nach Dahlem oder nach Mecklenburg verlegen sollte. Mit dem Rauch, der durch die in ihm enthaltene schweflige Säure, die durch den Luftsauerstoff in Schwefelsäure übergeht, überall seine ätzenden und zerstörenden Wirkungen ausübt, wo sich atmosphärische Wasser ansammeln, müssen wir uns wohl so lange abfinden als wir Steinkohle brennen, und das dürfte immerhin noch beträchtliche Zeit dauern. Für unsere Architekturen sind die Schädigungen nicht minder bedeutsam als für die Kunstschätze unserer Museen.

Mag man diesen Umständen immerhin

eine erhebliche Bedeutung zumessen, so sind doch die direkten sachlichen Forderungen, also die Verkehrsbedürfnisse, noch ungleich wichtiger. Diese sind entscheidend und machen es vor allen Dingen wünschenswert, daß nun endlich die Stadtbahnelektrifizierung in Angriff genommen wird. Es ist in neuester Zeit berichtet worden, daß die Voruntersuchungen für das Projekt abgeschlossen seien. Es hieß dabei, daß ein völliger Umbau der Stadtbahn zu große Summen erfordere, die umso größer seien als während der Bauzeit der Betrieb nicht gestört werden dürfe. Aus diesem Grund seien auch die Pläne eine zweite Etage für einen neuen Bahnkörper zu errichten fallen gelassen worden; man beabsichtige, um die Prozedur recht schmerzlos zu gestalten, eine einfache Oberleitung anzubringen. Daß diese Lösung durchgreifend ist, scheint doch recht zweifelhaft. Professor Reichels Untersuchungen (in der *Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure*, 1907) haben ergeben, daß die Leistungsfähigkeit sich unter diesen Umständen auf 100 oder 125% steigern läßt. Das ist viel, aber doch auch nur für absehbare Zeit ausreichend. Dann wird die Kalamität von neuem da sein. Ein zweites Stockwerk dagegen, das für die Vorort- und Fernzüge gesondert bestehen könnte, würde die Leistungsfähigkeit ganz enorm steigern können.

Eine andere Möglichkeit aber wäre noch die an Stelle der jetzigen Stadtbahn eine Untergrundbahn zu bauen, die natürlich ebenfalls mehrere Etagen haben müßte. Sie besäße die Möglichkeit ungehindert unter der Stadt hindurchkommen und dabei noch erhebliche Verbesserungen der Trace an ungünstigen Stellen (Friedrichstraße-Lehrter Bahnhof-Bellevue) herbeiführen zu können. Die auf diese Weise oben frei werdenden Flächen dürften sich wohl so vorteilhaft verwerten lassen, daß sie einen großen Teil der Baukosten zu decken vermöchten. Damit der Bau den jetzigen Betrieb nicht stört, müßte er wie die *Tubes* in London ausgeführt werden. Auch die Museen würden dabei gut wegkommen. Es würde nicht nur die Museumsinsel ganz von den häßlichen Viadukten befreit und Platz für weitere Bauten geschaffen, sondern auch die Belästigungen dürften damit ein für allemal aus dem Weg geräumt werden. Und schließlich: Was in New York möglich ist, sollte sich doch wohl auch in Berlin ausführen lassen.

X

X

**Western Pacific-Bahn**

Die *Western Pacific-Bahn* bildet eine Verlängerung der *Denver- und Rio Grande-Bahn* über Salt Lake City nach San Francisco. Diese 1600 Kilometer lange Strecke gehört dem Gouldschen Netz an. Sie hat gegenüber den anderen pazifischen Bahnen den Vorteil, daß sie wegen der geringeren Steigungen — die nur halb so groß sind wie bei den anderen — mehr Rücksicht auf den Betrieb nimmt; daß sie ferner mit weniger Anlagekosten zu rechnen hatte, weil für das Ausheben und Fortschaffen des Bodens in großem Maßstab Maschinenarbeit verwendet werden konnte. Auch die vervollkommeneren Verfahren für das Abstecken der Strecke haben eine flache Linienführung erleichtert. Die Bahn überschreitet die Wasserscheide der Sierra Nevada in der relativ geringen Höhe von 1800 Meter, wodurch der Bau allerdings auf beträchtliche Schwierigkeiten stieß. Der Scheiteltunnel an der höchsten Stelle ist 1730 Meter lang. Östlich von Beckwith in der Sierra Nevada, 1500 Meter über dem Meer, konnte man die Strecke auf 24 Kilometer in gerader Linie führen, ein im Hochgebirge seltener Vorteil. Große Schwierigkeiten lagen und liegen wieder am Salt Lake vor. Bei Beginn der Bauarbeiten war der große Salzsee etwa 4 Kilometer von der Linie entfernt. Inzwischen aber ist — was nicht vorausgesehen werden konnte — der Wasserspiegel um 2,3 Meter gestiegen und liegt infolgedessen nur noch 30 Zentimeter unter der Schwellenoberkante. Wie die kommenden Schneeschmelzen und Verdunstungen das Wasserniveau gestalten werden, ist natürlich nicht vorauszusehen. Die heftigen auf dem Salzsee wogenden Stürme machten schon kostspielige Uferbefestigungen erforderlich, damit der Wellenschlag die Geleise nicht gefährdet. 50 Kilometer westlich von Salt Lake City stieß man auf so weichen Baugrund, daß man den Geleisdruck durch eine Bohlenunterlage verteilen mußte, über die dann erst die Schwellen mit Kiesunterstopfung zu liegen kamen. Auch Wassermangel erschwerte den Bau; bevor eine Wasserleitung angelegt werden konnte, mußte man das Wasser in Kesselwagen 110 Kilometer weit heranhahren.

**Europäisches Eisenbahnnetz** Die letzten Feststellungen verzeichnen für den 1. Januar 1910 in allen Ländern folgende Betriebslängen der Eisenbahnen:

Land	Betriebslänge in Kilometer	Länge auf	
		je 100 Quadrat-kilometer in Kilometer	je 10 000 Einwohner in Kilometer
Deutsches Reich	60 089	11,1	9,9
Österreich-Ungarn	43 717	6,5	9,3
Belgien	8 278	28,1	12,4
Bulgarien	1 746	1,8	4,0
Dänemark	3 484	9,1	15,5
Spanien	14 956	3,0	8,1
Frankreich	48 579	9,1	12,4
Großbritannien und Irland	37 475	11,9	9,0
Griechenland	1 580	2,4	6,4
Italien	16 799	5,9	5,1
Luxemburg	512	19,7	26,6
Norwegen	3 002	0,9	13,5
Niederland	3 100	9,4	6,1
Portugal	2 894	3,1	5,3
Rumänien	3 355	2,5	5,7
Rußland und Finnland	59 403	1,1	5,6
Serbien	678	1,4	2,7
Schweden	13 797	3,1	26,9
Schweiz	4 780	11,1	13,8
Türkei	1 557	0,9	2,6
Malta, Jersey und Man	110	10,0	3,0
insgesamt	329 691	3,4	9,3

**Siamesische Südbahn** Im vorigen Jahr wurde der Bau der siamesischen Südbahn begonnen. Diese wird sich in Petchaburi an die zwischen diesem Ort und Bangkok bestehende Eisenbahnlinie anschließen und ebenso wie diese eine Spurweite von 1 Meter erhalten. Noch im Mai soll die erste Teilstrecke bis zu dem am Golf von Siam liegenden Ort Prang oder Prangburi eröffnet werden. Dadurch wird zwar eine weitere Eisenbahnverbindung zwischen dem Innern Siams und der Seeküste hergestellt, doch dürfte das für den Verkehr zunächst keine große Bedeutung haben. Von viel größerer Wichtigkeit wird die Fortführung der Eisenbahn bis zu dem an der Westküste der malayischen Halbinsel auf siamesischem Gebiet liegenden Ort Trang werden. Die Eröffnung dieser letztern Strecke soll im Jahr 1914 stattfinden. Trang ist zu Wasser ungefähr 220 Kilometer von Penang entfernt. Sobald die Eisenbahnverbindung Trang-Bangkok über Petchaburi hergestellt worden ist, sollen zwischen Trang und Penang Seedampfer verkehren, die in Penang Anschluß an die mit Europa verkehrenden Postdampfer haben. Danach würde die Reise von Europa nach Bangkok um etwa 4 bis 5 Tage verkürzt werden, da die Hauptstadt Siams dann

von Penang in  $2\frac{1}{4}$  Tagen erreicht werden könnte, während jetzt über Singa-pore mindestens 6 Tage vergehen. Penang wird also vermutlich für Post, Pas-sagiere und Eilgüter an Stelle von Singa-pore der Umsteigehafen für den Verkehr zwischen Bangkok und Europa werden.

× **Paris: Kanal-Im Norden von Paris ver-**  
**abdeckung** bindet ein Kanal die Seine mit dem Villettebecken und dient als Ausgang des nordwestlichen Kanalnetzes und des Durchstichs nach der großen Seineschleife bei Saint Denis. Dieser Kanal war bereits seit dem Jahr 1860 auf einer 1850 Meter langen und 16 Meter breiten Strecke abgedeckt und trug den mittlern Teil des Boulevard Richard-Lenoir. Daran anschließend ist jetzt das 243 Meter lange Templebecken bis zur 8. Schleuse durch ein Eisenbetongewölbe abgedeckt worden. Das Kanalstück konnte wegen seiner 6 Meter hohen steilen Ufermauern nicht als Hafenbecken verwandt werden. Andererseits wurde die Fläche als Straße dringend gebraucht, und man konnte das abgedeckte Becken zum Bilden von Schlepplügen ausnutzen, wenn man eine genügend freie Höhe zwischen Wasserspiegel und Kanalgewölbe behielt. Mit einem gemauerten Gewölbe ließ sich das nicht erreichen, und man hat daher früher auf die Herstellung der Kanaldecke verzichtet. Die Verwendung von Eisenbeton hat jetzt die Ausführung des alten Planes ermöglicht. Das Eisenbetongewölbe, das die Straßendecke trägt, hat 27 Meter Stützweite und 3,75 Meter Pfeilhöhe. Die seitlichen Stützgelenke liegen 1,75 Meter über Treidelstegen, die als 1,56 Meter breit ausgekragte Galerien an den Seiten entlang laufen. Zwischen ihnen bleibt  $2\frac{1}{4}$  Meter Kanalbreite. Das Eisenbetongewölbe ist 27 bis 45 Zentimeter dick und in Abständen von je 13 Meter durch eine 45 bis 100 Zentimeter hohe und 34 Zentimeter breite Eisenbetonrippe verstärkt. Die Straßendecke liegt in der Mitte des Gewölbes rund 1 Meter über dem Scheitelgelenk.

× **KurzeChronik**Die Länge der schiff-  
baren Wasserstra-  
Ben, also der Flüsse und Kanäle, in Europa beträgt in Rußland 92 910, in Deutschland 18 070, in Frank-reich 12 580, in Österreich-Ungarn 6 400, in England 6 250, in den Niederlanden 5 200, in Schweden 5 100 und in Belgien 2 300 Kilometer. Davon sind in Rußland

nur rund 6 000, in den Niederlanden aber 3 200 Kilometer künstlich angelegt. Auf den Wasserstraßen der genannten Län-der werden jährlich 70 bis 182 Millionen Tonnen Güter befördert. × Auf der französischen Südbahn ist der elektrische Betrieb mit Wechselstrom von 12 000 Volt Spannung und  $16\frac{2}{3}$  Perioden pro Sekunde auf der 24 Kilome-ter langen Strecke von Ille-sur-Tête nach Villefranche aufgenommen wor-den. × Zur Hebung der Hüttenindu-trie im Ural will die russische Regie-rung dem Staatsrat Drushinin die Kon-zession zur Gründung einer Aktiengesell-schaft zum Bau und Betrieb einer öf-fentlichen Normalspurbahn von 524 Werst Länge von der Station Derdjusch der Samara-Statustbahn nach Lyswa an der Permbahn erteilen. Diese Bahn würde die Erzlager, Waldflächen und Absatzmärkte des Ural einander näher bringen. × Die schon 1910 fertiggestellte pazifische Eisenbahn (Schmalspur von 1,05 Meter Weite) in Costarica wurde am 1. Januar von der Regierung übernommen. Seit April findet auch ein regelmäßiger Verkehr darauf statt. × In Kanada ist 1910 der Eisenbahnbau in bisher unerhörter Weise gefördert worden. Nicht weniger als 2 200 Kilome-ter wurden fertiggestellt und 5 000 Kilo-meter in Angriff genommen. × Der Brückenbauausschuß für den Bau der Quebecbrücke hat seinen eigenen Entwurf zugunsten eines von der *Saint Lawrence Bridge Company* ausgearbei-teten aufgegeben und dieser Gesellschaft den Bau übertragen. Die Brücke wird nunmehr als Eisenbahnbrücke mit 2 seit-lichen Fußwegen ausgeführt. Die ur-sprünglich vorgesehene Fahrbahn für Straßenverkehr fällt fort. × Durch den im Bau befindlichen Otiratunnel durch die Südalpen in Neuseeland soll eine die Südsinsel von Osten nach Westen durchquerende Eisenbahnlinie geführt werden, die die Südbahn bei Christchurch mit der Greymouth-Reefton-Bahn bei Still-water verbinden soll. Der im Mai 1908 begonnene Tunnel erhält die bemerkens-werte Länge von 8,65 Kilometer. Er soll 1913 fertig sein.

× **Literatur** *Das staatswissenschaftliche Institut an der Universität Kiel, unter besonderer Berücksichtigung seiner Abteilung für See-verkehr und Weltwirtschaft* betitelt sich eine Rede, die Professor B. Harms, der Leiter dieses Instituts, gelegentlich

der Eröffnungsfeier am 24. Februar gehalten hat, und die bei Gustav Fischer in Jena erschienen ist. Harms legt darin die Entstehungsgeschichte des Seminars dar, zu dem man nur Glück wünschen kann. Es ist erfreulich zu sehen, daß trotz gewaltiger Einflüsse namentlich wohl der Schmollerschen Schule, die jetzt die meisten Lehrstühle besetzt hält, die Bestrebungen dahin gehen exaktere Untersuchungsmethoden einzuführen und namentlich die Statistik in ausgiebigem Maß heranzuziehen, um die weltwirtschaftlichen Erscheinungen zu klären und zu analysieren. Von den speziellen Aufgaben des Seeverkehrs ist übrigens in dem Vortrag wenig die Rede.

### Kolonisation / Gerhard Hildebrand

**Südafrika: Landwirtschaft** Der starke Aufschwung der südafrikanischen Minenindustrie schafft mit der ihn begleitenden Steigerung des Konsums, des Verkehrs und der Finanzen (Verkehrsmittel, Bewässerung, landwirtschaftliches Versuchs- und Bildungswesen) allmählich die Bedingungen, unter denen neben der extensiven Viehzucht auch landwirtschaftliche Produktion in immer größerem Umfang gedeihen kann. Vorläufig ist freilich die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln der entsprechenden Ausfuhr noch bei weitem voraus, aber es liegt heute nicht mehr ganz außerhalb des Vorstellbaren, daß sich Südafrika in diesem Punkt — Ein- und Ausfuhr gegen einander aufgewogen — in normalen Erntejahren später einmal selbst genügt. Schwere Dürreperioden werden allerdings, wie in den beiden anderen subtropischen Produktionsgebieten der südlichen Halbkugel, zwischendurch immer in Kauf genommen werden müssen. Die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln in die südafrikanische Zollunion hatte 1907 einen Wert von 6,78 Millionen Pfund Sterling. 1908 war die Ziffer 6,06 Millionen, 1909 nur 5,72 Millionen und 1910 fast 6,12 Millionen. Die entsprechende Ausfuhr betrug 1907 erst 317 740 Pfund Sterling, 1908 479 847, 1909 921 470 und 1910 932 549 Pfund. Die Differenz zugunsten der Einfuhr ist also von 6,46 Millionen Pfund im Jahr 1907 auf 5,19 Millionen im Jahr 1910 gefallen, und zwar bei wesentlich erhöhter Konsumkraft auch der farbigen Bevölkerung. Landwirtschaftliches Hauptausfuhrprodukt ist Mais. Im Erntejahr 1909-1910 wurden davon 3 355 000 Sack à 112 Kilo gewonnen, darunter 2 179 000

Sack von weißen Farmern, 1 176 000 von Eingeborenen. Für das jetzige Erntejahr wird allerdings infolge Regenmangels vor der Frühernte nur ein Ertrag von 2,59 Millionen Sack erwartet, so daß die Maisausfuhr diesmal wahrscheinlich sehr gering sein wird. Wie in Australien so erschallt auch in Südafrika je länger desto lebhafter der Ruf nach *closer settlement*. Der Großgrundbesitz ist außerstande seine bedeutenden Flächen landwirtschaftlich nutzbaren Landes zu kultivieren. In der Kapprovins sind von 177 Millionen Acres ertragsfähigen Bodens 134 Millionen im Privatbesitz, und davon stehen nur 3 Millionen unter Kultur. Die Lage ist heute so, berichtet ein Spezialkorrespondent der *African World*, für den Bereich von ganz Südafrika, daß, wenn jemand ins Land kommt, um eine Farm zu gründen, er gezwungen ist eine privat zu kaufen oder nach Rhodesien zu gehen. Die Regierung solle die durch Seddon in Neuseeland eingeführte Landpolitik befolgen, den Großgrundbesitzern alles nicht ausgenutzte Land abnehmen und es dem Publikum zu billigen Bedingungen anbieten. Namentlich solle das in der Nähe der Städte geschehen, damit die Leute abends von der Arbeit aufs Land hinaus könnten, um ihr Gütchen zu bestellen. Heute seien sogar die Söhne von Farmern nur allzuoft gezwungen in die Stadt zu ziehen oder auszuwandern. An guten Worten läßt es übrigens die Regierung nicht fehlen, und man kann annehmen, daß sie um der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Binnenkolonisation willen in dieser oder jener Form ans Werk gehen wird, sobald die noch immer komplizierten Übergangsverhältnisse ihr Zeit lassen. Vorläufig stehen wenigstens an 600 Kilometer Aufschließungsbahnen in den 4 Provinzen auf dem Programm, und die Bewässerungsfrage scheint immerhin systematisch studiert zu werden. Die heikelste Frage wird später nicht so sehr die Enteignung der Großgrundbesitzer und Landgesellschaften sein, für die die australischen Vorbilder gute Dienste leisten, als vielmehr die Frage nach dem Bodenrecht der Farbigen, mit dem es in den ehemaligen Freistaaten schlimm genug aussah.

× **Deutsch Ostafrika: Kautschuk** Die Kautschukplantagen Deutsch Ostafrikas sind während der letzten Jahre in das Stadium stärkerer Ertragsfähigkeit getreten. Stellen wir die Exportziffern der Küstenzollstellen zusammen, so er-

gibt sich, daß der Export von Plantagenkautschuk im Jahr 1908 noch weit hinter dem von wildem Kautschuk zurückstand. Es wurden in diesem Jahr 123 535 Kilo wilden Kautschuks im Wert von 575 766 Mark ausgeführt, gegen 87 032 Kilo Pflanzungskautschuk im Wert von 415 958 Mark. 1909 überwog der Pflanzungskautschuk an Menge bereits das wilde Produkt, blieb allerdings an Wert weit hinter ihm zurück. Die Exportziffern waren: Pflanzungskautschuk 218 468 Kilo zu 1 116 731 Mark, wilder Kautschuk 208 835 Kilo zu 1 426 634 Mark. 1910 sind während der ersten 3 Vierteljahre 305 542 Kilo Pflanzungskautschuk im Wert von 2 567 517 Mark ausgeführt worden, gegen 215 788 Kilo wilden Kautschuks im Wert von 2 166 564 Mark. Die Menge des Pflanzungskautschuks war also bereits um nahezu 50 % größer, der Gesamtwert allerdings um keine 20 %. Die vergleichsweise geringe Bewertung des ostafrikanischen Plantagenkautschuks in Verbindung mit seinen außerordentlich hohen Produktionskosten hat die Regierung und das *Kolonialwirtschaftliche Komitee* zu Untersuchungen veranlaßt, deren Ergebnisse in den Verhandlungen der Kautschukkommission dieses Komitees am 30. März zur Darstellung und Besprechung gelangt sind. Es hat sich gezeigt, daß sowohl die Zapfungsmethode wie die ganze Anlage der Pflanzungen in Ostafrika fehlerhaft sind. Während der Kameruner Kautschuk einschließlich Fracht und Verkaufsspesen in Hamburg noch nicht 3 Mark Unkosten pro Kilo verursacht, kostet die Herstellung des ostafrikanischen Kautschuks ohne Verpackung und Transportspesen 4 Mark, und er kann nicht unter 6 Mark verkauft werden, wenn die Pflanzungen bestehen sollen. Nach der Mitteilung eines Sachverständigen kostet die Produktion in den Pflanzungsgebieten Asiens 1,80 bis 2,20 Mark das Kilo, so daß ein dauerndes Gedeihen der ostafrikanischen Kautschukpflanzungen auf der jetzigen Produktionsbasis ausgeschlossen ist. Nach der Ansicht dieses Sachverständigen ist es aber bei veränderten Pflanzungs- und Zapfungsmethoden auch in Ostafrika möglich das Produkt zu 1,50 bis 1,60 Mark herzustellen.

Deutsch Ostafrika: Arbeiterverhältnisse  
 Die Arbeiterbeschaffung in Deutsch Ostafrika wird immer schwieriger. Der Vorsitzende des *Verbandes deutschostafrikanischer Pflanzungen*, Herr J. J. Warn-

holtz, erklärte in den erwähnten Kautschukverhandlungen: »Die Nachfrage wird immer größer; es ist schwer sie zu befriedigen. Ich glaube nicht, daß mit dem fortschreitenden Ausbau der Bahn nach Tabora hin die Arbeiterverhältnisse auf den Pflanzungen an der Küste besser werden. Sie werden sich meiner Ansicht nach im Gegenteil immer ungünstiger gestalten, weil die Eingeborenen in ihrer Heimat um Tabora Absatz für ihre Massenprodukte finden können, also nicht mehr an die Küste in Lohnarbeit gehen sondern als eigene Bauern ihre Produkte absetzen werden.« Im Bericht der *deutschostafrikanischen Gesellschaft* für das Jahr 1910 heißt es: »Unsere Befürchtungen betreffend die Arbeiterverhältnisse, die wir im letzten Jahresbericht zum Ausdruck brachten, sind leider eingetroffen. Die in Ertrag kommenden Pflanzungen im Tangagebiet mehren sich von Jahr zu Jahr, und dementsprechend wird die Nachfrage nach Arbeitern immer größer, während andererseits die Beschaffung von Leuten aus dem Innern schwieriger wird. Ein Anziehen der Löhne ist die Folge, und auch die Anwerbekosten werden höher. Wir fürchten daher, daß die Arbeiterfrage den Pflanzungen noch viel Sorge machen wird. Der hiesige [Berliner] Verband beschäftigt sich eingehend mit dieser wichtigen Frage und versucht in Gemeinschaft mit der Regierung Mittel und Wege zu finden den Pflanzungen die unbedingt nötigen Arbeiter zu verschaffen.«

Ähnliches liest man in den Berichten anderer Gesellschaften, besonders des Nordens, wo der Bahnbau die Entwicklung beschleunigt hat, während aus dem Süden die *Lindi-Kilindi-Gesellschaft* berichtet, das Angebot an Arbeitskräften sei auch 1910 befriedigend gewesen: »Es gelang uns stets ohne Schwierigkeit unsern jeweiligen Arbeiterbedarf zu decken.«

Kurze Chronik Die Bevölkerung Australiens (ohne Papuaterritorium) beträgt nach der diesjährigen Zählung 4 449 495 Köpfe gegen 3 773 248 im Jahr 1901. Der letzte Jahresbericht der *Rheinischen Missionsgesellschaft* wiederholt seine alte Klage, daß in Deutsch Südwestafrika »die heranwachsenden Kinder oft schon vom 10. Jahr an zu Dienstleistungen bei den Weißen herangezogen werden und infolgedessen die Schule entweder gar nicht oder nur unregelmäßig besuchen können.« In Britisch Süd-

a f r i k a häufen sich neuerdings die Angriffe von Negern auf weiße Frauen. Es scheinen in dieser Hinsicht mit der Zeit amerikanische Zustände zu entstehen. X In meinem Artikel über den Aufschwung der russischen Industrie (in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, I. Band, pag. 110) hatte ich nach einer Veröffentlichung des deutschen Generalkonsulats in Petersburg den gegenwärtigen Baumwollverbrauch Rußlands auf 20 Millionen Pud und die eigene Jahresproduktion 1909 auf 9,94 Millionen Pud angegeben. Nach dem *Zentralstatistischen Komitee* betrug aber die Ernte 1908 bereits 15,66 Millionen Pud, 1909 14,76 Millionen und 1910 25,49 Millionen. X Aus Tientsin, in etwas geringerm Maß auch aus Schantung, wird ein sehr bedeutendes Anschwollen des Baumwollexports gemeldet.

#### X Literatur

Eine 2bändige Autobiographie Stanleys ist kürzlich in deutscher Sprache erschienen (Henry Morton Stanley *Mein Leben* /München, *Die Lese*/). In den letzten Jahren seines Lebens hat der Mann, der Livingstone gerettet, den Kongolauf erforscht, Emin Pascha aus der Wildnis geführt und die erste Verwaltung des Kongostaats geschaffen und geleitet hat, einen Teil seines wechselvollen Lebens beschrieben. Diese Beschreibung, die die Kindheits- und Jugendjahre einschließlich der Erlebnisse im nordamerikanischen Bürgerkrieg umfaßt, bildet den 1. Band des vorliegenden Werkes. Sein Inhalt gehört nur insofern zum Gebiet dieser Rundschau, als er sehr interessante Streiflichter auf die Zustände in den amerikanischen Südstaaten — auf deren Seite Stanley ins Feld rückte, um es als Gefangener der andern Seite zu verlassen — unmittelbar vor dem Bürgerkrieg wirft. Der 2. Band ist von der Witwe Stanleys aus seinen Tagebüchern zusammengestellt und umfaßt mit verbindenden Einschüben der Herausgeberin die ganze weitere Lebenszeit. Den breitesten Raum nehmen die Reiseniederschriften aus dem Innern des dunklen Erdteils ein, die natürlich auch das Hauptinteresse beanspruchen. Überaus fesselnd sind die Notizen aus der Zeit des Zusammenseins mit Livingstone, besonders wenn man dessen schon vor 36 Jahren veröffentlichte Parallelschilderungen (*Letzte Reise*) zum Vergleich heranzieht. Charakteristische Streiflichter fallen auf Emin Pascha, Leopold II. und die allgemeine politische

Situation in der Gründungszeit des Kongostaats. Die von Achim von Klösterlein und Gustav Meyrink besorgte Übersetzung ist ausgezeichnet; so daß die glänzende Schilderungsgabe Stanleys — die ihn auch in den schwierigsten Situationen nie verlassen zu haben scheint — voll zum Ausdruck kommt. X In einer Abhandlung *Frankreichs koloniale Handelspolitik* (Berlin, Trenkel) untersucht Dr. Robert Ermels die Wirkung des von Frankreich vielfach angewandten *Systems der Assimilation* auf den Handel seiner Kolonien. Dies System besteht in der Ausdehnung der französischen Hochschutzzölle auf die Kolonien. Diese müssen die hohen Preise der französischen (zollgeschützten) Fabrikate tragen, ohne daß ihnen gleichzeitig wie dem Mutterland selbst die entsprechenden Fabrikationsgewinne zugute kommen. Andererseits genießen die also *assimilierten* Kolonien in Frankreich nur für bestimmte Spezialitäten eine Bevorzugung, die Ermels für den westindischen Rohrzucker auf 4 Millionen Francs, für indochinesischen Pfeffer auf — wenn ich recht verstehe —  $6\frac{1}{4}$  Millionen und für alle sonst bevorzugten Erzeugnisse sämtlicher Kolonien auf 3,3 Millionen Francs berechnet. Nur Algier und Tunis schneiden dabei günstig ab, weil sie große Mengen im Mutterland stark geschützter Bauernprodukte zollfrei zu guten Preisen dahin verkaufen können. Ermels betont, daß es nicht die Aufgabe eines kolonisierenden Staates sein dürfe sich unter allen Umständen das Verkaufsmonopol in den Kolonien zu sichern, sondern daß es, zumal bei jungen Kolonien, darauf ankomme die Kaufkraft zu entwickeln. Er legt dar, daß es Frankreich zwar gelingen sei seinen Verhältnisanteil am Einfuhrhandel zu steigern, daß dies aber keinen Sinn habe, sobald es nur um den Preis der Stagnation der absoluten Einfuhrziffer geschehen könne. Statt der fehlenden Grenzzolleinnahmen, die sich nur auf der Basis eines mäßigen, den Verhältnissen angepaßten Zollsatzes günstig entwickeln können, müssen dann zur Füllung der Kassen *Konsumsölle* (Verbrauchsabgaben) erhoben werden, die die Kaufkraft der Bevölkerung noch weiter herabdrücken. Diese Darlegungen sind durch ein reichhaltiges Ziffernmateriale gestützt. Viel zu weit geht das Verlangen des Verfassers, daß Frankreich Rohstoffe wie Wolle, Baumwolle und Seide zugunsten der Kolonien verzollen soll. Dazu sind ihre Lieferungen noch lange zu klein.